

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 1. November 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertes Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ersteilung täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Unsere Aufgabe.

Immer mächtiger streckt und reckt sich unsere Partei, immer größere Massen rücken sich in der Erkenntnis, daß nur sie die rücksichtslose Vertretung der Volksinteressen verbürgt, unter ihre Sturmflagge. Ein Gebiet nach dem anderen zieht sie in den Bereich ihrer politischen Tätigkeit, weiter und weiter dehnt sich ihr Angriffsfeld. Mit dieser Ausdehnung des Kampfterrains vermehren und komplizieren sich aber auch zugleich die Aufgaben unserer Presse, wachsen auch ihre Pflichten und ihre politische Verantwortlichkeit, speziell im gegenwärtigen Moment, wo am politischen Horizont des autokratischen Rußreiches sich die Gewitterwolken der Revolution zusammenballen und das Wetterleuchten den Ausbruch des Sturmes, die Zerschmetterung des russischen Absolutismus, des stärksten Bollwerkes der Reaktion in Europa kündigt. In solchem Moment drängt sich die Frage auf: welche Aufgabe hat unsere Presse zu erfüllen, wie wird sie den in berechtigter Weise an sie zu stellenden Anforderungen gerecht, Führer und Bannerträger in dem Kampfe des Tages zu sein? Besonders gegnert es sich für die neue Redaktion des Zentralorgans unserer Partei, daß sie sich bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit die erste Frage stellt: Was ist unsere Aufgabe und wie erfüllen wir sie, soweit es die verfügbaren Kräfte und Mittel gestatten?

Zweifellos ist die vornehmlichste unsere Aufgabe: neue Scharen unserem Banner zuzuführen und die Herangezogenen zu Klassenkämpfen zu machen, die in den unsrer harrenden schweren Kämpfen ihren Raum finden, fest und sicher auf dem Boden der marxistischen Theorie. Die zweite Aufgabe ist fast noch schwieriger, als die erste. Die Trostlosigkeit unserer politischen Zustände in Deutschland, das schwere Übergewicht feudalen Einflusses, den das neue deutsche Reich trotz seiner schnell zunehmenden Industrialisierung mit sich schleppt, die zunehmende Last eines auf die Spitze getriebenen Militarismus und einer Welt- und Flottenpolitik, die uns ungeheure Opfer an Blut und Geld für wertlose koloniale Wüsteneien aufgeladen hat, dazu das Fehlen einer großen entschiedenen liberal-demokratischen Grundstimmung verfestigenden Partei: Alle diese Faktoren haben selbst in bürgerlichen Kreisen eine allgemeine Unzufriedenheit mit unseren politischen Zuständen erzeugt, die der wachsenden Agitation unserer Presse ein prächtiges Rekrutierungsfeld bietet. Tatsächlich ist denn auch, wie nicht nur die Wahlstatistik, sondern auch die Zunahme der Abonnentenanzahl unserer Parteipresse lehrt, unsere Anhängerzahl mächtig in die Breite gewachsen. Doch dieser Ausdehnung entspricht nicht, wie alle Einsichtigen anerkennen, die theoretische Vertiefung der Partei. Den neugeworbenen Anhängern hatten meist noch starke Ueberbleibsel ihrer früheren Auffassung an und die Anforderungen, die, sobald sie in unsere Reihen eintraten, an ihre Mitarbeit gestellt werden, nehmen sie derartig in Beschlag, daß ihnen für die politische Arbeit an sich selbst, für das Eindringen in die sozialistische Anschauungs- und Begriffswelt wenig Zeit bleibt.

Diesem Mangel an theoretischer Vertiefung abzuwehren, die neugeworbenen Anhänger zu guten, sich als Teil des sozialdemokratischen Proletariats fühlenden Massenkämpfern zu machen, sie die politischen Tagesereignisse vom proletarischen Klassenkampfstandpunkt betrachten und verstehen zu lernen, das soll unsere Hauptaufgabe sein. Die Einführung in theoretische Feinheiten, die Fortbildung der von unseren großen Meistern hinterlassenen wissenschaftlichen Lehren kann allerdings nicht Aufgabe einer Tageszeitung sein, die nach allen Seiten den Kampf führen, die Stellung der Gegner angreifen und die eigene verteidigen muß, die ferner über die täglich auftauchenden neuen Tagesereignisse der verschiedensten Art zu berichten hat. Diese Aufgabe gehört zum Ressort unserer wissenschaftlichen Wochenschrift, der „Neuen Zeit“. Wohl aber werden wir unser Augenmerk darauf richten, häufiger als bisher Leitartikel zu bringen, die nicht nur lediglich referieren, sondern in dem sie uns die jeweilige politische Situation und die auftauchenden Fragen in ihrer geschichtlich-ökonomischen Bedingtheit und Bedeutung zeigen, sich als ein Stück angewandter Theorie darstellen. Eine besondere Berücksichtigung soll dabei die revolutionäre Bewegung Rußlands finden.

Deshalb wird jedoch die rein theoretische Ausfüllung keineswegs vernachlässigt werden. Vornehmlich soll, sobald die neue Redaktion sich eingerichtet hat, die frühere wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“, die in der letzten Zeit selten erschienen ist, wieder häufiger erscheinen — wenn auch nicht wöchentlich. Und neben ausführlichen kritischen hervorstechender literarischer Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft, Geschichte, Politik und Weltkritik auch gelegentlich kurze populär-wissenschaftliche Aufsätze bringen. Außerdem gebenden wir nach und nach die Parteinachrichten weiter auszugestalten und neben der Registrierung der einzelnen Vorkommnisse in unserer Partei hin und wieder kurze kritische Referate über wichtigere in unserer Parteipresse auftauchende grundsätzliche und tatsächliche Fragen zu bieten, so daß die Genossen — wenn auch aus Gründen des Raumes natürlich nur in beschränktem Maße — ein gewisses Bild des geistigen Lebens unserer Parteipresse erhalten.

Eine immer erhöhte Bedeutung gewinnt die Gewerkschaftsbewegung. In dem direkten wirtschaftlichen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit spiegelt sich mehr und mehr das Gesamtbild des proletarischen Klassenkampfes. Aus den Lohnkämpfen früherer Jahrzehnte sind Prinzipienkämpfe von nie geahnter Ausdehnung geworden. Nicht zwecks Eringung von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen allein betritt heute das zielbewusste gewerkschaftlich organisierte Proletariat das Kampfgebiet; nein, es fordert Anerkennung des Prinzips, daß der Verkäufer der Arbeitskraft bei der

Feststellung des Preises derselben mitzureden hat. Das Unternehmertum aber ist bemüht, den krassen, längst überlebten Herrenstandpunkt früherer Zeit festzuhalten und sicherzustellen durch Inanspruchnahme der Staatshilfe und Ausnutzung der Gesetzgebung. Und je mächtiger die ökonomische Entwicklung den einzelnen Kapitalisten macht und je enger das Kapital sich organisiert, je mehr es sich die Staatsgewalt untertan macht und die Gesetzgebung in seinem Sinne beeinflusst, desto umfangreicher und heftiger werden die sozialen Kämpfe, auch dem kurzschichtigsten und rückständigsten Arbeiter klar machend, wie wenig die Gewerkschaftler die politische Bewegung, der Sozialdemokrat die gewerkschaftliche Organisation vernachlässigen darf. Auch dies an Beispielen aus dem sozialen Leben immer wieder zu zeigen, wird unsere Aufgabe sein.

Um für diese Zwecke mehr Raum zu gewinnen, sollen die Beschränkungen über reine Sensationsprozesse so weit als möglich verläßt werden.

Erst nach und nach wird dieses Programm sich durchführen lassen. Die Redaktion ist durch die Vorgänge der letzten Wochen erheblich verändert worden. Drei Mitglieder der bisherigen Redaktion haben neue Ressorts übernommen und drei Genossen sind neu in den Redaktionsverband eingetreten. Da bedarf es immerhin einiger Zeit, bis ein gleichmäßiges Zusammenarbeiten hergestellt ist. Außerdem ist die Redaktion noch nicht vollständig. Aber wir alle haben die feste Absicht, unsere volle Kraft einzusetzen, und wo ein fester Wille ist, läßt sich viel erreichen. Doch bedarf es dazu der Unterstützung der geistigen Kräfte unserer Partei, und besonders der Berliner Arbeiterkraft! Mit ihrer Hilfe rechnen wir.

Die Redaktion.

Das neue Verfassungsmanifest Nikolaus des Leyten.

Der Telegraph bringt aus dem Zarreiche die Nachricht von einem am gestrigen Tage erschienenen Manifest des Zaren, das eine neue Verfassung in Aussicht stellt. Die samose „Duma“ soll gesetzgebende Kraft, die Volkskassen, die bis jetzt gar kein Wahlrecht hatten, sollen ein solches erhalten. Die persönliche Unverletzlichkeit, die Gewissens-, Rede-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sollen garantiert werden. Nach Versicherungen bürgerlicher Korrespondenten und russischer offizieller Telegramme soll die Bevölkerung des Zarreiches ob dieser großmütigen Zusagen des geliebten Landesvaters an seine „treuen Untertanen“ (so drückt sich nämlich das Manifest des blutigen Nikolaus wahrhaftig aus!) helle Freudentränen vergießen und in lauten Jubel ausbrechen.

Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, diese Nachrichten auf ihre Genauigkeit und Zuverlässigkeit zu prüfen. Jedenfalls sind wir geneigt anzunehmen, daß das löbliche Verfassungsmanifest des Gesangenen von Peterhof von den aufs äußerste erbitterten und zum äußersten entschlossenen kampfbereiten Volksmassen nicht sowohl mit dankbaren Freudentränen entgegengenommen wird, wie sie einem echt liberalen Gemüte in solcher Stunde als ein natürliches Jubelwort zu dem schönen geschichtlichen Schauspiel vorzuführen, sondern vielmehr mit jenem dumpfen Schweigen des großen Wüttrauens, mit dem auch die kämpfenden Volksmassen in Berlin im Jahre 1848 die „Verabingungsworte“ vom königlichen Schloß vernahmen: „Der König will“.

Roch ist aus den blutüberströmten Händen des absolutistischen Zarregens keine Freiheit, sondern erst das Versprechen, noch keine Tat, sondern erst das Wort gekommen. Zum Jubeln und zu Siegesfanfaren ist noch lange kein Grund vorhanden, führte doch noch in allen bisherigen Revolutionen der Weg von liberalen Worten zu liberalen Taten nicht anders als über neue Delatomben suchbarer Opfer und weitere verzweiflungsvolle Kämpfe.

Es siehe überhaupt die „Revolution“ von dem vulgären platten Polizeistandpunkt, wie sie eben von der heutigen bürgerlichen Vorurtheil meistens begriffen wird, als eine Reihe äußerer Gesetz- und Polizeiwidrigkeiten aufzufassen, wollte man annehmen, daß sogar mit der tatsächlichen Gewährung der liberalen Freiheiten und selbst einer wirklichen modernen Verfassung die Revolution in Rußland nunmehr zu Ende wäre.

Die seit Januar summenfällige und offene gewaltige Krise im Zarreiche ist, wie jede bisherige Revolution, vor allem ein innerer sozialer Prozeß, das Entstehen und Werden einer neuen Gesellschaft im Schoße der alten, und die Verkörperung der Revolution ist auch hier nicht die Mutter, sondern bloß die Geburtshelferin der neuen Gesellschaft. Was der bürgerlich besangene Wille als den einzigen Zweck und Sinn der ganzen Krise vernimmt: die liberale Verfassungsordnung, der moderne „Rechtsstaat“ — das ist lediglich ein äußerer Ausdruck und ein Produkt jener tiefgreifenden sozialen Umwälzung, Umschichtung der Stände, Klassen und Parteiverhältnisse, die sich im Schoße des alten zarischen Rußland vollziehen. Und deshalb ist die „Gewährung“ der Verfassungsfreiheiten — auch wenn sie, wie wiederholen es, zur Tat geworden — weit gefehlt der Abschluß der revolutionären Epoche zu sein, vielmehr bloß eine Etappe derselben, die die Konstituierung der neuen Klassen in Parteien, ihre Reife, ihre Entwicklung, ihre gegenseitige Position und ihren Kampf um die Nachhülfe nicht zum Stillstand bringt, sondern umgekehrt erst recht eröffnet. Soll das gestrige Manifest des letzten Zaren aller Neuen zur Wahrheit werden, dann beginnt morgen in Rußland ein neuer Abschnitt der revolutionären Kämpfe — vielleicht von viel längerer Dauer, und wer weiß, ob von geringerer Bedeutung wie der erste — Kämpfe der Arbeiterklasse mit den feindschädlichen bürgerlichen, agrarischen, liberalen, demokratischen und sonstigen Präbendenten zur politischen Macht und Herrschaft — Kämpfe um die Befestigung, Aufrechterhaltung, Erweiterung und Ausnutzung der mit so ungeheuren Opfern errungenen Rechte.

Und doch, wir können in gewissem Sinne jubeln! Nicht aus verfrähter lindisch-malder Siegesfreude im Geiste des Liberalismus, der in jedem noch so zweifelhaften Siege vor allem einen Vorwand zum Ausbrechen vom Kampfplatze bejubelt. Nein, wir können jubeln — aus der Erkenntnis des wirklichen Sinnes des jetzigen Moments, auch wenn das gequälte Stammeln der zarischen Verheißungen vorläufig nicht mehr als ein neuer eiler Versuch des Despotismus wäre, sein verwirklichtes Dasein noch einmal um eine gestohlene Gnadenfrist zu verlängern. Denn eins besagt dies Manifest mit aller Deutlichkeit, was auch nicht mehr rückgängig gemacht werden kann: es ist das Grabeschild des früheren Zarenmanifestes, die Totenglocke der samosen „Duma“ mittsam! der ganzen vulgären „Verfassung“! Bevor noch die „Wahlen“ zu dem von den feiblen Vorküchen des Blutregiments ersonnenen Monstrum einer „Volksvertretung“ vorgenommen werden, ist die ganze Farce der „Duma“-Verfassung durch die einmütige Erhebung des städtischen Proletariats im ganzen Zarreiche von Petersburg bis Odessa, von Warschau und Lodz bis Krasnojarsk zusammengebrochen, weggesegt, zerstampft, zerstampft, in Nichts verwandelt worden! Dem Wille ist die Qual der langsamen Clappenfahrt, die blutigen Schuldbroben eines liberalen Froschmäulerkrieges mit dem Absolutismus erspart, der Weg zur wirklichen Freiheit in echt revolutionärer Weise abgelagert, gereinigt, geöffnet worden.

Und dies ist zweifellos das Werk der Klassenbetruhten Avantgarde des Proletariats Rußlands, das Werk der Sozialdemokratie!

Genau so wie in der denkwürdigen Januarwoche die plöyliche machtvolle Erhebung des Petersburger und daraufhin des gesamten Proletariats aller Industriestädte des Reiches gerade in dem Moment einsetzte, wo die „liberale“ und „demokratische“ Bankettaktion an ihrer eigenen Unzulänglichkeit und inneren Unsicherheit zu verenden und die Sache der Freiheit gründlich zu verfahren drohte, ebenso hat jetzt das entschlossene Eingreifen der proletarischen Faust mit einem Auf den Karren vorwärts geschoben, in dem Moment, als der russische Liberalismus und die Demokratie schon wieder bereit waren, über den Strohhalm der „Duma“-Frage zu stolpern und das Werk der Revolution für eine tüchtige Zeitspanne zu Fall zu bringen. Eben bereiten sich die Sensitiv-Praxen und mit ihnen manche andere „demokratische“ Felder vor, trotz Ach und Weh in den sauren Äpfel der vulgären „Verfassung“, den sie erst mit Unterstützung von sich wieseln, zu beißen und mit Grogie in die „Wahl“aktion zu treten, unter diesen schönen Verheißungen auf die großartigen liberalen Mededonner, die sie in der „Duma“ — mit verbundenem Maul und unter Ausschluß der Öffentlichkeit! — zum Wohle und Schutze des braunen als Jaungäber gebliebenen Volkes vorbringen wollten. Da erhob sich aber — diesmal unter Bewußter und starrer Führung der Sozialdemokratie — die städtische Arbeiterkraft und erklärte: Nein, meine Herren, da wollen wir lieber noch einmal eigenhändig Ordnung schaffen! Und eine Woche intensiver Agitation und großartiger Massenstreiks genügt, damit die ganze vulgäre Duma-Herrlichkeit im Staube liegt!...

Zum zweitenmal in einer grandiosen Erhebung im entscheidenden Moment auf dem Kampfplatze erscheinend, zeigt das industrielle Proletariat Rußlands, daß es wie im ersten Akt der Revolution, so auch heute und bis zu Ende ihr eigentlicher Träger und ihr einziger zuverlässiger Träger ist. Und dieses Proletariat war es auch, das in der ganzen Zwischenzeit durch einen unermüdbaren Guerillakrieg das Feuer der Revolution von Anfang bis auf heute aufrechterhalten, mit eigenem Blute genährt, mit unzählbaren Opfern immer wieder angezündet hat.

Roch ist die Revolution im Zarreiche sehr weit von der Erschöpfung ihrer Kräfte entfernt. Roch hat sie mächtige Reserven im Hinterhalt. Der Absolutismus verliert bereits einen Trumpf nach dem anderen aus der Hand, während die Bauernmasse noch nicht einmal richtig auf die Bühne getreten, während die Revolte in der Armee noch gar nicht zum Durchbruch gekommen ist! Das schwierigste und wichtigste einleitende Werk der Revolution ist getan, die ersten entscheidenden Wreschen in das Bollwerk des Zarismus sind geschlagen — mit alleiniger Kraft des industriellen Proletariats, durch die alleinige Aktion der städtischen Arbeiterkraft!

Und wie rasch wächst und reckt sich der junge Riesel Man erinnere sich des halb-phantastischen mythischen Wildes der zum Zarenshof mit Heiligenbildern, mit Weib und Kind wehrlos und friedlich pilgernden Proletariats an der Netwa vor neun Monaten — und man vergleiche damit die rasche, gründliche, zielbare, von unbeeuglicher Entschlossenheit getragene Aktion der Arbeiterkraft in der letzten Woche zur Vernichtung der zarischen „Duma“-Komodie! Was man die bisherige Aktion der Sozialdemokratie im Zarreiche noch so inkohärent und unzulänglich finden — ihre Arbeit, ihre Agitation war unbestreitbar in der Zwischenzeit die Triebkraft dieses wunderbaren politischen Wachstums des Proletariats, und ihre Lösung war das Signal in dieser jüngsten Entscheidungsschlacht. Verschwinden sind Heiligenbilder und Propheten, zerrissen alle Rebel der Illusion. Klar und zielstrebend und wachsamem Blick steht der Arbeitstamm in Rußland am Werke seiner Befreiung, seines Klassenkampfes. Und da sich die Klassenbetruhten Arbeiterkraft durch ihre bisherige heldenhafte Aktion die Führung der gesamten Volksmasse auch in den künftigen Kämpfen der jetzigen Revolution gesichert hat, so haben wir allen Grund zu jubeln und voller Zuversicht zu rufen: O iral! Es wird gehen!

Der Vorkant des Manifestes.

Das gestern abend veröffentlichte Manifest hat nach der Meldung der „Petersb. Telegr.-Agentur“ folgenden Vorkant:

Wir, Nikolaus II., von Gottes Gnaden Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen, Zar von Polen, Großfürst von Finnland etc., erklären allen unseren Untertanen, daß die Wirren und die Erregung in unseren Hauptstädten und zahlreichen anderen Orten unseres Reiches unser Herz mit großer und schmerzlicher Trauer erfüllen. Das Glück des russischen Herrschers ist untrennlich verknüpft mit dem Glück des Volkes, und der Schmerz des Volkes ist der Schmerz des Herrschers. Aus den gegenwärtigen Umständen kann eine tiefe nationale Zerrüttung und eine Bedrohung für die Unverletzlichkeit und die Einheit unseres Reiches entstehen. Die hohe durch unseren Herrscherberuf auferlegte Pflicht befiehlt uns, uns mit all unseren Sinnen und mit unserer ganzen Kraft zu bemühen, um das Aufhören der für den Staat so gefährlichen Wirren zu beschleunigen, nachdem wir den in Betracht kommenden Behörden befohlen haben, Maßregeln zu treffen, um die unmittelbaren Aushebungen der Unordnung, der Ausschreitung und der Gewalttätigkeit abzustellen. Damit die friedlichen Leute, die nur das Bestreben haben, ruhig ihre Pflicht zu erfüllen, geschädigt werden, haben wir es für unentbehrlich erachtet, um mit Erfolg die auf die Veruhigung des öffentlichen Lebens abzielenden allgemeinen Maßnahmen zu verwirklichen, die Aktion der obersten Regierung zu vereinfachen. Wir legen der Regierung die Pflicht auf, wie folgt unseren unbegrenzten Willen zu erfüllen:

1. der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu verleihen, die gegründet ist auf die wirkliche Unverletzlichkeit der Personen, die Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und Vereinigungen;

2. ohne die früher angeordneten Wahlen für die Staatsduma aufzuheben, zur Teilnahme an der Duma in dem Maße, als es die Kürze der bis zur Einberufung der Duma noch ablaufenden Zeit gestattet, die Klassen der Bevölkerung zu berufen, welche jetzt der Wahlrecht völlig entbehren, wobei sodann die weitere Entwicklung des Grundgesetzes des allgemeinen Wahlrechts der neuerdings begründeten gesetzlichen Ordnung der Dinge überlassen wird; und

3. als unerschütterliche Regel aufzustellen, daß kein Gesetz in Kraft treten kann ohne Genehmigung der Staatsduma, und daß den Erwählten des Volkes die Möglichkeit der wirklichen Teilnahme an der Ueberwachung der Gesetzlichkeit der Handlungen der von uns ernannten Behörden gewährleistet wird.

Wir lassen einen Ruf ergehen an alle treuen Söhne Ansehens, sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland zu erinnern und bei der Beendigung dieser Wirren und Widerwärtigkeiten zu helfen und gemeinsam mit uns alle ihre Kräfte an die Wiederherstellung der Ruhe und des Friedens auf dem mütterlichen Boden zu setzen.

Gegeben zu Peterhof, 17. 10. Oktober 1905, im ersten Jahre unserer Regierung. gez. Nikolaus.

Noch in keinem Zarenmanifest war die Rolle der „gefährlichen Wirren“, d. h. der revolutionären Volkserregung als der Geburtsheiferin bei den liberalen Eingebungen des liebevollen Zarenherzogen so unumwunden eingestanden, wie hier! Die „Vereinschließung der Aktion der obersten Regierung“ bezieht sich offenbar auf die Schaffung einer Ministerpräsidentenschaft mit weitgehenden Machtbefugnissen. So hätte denn der rücksichtslose und ausgezeichnete Streber Witte als erster seinen Vrat an Feuer der Revolution gegeben; nicht umsonst labierte er mit schwindelhaften Phrasen zwischen dem Liberalismus und Absolutismus, in lauernder Vereinschließung, auf die Seite der Kräfte oder der Revolution zu fallen, je nachdem sich diese oder jene als die Stärkere erweist! Die Redensarten des Manifestes über das künftige Wahlrecht und die Frist seiner Erweiterung sind auffallend verschwommen. Wenn jedoch das Positive, das es bringt, noch so unsicher und fraglich erscheinen mag, ganz deutlich ist sein negativer Sinn: der Bankrott des Absolutismus mit und ohne schrittweisem Deckmantel, das ist der Sinn des Manifestes.

Die Sozialdemokratie auf dem Posten!

Ein Telegramm meldet: Petersburg, 31. Oktober. Heute erschien in großer Auflage ein Manifest der sozialdemokratischen Partei, in dem darauf hingewiesen wird, daß durch das kaiserliche Manifest der Kampf des Proletariats nicht zum Stillstand komme. Die Faktion des Proletariats habe zu bestehen in der Ausübung der unter seinen Schlägen gewährten Rechte, ferner in der Veranstaltung von Arbeiter-Versammlungen zur Entscheidung der Dauer des Ausstandes sowie in der Organisation einer Wiltz zur Wahrung der erlängten Rechte und in der Forderung einer Amnestie.

Bravo!

Ueber die rege Tätigkeit der Sozialdemokratie berichten noch folgende Telegramme:

Petersburg, 31. Oktober. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den Abendstunden die Nachricht vom dem Erscheinen des Manifestes unter der Bevölkerung der Residenz, die sich den Tag über scheinbar ruhig verhalten hatte, trotzdem Kosaken gegen Abend an dem technologischen Institut gekauert hatten. (Wohl zum größeren Ruhme des eben erst erschienenen Verfassungsmantel! D. Red.) Die Menge benutzte das Erscheinen des Manifestes zu einer Demonstration. Die ganze Nacht zog eine große Volksmenge unter Absingung der Marxfeilaise durch die Straßen. Das Volk hatte sich bei dem Alexanderarten gefammelt und zog über den Newski-Prospekt an dem Antischlow-Palast vorbei, über den Uteinski-Prospekt zu dem bei dem Bezirksgericht belegenen Untersuchungsgefängnis, worrevolutionäre Lieder gesungen wurden. Als sie bei der Rückkehr an dem Hause Bobjedonowjew vorbeikam, wurde gepöbelt. In einem Punkte des Newski wurde Halt gemacht, um einen Redner anzuhören, der das Manifest einer Kritik unterzog und aus dessen Ansprache neben der Genugtuung über die Zugeständnisse der Regierung Mißtrauen gegen deren Erfüllung hervorbrang. Der Umzug dauerte bis in die vierte Morgenstunde; an der Spitze der Prozession fuhr eine Mißdrohke, in der ein Student mit einer roten Fahne stand. Die Polizei mißachte sich nicht ein. Gestern Abend fand eine Versammlung der Sozialdemokratie statt, in der über die Dauer des Ausstandes verhandelt wurde, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde. Auch die Anregung zur Sicherung der aufrichtigen Durchführung der Reformen eine Arbeitermiltz zu organisieren, wurde noch nicht entschieden. Die Straßen sind auf Anordnung der Polizei festlich mit Flaggen geschmückt. Die Menge umsteht seit dem frühen Morgen die Eden, an die das Manifest angehängt ist, und läßt dieses mit ruhiger Genugtuung. Heute finden zahlreiche Versammlungen in den größten Sälen der Residenz statt.

Petersburg, 31. Oktober. Die heute an der Kasanschen Kathedrale veranstaltete Kundgebung nahm einen großartigen Umfang an. Etwa 25 000 Menschen zogen von dort nach der Universität, deren Ballon voll roter Flaggen war. Die Stimmung dort war sehr erregt und es befiel die Absicht, heute um 4 Uhr von der Kasanschen Kathedrale zu dem Zellengefängnis im Wyborger Stadtteil zu ziehen, um die politischen Gefangenen gewaltsam zu befreien.

Im übrigen Reich.

Odeffa, 31. Oktober. Das Aussehen der Stadt zeigt, daß die Lage etwas ruhiger geworden ist. Die Barrikaden sind fortgeschafft und die Spuren der letzten Barrikadenkämpfe beseitigt. Die Läden werden geöffnet und es sind einige Angekommen und ab-

gefahren, aber die öffentlichen Anstalten, die Banken, sämtliche Schulen und mehrere Fabriken sind noch gesperrt. Die Zeitungen erscheinen bereits den dritten Tag nicht. Die Stimmung ist sehr ängstlich, da künftlich neue Greuelthaten gleich den gestrigen und vor-gegrigen befürchtet werden, wo vielfach Volksmassen, auch Frauen und Mädchen, von Kosaken und Polizeibeamten geprügelt und mit Gewehrkolben gestochen wurden sowie auf Wagen des Roten Kreuzes, die verwundete fortgeschafft, und sogar auf Leichenzüge geschossen wurde. Auf die beharrliche Forderung der Municipalität setzte heute der Stadthauptmann 85 während der Unruhen verhaftete Kinder in Freiheit. Die Stadtverwaltung hat zur Unterstützung der Familien der Getödeten und Verwundeten 5000 Rubel bewilligt.

Moskau, 31. Oktober. Die Soldaten haben ihr Lager im Hofe des Kremles aufgeschlagen, da befürchtet wird, daß die Kasernen in Brand gesteckt werden. Kleinere Trupps von Soldaten werden nicht mehr auf die Straßen geschickt, da sie sich dort nicht zeigen dürfen.

In Polen.

Aus Warschau meldet uns ein Privattelegramm des „Vorwärts“:

Der am Sonntagabend von der Sozialdemokratie proklamierte Generalsirek in ein allgemeiner, fast absoluter geworden. Täglich werden von der Partei massenhaft neue Flugblätter an das Volk, an die Eisenbahner, an das Militär verbreitet. In Lodz wird dasselbe getan, desgleichen im Dombrowaer Kohlenbezirk.

Blutige Massaker am Tage des Manifestes!

Wie in Petersburg hat auch in Warschau das Manifest gleich am ersten Tage durch neue Greuel der Zarenherzogen eine blutige Weibe erhalten. Ein Telegramm meldet:

Warschau, 31. Oktober. Neue zahlreiche Zusammenstöße haben hier gestern wieder stattgefunden. In der Brudnashrahe ging Militär mit gefälltem Bajonett auf die Volksmenge los, wobei drei Personen verletzt wurden. In Lodz wurde ein Sicherheitsbeamter getötet.

Amnestie?

Petersburg, 31. Oktober. Dem Vernehmen nach finden zwischen dem Grafen Witte und dem Justizminister gegenwärtig Verhandlungen über den Entwurf eines Amnestiegesetzes statt, durch das den in letzter Zeit verhafteten politischen Verbrechern Straffreiheit zugesichert wird.

Petersburg, 31. Oktober. Vereits in den ersten Vormittagsstunden herrschte in den Straßen reges Leben. Der günstige Eindruck, den das Manifest des Kaisers gemacht hat, tritt überall unverkennbar hervor; selbst die Radikalen sind in freundlicher Erregung über den errungenen Sieg.

Gestern Abend 10 Uhr wurde bei dem Technologischen Institut eine Bombe geworfen. Zwei Privatpersonen und zwei Kavalleristen wurden dabei verwundet. Später gaben Truppen vier Salven gegen die Fenster eines Gebäudes ab, wo 83 Studenten versammelt waren. Das Gebäude war in weitem Umkreise abgesperrt. Ueberall vernimmt man die Forderung nach einer Amnestie.

Ausfahrt weiterer deutscher Torpedoboote.

Ein Privattelegramm aus Kiel meldet uns: Kiel, 31. Oktober. Heute mittag und abend gehen weitere fünf Torpedoboote in See, sämtlich dem Kommandeur vom Kreuzer „Lübeck“ unterstellt, woraus erhellt, daß es sich um eine geschlossene Expedition handelt.

Ferner meldet eine Korrespondenz aus Kiel: Durch die offiziöse Meldung, daß zwei Torpedoboote nach Memel gingen, um Korvettenkapitän Hirtz nach Petersburg zu bringen, wurde der Anschein erweckt, als ob diese beiden Boote die einzigen seien, die nach den russischen oder in die Nähe der russischen Gewässer entsandt werden. Dem ist in Wirklichkeit nicht so, vielmehr sind alle Torpedoboote des dritten Geschwaders mit Ausnahme von S 120 entweder bereits nach dem Osten abgegangen, oder gehen doch heute noch ab. Heute nachmittag 3 Uhr ließen die Boote S 121 und S 123 aus, heute Abend 7 Uhr folgen die Boote S 122 und S 124. Sämtliche Schiffe haben den Befehl, Memel anzulassen, ihre weitere Order lautet auf Peterhof. Als Ziel der Expedition, die unter dem Befehl des Korvettenkapitäns Meurer steht, nennt man jetzt in einigen maritimen Kreisen die Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung von Memel aus mit der deutschen Botschaft in Petersburg, doch ist nach wie vor die Anzahl der ausgesandten Kriegsschiffe auffallend.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Oktober.

Deutsch-amerikanische Handelsvertragsverhandlungen.

In den nächsten Tagen kehrt der deutsche Votschafter Sped v. Sternburg nach Washington zurück und sollen dann dort die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen beginnen. Diese Gelegenheit hat der Reichskanzler benützt, sich von einem Berliner Vertreter der „Associated Press“ interviewen zu lassen und sich lange Erläuterungen über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu leisten. Neues ist es nicht, was er zu sagen suchte. Er wiederholte lediglich die oft gehörten Bemerkungen, daß die Aufstellung des neuen Zolltarifs vom Dezember 1902 eine wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen sei, daß trotz der hohen Agrarzölle ein Abschluß neuer Handelsverträge nicht ausgeschlossen wäre, daß die deutschen und amerikanischen Interessen sich recht wohl vereinigen ließen usw. Er sagte nach der Meldung des Wolffschen Bureau:

„Wie machen, ebenso wenig wie die Vereinigten Staaten, unsere Handelspolitik nach starren Dogmen. Wir wollen die Interessen unseres Landes zur Geltung bringen und seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Der alte Zolltarif vom Jahre 1879 mit den daran im Laufe der Zeit vorgenommenen Veränderungen hat in Ansehung der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens unseren Interessen nicht mehr entsprochen, und insbesondere hat infolge der Verträge der neunziger Jahre, die die Eröffnung der Auslandsmärkte in den Vordergrund stellten, die deutsche Landwirtschaft gelitten. Deshalb mußte auf die deutsche Landwirtschaft bei der Aufstellung des neuen deutschen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 besonders Rücksicht genommen werden. Daß diese Tendenz dem Abschluß von Handelsverträgen nicht feindlich ist und sich mit Entgegenkommen gegen die Interessen anderer Länder wohl vereinbaren läßt, haben wir bereits durch den Abschluß einer Reihe von neuen Handelsverträgen bewiesen. Auch mit den Vereinigten Staaten können wir und wollen wir auf einem freundlichen handelspolitischen Fuße leben.“

Eine unüberänderte Fortdauer des bisherigen Zustandes ist aber schon aus formellen Gründen nicht möglich. Unser Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom Jahre 1900 ist ausdrücklich auf die Zollsätze der alten Tarifverträge gestellt worden. Diese Zollsätze verlieren infolge unserer neuen Handelsverträge Ende Februar 1906 ihre Geltung, und so verliert mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, das heißt mit dem 1. März 1906 das deutsch-amerikanische Abkommen seine Grundlage. Daher besteht für die kaiserliche Regierung die Notwendigkeit, dieses Abkommen auf den 1. März 1906

zu kündigen. Wir wollen nun keineswegs an die Stelle des jetzigen Abkommens ein Vakuum treten lassen, sondern wir haben selbstverständlich den aufrichtigen Wunsch, mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu einer neuen Verständigung zu gelangen.

Dieser Wunsch entspricht nicht nur dem freundschaftlichen politischen Verhältnis der beiden Länder, sondern auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen auf beiden Seiten. Gewiß wünschen wir in unserem neuen Abkommen mit den Vereinigten Staaten die Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, die für die Neugestaltung unserer gesamten handelspolitischen Beziehungen maßgebend und in den bereits abgeschlossenen neuen Verträgen zum Ausdruck gekommen sind. Demgemäß haben wir unsere Vorschläge nach sorgfältiger Erwägung der in Frage kommenden deutschen Interessen aufgestellt. Unsere Anträge werden sich aber in nach unserer Ansicht durchaus erfüllbarem Rahmen halten, und wir werden sicherlich mit keiner Forderung an die amerikanische Regierung herantreten, die ein Lebensinteresse des dortigen Wirtschaftsorganismus verletzt. Wir scheinen, daß die Interessenten auf beiden Seiten bald ihre Wünsche zu hoch spannen, bald in ihren Vorstellungen zu weit gehen. Auch kennen und berücksichtigen sie die Verhältnisse auf der anderen Seite nicht durchweg genügend. Die beiden Regierungen sind eher in der Lage, das Mögliche und Erreichbare abzumessen. Wir glauben daher zuversichtlich, daß sich zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Standpunkte durch Entgegenkommen von beiden Seiten ein gerechter und billiger Ausgleich finden lassen wird. Und wir hoffen, in gemeinsamer Arbeit mit der dortigen Regierung, die gleichfalls immer betont hat, daß eine gerechte Reziprozität die Basis aller handelspolitischen Verständigungen sein müsse, zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu gelangen. Wir wünschen, wie gesagt, diese Verständigung aufrichtig und werden eifrig an ihr arbeiten in dem Bewußtsein, daß die beiderseitigen Wünsche, Interessen und Anschauungen zwar verschieden, aber durchaus mit einander vereinbar sind, zumal wenn man die allgemeinen Vorteile einer gesunden Reziprozität im Auge behält.“

Kroppzeng.

Nachdem die „Post“ am Sonntag jenen blödsinnigen Brief über die demnächstige Höllefahrt des Genossen Bebel gebracht hatte, den der Verfasser mit Namen und Wohnort gezeichnet hatte und der danach aus der bekannten Zentrale der Anstalten für Schwachsinnige und Idioten, nämlich aus Kropp in Schleswig-Holstein, stammte, brachte sie am Montagabend, zweifellos aus derselben Quelle, nur ohne Namensunterschrift, einen nicht minder blödsinnigen Artikel, der erneut den „bezahlten Landesverrat der Sozialdemokratie im Jahre 1887“ beweisen sollte. Da wir nicht Lust haben, an einem Tage gleich zwei Kropp-Artikel der „Post“ zu beantworten, begnügten wir uns gestern damit, den ersten Artikel über die Höllefahrt des Genossen Bebel zu beantworten und sparten uns den zweiten für heute auf. Diese Unterlassungsünde unsererseits, daß wir nicht heute Kropp-Artikel gleich in einem Abwaschen erledigten, hat die „Post“ so aus dem Häuschen gebracht, daß sie gestern Abend ein paar Spalten geharnischter Aufforderung an uns erließ, doch auch auf diesen zweiten Kropp-Artikel zu antworten. Wir sind dazu noch bereit, obwohl die „Post“ ihrerseits seit bald acht Tagen uns noch immer die Antwort schuldig ist, ob sie mit uns einen Tanz wagen will um die Aktien und Zafachen, daß Hunderte von Besinnungsverwandten der „Post“ und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ sich von Napoleon III. mit Gold gegen ihr eigenes Vaterland spicken ließen. Schließlich wollen wir unseren Edelmut sogar so weit treiben, ihr diese Antwort zu erlassen und desto deutlicher ihr die Unferige auf ihren zweiten Kropp-Artikel geben. Hier ist sie:

Die „Post“ behauptet, daß in dem Boulanger-Prozess im August 1889 Boulanger selbst behauptet habe, daß er große Summen an die Sozialdemokraten eines gewissen Landes“ gegeben habe, so daß er auf ihre Dienste im Falle eines Krieges rechnen könne. In der Tat hat Boulanger auf die Anklageschrift damals mit einem Manifest an das französische Volk geantwortet, indem er die Hauptpunkte der ersten zu widerlegen suchte. Er kam da auch auf den Vorwurf zu sprechen, er habe ein Blatt, den „Avenir National“ zum speziellen Zweck unterhalten, seine Person zu verherrlichen. Natürlich war der Klammgeneral über diesen Vorwurf ganz empört. Der „Avenir National“ sagte er, hätte eine viel höhere Mission gehabt, er sollte eine neue Form bieten, die politische Spionage zu betreiben. „Ich wollte“, so hieß es in diesem Manifest, „Leute an der Hand haben, welche mit den Sozialdemokraten eines gewissen Landes Beziehungen unterhielten, die ich am Tage vor dem Ausbruch eines Krieges, aber nur an diesem Tage, zu benutzen gedachte. Deshalb wollte ich bei der Zeitung Leute haben, die an den sozialdemokratischen Bewegungen teilgenommen hätten.“ Eine solche nicht mißzuverstehende Behauptung mußte natürlich gleich nach ihrem Bekanntwerden große Sensation machen, und es war 1889 schon ein Blatt von demselben Verleger wie die „Post“, nämlich die „Leipziger Zeitung“, das Organ der sächsischen Regierung, das die Frage aufwarf: Wer waren diese Leute, mit wem handelten sie in Deutschland in Verbindung? Aber zu gleicher Zeit geschah das Verwunderliche, daß die damals bei weitem schäblichsten Demagogienblätter wie die „Königliche Zeitung“ und der „Hamburgische Korrespondent“, die notorisch von der Regierung ausgehalten wurden, diese Boulangerische Enthüllung entweder gar nicht oder höchst nebenächlich behandelten. Sie rochen den Vrat, den Boulanger hier aus ihren eigenen Rippen geschnitten hatte. Die sogenannten „Sozialisten eines gewissen Landes“, die Boulanger gelaßt hatte, waren nämlich nichts anderes als eine Anzahl jener infamen Spitzel, die damals aus dem Reptilienfonds und von Bismarcks Gnaden ein höchst fideles Dasein lebten, indem sie sowohl Geld von der deutschen Regierung nahmen, um die Sozialisten und die deutsche Regierung zu bespitzeln. Und Bismarck hatte einen ganz besonderen Grund, Boulanger von seinen Spitzelgesellen bespitzeln zu lassen. Von dem Augenblicke an nämlich, wo Boulanger die Präsidentschaften offen zu spielen anfing und den offenen Kampf gegen die Republik begann, war er der Söldling aller Feinde der französischen Republik, und daß die deutsche Regierung, für die er in dieser Beziehung in erster Linie arbeitete und die ihm ihre ganze offizielle Presse zur Verfügung stellte, ihn nicht auch direkt mit Geld unterstützte habe, ist ebenso ungläublich, wie, daß Boulanger diese Hilfe zurückgewiesen habe. Jetzt weiß die „Post“, woher das Geld gekommen und wer das Geld von Boulanger bekommen hat. Ist sie noch über Personalien neugierig, so mag sie sich bei dem Berliner Polizeipräsidenten die Akten über die Herren von Ehrenberg, Heinrich Oberwinder und Polizeirat Krüger aus dem Ende der achtziger Jahre geben lassen. Wir zweifeln nicht, daß sie uns dann in dieser Frage für einige Zeit in Ruhe lassen wird. —

Deutsches Reich.

Eröffnung des Reichstages. Die „Köln. Ztg.“ bestätigt in einer offiziellen Berliner Notiz, daß die späte Einberufung des Reichstages zum 28. November durch die sogenannte Reichsfinanzreform, richtiger staatspolitischer Steuerprojekte veranlaßt ist. „Der Reichskanzler“, es gibt sie, hat sich zwar um die möglichst baldige Einberufung bemüht, indessen vertreten maßgebende Regierungskreise die Ansicht,

Dah allen anderen Beratungsgegenständen die Beratung der Reichsfinanzreform voranzustellen sei. Die nach dem Ergebnisse der Ausdehnungsarbeiten erforderliche nochmalige Ueberarbeitung der ganzen Vorlage im Reichshausen verlangt noch einige Zeit, ebenso ist dem Plenum des Bundesrates eine genügende Zeit vorzubehalten, um ohne Ueberbürdung die dem Reichstage vorzuliegende Vorlage gründlich zu beraten. Ob mit der Erörterung der Reichsfinanzreform zeitlich die Beratung der Schulgesetzvorlage zusammenfällt, ist noch unentschieden.

Liberale Illusionen.

In etlichen freisinnigen Blättern spukt noch immer die Illusion, daß trotz aller Heßgebarden demnächst doch noch einmal die große fortschrittliche Partei der Zukunft das Licht der Welt erblicken werde. Herr Raumann hat das große Augenblick, wo er an dieser Partei den Lanfakt vollziehen kann, und die Herren Warth und Sonnemann mühen sich mit Heßgebarden. Die „Frankf. Ztg.“ schrieb dieser Tage aus Anlaß der badischen Landtagswahlen:

Wie richtig es war, in der jetzigen Situation die prinzipiellen Gegensätze zu vergeffen, zeigt der Erfolg. Die Reaktion ist geschlagen und der Fortschritt steht als Sieger da. Zum erstenmal seit Jahrzehnten ist in deutschen Landen das freiheitliche Bürgerthum geeint in die Wahlkämpfe gezogen und mit ihm im Augenblicke der Gefahr die sonst weitab gestandene Sozialdemokratie. Wenn der Erfolg den Erwartungen auch nicht entsprechen hätte, schon allein die Tatsache, daß die weitgehende Einigungsidee, die man im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Reaktion sich wünschen kann, hier erstmals Ereignis geworden ist, müßte mit stolzer Befriedigung erfüllt und mit froher Hoffnung für die Zukunft.

Wäre wirklich das badische Wahlbündnis das erste Anzeichen dafür, daß der Liberalismus in Deutschland sich endlich auf die so lange und schmachvoll verfallene Pflicht besänne, gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Reaktion niederzuwerfen? Die Sozialdemokratie würde eine solche erste und ethische Absicht zu allererst begrüßen, ist sie doch seit jeher der Ansicht gewesen, daß sie mit einem wirklich freisinnigen Bürgerthum ein gut Stück Weges zusammengehen könne, vorbehaltlich selbstverständlich ihres grundsätzlich sozialistischen Charakters. Bis hier war nur leider von einem wahrhaft freisinnigen Bürgerthum nichts zu spüren. Die Nationalliberalen fraternisierten jederzeit mit dem reaktionärsten Scharfmachertum, der sogenannte männliche Freisinn suchte eine Ehre darin, sich unter Eugen Richters Führung geradezu als Knüttelgarde gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen, und selbst die paar bedeutungslosen süddeutschen „Demokraten“ bewiesen sich immer mehr als höchst unsichere Konstanten. Die eigentlichen Vamperträger der Idee eines Zusammenschlusses der ganzen Linken waren die Herren Warth und Raumann, nicht nur Generale ohne Mannschaften, sondern auch die Schriftmacher des äberpauesten Imperialismus. Wie unter solchen Umständen eine gemeinsame Aktion der Linken möglich sein soll, ist uns wirklich räthselhaft.

Hinzu kommt, daß selbst die Herren Warth und Raumann nur deshalb und insoweit die Sozialdemokratie für blüdnisfähig halten, als sie sich zu einer „vernünftigen“ Reformpartei durchmaufern. Die „Köln. Ztg.“ sprach nur aus, was die beiden Herren erschauen, wenn sie am 30. Oktober die löbliche Hoffnung äußerte:

„Nachdem mehrere Abgeordnete mit Hilfe des Blocks... gewählt sind, steht zu erwarten, daß auch die sechs neugewählten Sozialdemokraten sich von jedem unfruchtbaren Radikalismus fernhalten werden.“

Herr Pachnide, der sich in seiner politischen Färbung von Herrn Warth sonst keine Avance unterscheidet, will denn auch von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nichts wissen, weil er die Mauferungs-Illusionen nicht zu teilen vermag. Er schrieb kürzlich:

„Die plötzlich ausgegebene Parole, daß in einer Annäherung an die Sozialdemokratie, in einem Bündnisse mit ihr Rettung zu finden und etwas wie eine „Morgenröte“ zu erblicken sei, hat viel Verwirrung angerichtet. Sie läßt sich nach Dresden und Jena noch weniger durchführen, als vordem. Die Sozialdemokratie predigt Massenstreik und StraßenDemonstrationen, verschärft die Arbeitskämpfe, lehnt alle Militärforderungen, selbst solche zur Verbesserung der Waffen ab, kurz, sie verspricht jetzt weniger denn je eine brauchbare Reformpartei zu werden. Das Ziel des Liberalismus kann deshalb nur in einem Zusammenwirken aller besonnenen Liberalen, nicht aber darin liegen, der Sozialdemokratie mit Bündnisverträgen nachzulaufen.“

So wird denn der schöne Zukunftsraum hoffnungslos zerrinnen. Er könnte sich nur verwirklichen, wenn das liberale Bürgerthum wirklich freisinnig werden oder wenn die Sozialdemokratie aufhören würde, sie selbst zu sein. Beides liegt aber außer dem Bereiche der Möglichkeit.

Ein Sozialdemokrat für Flottenvermehrung.

Unter dieser — wie wir gleich betonen wollen — falschen den Stichmarke beschäftigt sich die „Kölnische Zeitung“ mit einem Artikel des Genossen Calwer in den „Sozialistischen Monatsheften“, der den Titel trägt: „Englands Absichten und die deutsche Sozialdemokratie“. Das nationalliberale Blatt zitiert eine Stelle aus Calwers Ausführungen, die keineswegs der Sozialdemokratie empfiehlt, sie eine Flottenvermehrung einzutreten, von der aber das Blatt behauptet, daß sie in ihrer logischen Konsequenz zu einer solchen Empfehlung führen müsse. Die Stelle bezieht sich auf die Delcosse-Affäre und lautet:

Es ist grundverleht, jetzt so zu tun, als ob die deutsche Politik, namentlich die Schaffung einer deutschen Kriegsmarine, England gewissermaßen zu seiner Haltung provoziert habe. Man kann als Parteimann sehr wohl auf einem die deutsche Flottenpolitik ablehnenden Standpunkt stehen, aber dann beschränke man seine ablehnende Haltung nicht auf sein eigenes Land, sondern auch auf seinen guten Nachbar, der uns Deutschen erst gezeigt hat, daß der Besitz einer starken Kriegsflotte für die heutigen Entscheidungen in den Fragen der Weltpolitik etwa ebensoviel wert ist, wie der Besitz einer mit starker Goldbasis ausgerüsteten Zentralbank für die Geltung auf dem internationalen Geldmarkt. Oder will jemand etwa in Ernst behaupten, Englands Feindschaft gegen Deutschland wäre nicht vorhanden, wenn Deutschland keine Flotte besäße? Gut, von diesem kleinbürgerlichen Standpunkte aus möchte man Politik treiben in Zeiten, wo Deutschland noch wenig in die Weltmarktwirtschaft verstrickt war, aber heute, wo Deutschland wirtschaftlich England und den Vereinigten Staaten ebenbürtig zur Seite steht und nicht umhin kann, zu allen Fragen der Weltpolitik im Interesse seiner Industrie Stellung zu nehmen, da kann man wohl die Flottenpolitik sämtlicher modernen Industriestaaten auf schärfste beurteilen, aber man kann dem eigenen Lande nicht zimmern, eine Ausnahmestellung einzunehmen, die recht verhängnisvoll werden könnte. So wie die realen Verhältnisse heute liegen, hängt das Ansehen eines Staates im Auslande von seiner Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande ab. Der japanisch-russische Krieg ist dafür eine eindringliche Lehre.

Wir wollen hier nicht mit der „Kölnischen Zeitung“ darüber rechten, ob Genosse Calwer in der Tat den logischen Schlusfolgerungen seiner Auffassung ausweicht, sondern nur feststellen, daß er ausdrücklich erklärt, er denke nicht daran, unter den obwaltenden politischen, namentlich auch freierpolitischen Umständen den deutschen Arbeitern zu zimmern, Mittel für die Wehrfähigkeit Deutschlands zu bewilligen. Wir glauben aber schon deshalb von Calwers obigen Ausführungen Notiz nehmen zu sollen, weil sie sich gegen eine Auflassung wenden, die auch der „Vorwärts“ vertritt. Wir sind in der

Tat der Ueberzeugung, daß Deutschlands Flottenrüstungen von England nicht nur als eine Provokation und Bedrohung aufgefaßt werden, sondern bei der aufreizenden weltpolitischen Propaganda in Deutschland auch aufgefaßt werden müssen. Wir bestreiten dagegen entschieden, daß Deutschlands Fortschritte auf dem Gebiete des Handels und der Industrie allein England mit einer so eiferfüchtigen Feindseligkeit erfüllt hätten, wie sie zurzeit unstreitig vorhanden ist. Wir bekennen uns trotz Calwer noch immer zu dem parteitraditionellen „kleinbürgerlichen“ Standpunkte, daß Deutschland zum Schutze seines Handels keine Flotte braucht. England mit seinem riesigen Kolonialreich befindet sich in einer ganz anderen Lage. Auch der Vergleich mit Japan, das ja mit dem vordringenden Aufstand um die Vorherrschaft in Ostasien kämpft, ist völlig unzutreffend. Deutschland befindet sich nach all diesen Richtungen hin in einer völlig anderen Situation. Im übrigen brauchen wir und hier mit der von uns schon oft widerlegten Argumentation Calwers schon deshalb nicht näher zu beschäftigen, weil die Reichstagsdebatte über die Flottenvorlage den Rednern unserer Partei Gelegenheit geben wird, seiner mit der der Gegner unserer Partei sich nahezu bedeckenden Beweisführung nachdrücklich entgegenzutreten.

Reis für das preussische Klassenparlament! Herr Johann Giesberts, der neue Zentrumsgewählte für Eilen, soll auch in den preussischen Landtag gewählt werden. Im Kreis Siegen-Walheim a. Rh. Wipperfurth ist durch den Tod des Abgeordneten Weyr ein Mandat frei. Der Kreis ist zwar überwiegend landwirtschaftlich, und in einer Vertrauensmännerung des Zentrums fehlte es nicht an erheblichem Widerpruch. Die Mehrheit hielt aber den M.-Gladbacher mit Recht für genügend agrarisch, und so wird er wohl trotz des häuerlichen Widerpruchs in den Landtag einzuziehen, was für das Zentrum wegen der Diäten die Sache billiger macht. Reis für das preussische Klassenparlament ist der Mann mit dem zerbrochenen Nüßgrat, der vor Jahren eine gewisse Selbständigkeit offenbarte, schon lange. Bei der Niederknüppelung des Hollwäckerprotestes der katholischen Arbeiter im Rheinlande hat er dem Zentrum hervorragende Dienste geleistet, und seitdem ist er noch tiefer gesunken. In der neuesten Nummer der von Herrn Giesberts geleiteten „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ findet man zweiundeinehalbe Spalte über den Jenaer Parteitag und außerdem noch eine halbe Spalte über die Vorgänge in der Redaktion des „Vorwärts“; vergebens aber sucht man darin ein Wort über den Wahlrechtsstreit, der im Kölner Rathause vom Zentrum begangen wird und der 30 000 Kölner Arbeiter das Gemeindevahlrecht vorenthalten will. Als vor 3 Jahren die Stadtverordneten in Aachen in ähnlicher Weise wie jetzt in Köln den Arbeitern das Wahlrecht verweigerten, kam Herr Giesberts von M.-Gladbach nach Aachen herüber und redete in einer großen Protestversammlung, wobei er die acht Zentrums-Stadtverordneten nicht schonte, die mit den Liberalen gegen den Wahlrechtsantrag der katholischen Arbeiter gestimmt hatten. Heute bewährt sich der Herr Giesberts das an einer Reihe anderer Opponenten aus Arbeiterkreisen vom Zentrum erprobte Verfahren: Man gibt Reuten, die Reigung zur Kritik zeigen, ein Amt oder einen Posten, und sie werden aus Kritikern der Partei zu willigen Agitatoren! —

Schwere Arbeit verrichtet ein Zentrumsjournalist in der „Germania“. Er preist das alleinseligmachende Heil des christlichen Gewerkevereins, mückt den „sozialdemokratischen“ Vergarbeiterverband ab, entnationalisiert die Nationalliberalen und — verteidigt die Vergherren! Der große Stratege, der solchen großen Werkes Lösung unternimmt, unterstellt, die nationalliberalen Jechenherren wünschten Unterdrückung des christlichen Gewerkevereins und des — Zentrums zugunsten der sozialdemokratischen Bewegung. Daß gerade die Ariele, auf welche das Koalitionsgnatenumtums Einfluß hat, bei der Essener Stichwahl eine Parole zugunsten des ultramontanen Regierungskandidaten Giesberts durchdrücken wollten, ist dem „Germania“-Mann vielleicht ein Beweis für seine Behauptung. Es gibt ja seltsame Logiker. Sieht der Netter des Zentrums-Gewerkevereins in der vielfachen Ausschließung der Ausständigen vom Wahlrecht auch eine Unterstützung des „sozialdemokratischen“ Verbandes? Gegen ein solches Argument, besäumt sel's eingestanden, verlagert unser Wig. Der Zentrumsstrategie schließt weiter: Der alte Verband sei unehrlich, weil er bei den Wahlen zu den Ausschüssen selbständig vorgehe. Bei welcher Gelegenheit ist denn schon mal die Frage aufgetaucht, bei Wahlen gemeinsam vorzugehen? Der alte Verband hat übrigens längst toleranterweise bei den Vergherren die Zulassung der Proporzwahl beantragt. Mehr kann man doch nicht verlangen! Der Verbandsverächter der „Germania“ verhöhnt nun aber der staunenden Welt, der christliche Gewerkeverein, Vöses mit Gütern vergeltend, habe sich nur für Einführung der Verghaltswahl verwendet. Der Gewerkeverein hätte eher aufstehen müssen, wenn er mit solcher „Parteil“ Eindruck erwecken wollte. Die Reigung für die Proporzwahl kommt den Christen immer etwas spät, so war's auch bezüglich der Essener Gewerkegerichtswahl. Solange die „Toleranten“ sich der Mehrheit sicher glaubten, standen sie der Proporzwahl nicht gegenüber, als sie hereingefallen waren, traf an Stelle der stöhlige heilige Vergherung für die Verghaltswahl und die jetzt vom Zentrumsstrategen der Sozialisten besuchdigen Nationalliberalen, die auch im Essener Stadtparlament dominieren, schrieben nun auch sofort die Proporzwahl vor, während man bisher diesbezügliche Anträge unsererseits glatt abgelehnt hatte. Schließlich nimmt der Stratege in der „Germania“ die Vergherren gegen die in der sozialistischen Presse erhobenen Vorwürfe der Vergherungsverlegung in Schutz. Vergherungsverlegungen seitens der Vergherren hält der „Arbeiterfreund“ einfach für ausgeschlossen. Es ist aber in Vergarbeiterkreisen noch sehr gut bekannt, daß eine Vergherungsverlegung auf Jede „Vergherstrafe“ gewissermaßen den Funken ins Pulverfaß schleudert, wodurch der große Streik entflammt. Es gibt auch sehr, sehr viele Vergarbeiter, denen nicht unbekannt ist, daß das Vorgehen der Jede „Kaiserstuhl“ jetzt bei Bekanntgabe der Normalarbeitsordnung in mehrfacher Hinsicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, der Zentrumsstrategie braucht das natürlich nicht zu wissen, er bringt es fertig, nachdem sogar die „Köln. Westf. Ztg.“ das ungesetzliche Verhalten der Verwaltung von „Kaiserstuhl“ konstatiert hat, im ultramontanen Hauptorgan die Jechenherren gegen sozialdemokratische Dege in Schutz zu nehmen. So ist's recht — die frommen Demagogen wissen, was sie dem Kapital schuldig sind! —

Die großstädtische Bevölkerung und die militärische Disziplin.

Vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps gelangte am Montag ein Fall zur Verhandlung, der infolged die weitere Öffentlichkeit interessiert, als der Vertreter der Anklage, Oberkriegsgerichtsrat Dr. Körter, für einen in gehobener Stimmung begangenen, an sich ganz harmlosen Vorfall die großstädtische Bevölkerung verantwortlich zu machen suchte. Es handelt sich um einige Angehörigkeiten, deren sich zwei zu einer Lebung eingezogene Reservisten aus Hamburg, namens Siebers und Wendtschneider, in einem Lokal in Hlensburg einem Torpedo-Obermaten gegenüber schuldig gemacht haben sollen. Das Kriegsgericht in Hlensburg erkannte gegen S. auf sechs Monate Gefängnis und gegen W. auf sechs Wochen Wütelarrest. Der Berichtsberr legte gegen das ihm zu milde erscheinende Urteil Berufung ein, die das Oberkriegsgericht in Altona in achtsündiger Sitzung beschäftigte. Wie der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Sawend-Altona, treffend hervorhob, hätten die „Vergehen“ am Bierische auf dem Disziplinärwege ihre Sühne finden können. Die beiden Reservisten, die den ersten Lebungstag etwas „begossen“ hatten, suchten am 20. August dieses Jahres in Begleitung zweier Mädchen ein Lokal auf, in dem sich der Obermat mit einer Dame befand. In bezug auf die Begleiterin des Obermat gebrauchten die sich in der Gesellschaft der Reservisten befindlichen Mädchen einige Sticheleien, während einer von den Reservisten den Ausdruck „Anli“ fallen gelassen haben soll. Diesen Ausdruck bezog der Obermat auf seine Person, er trat, angefaßt durch seine Flamme, an den Tisch der Reservisten heran und forderte diese auf, ihre Urlandskarten vorzulegen. Die Reservisten sollten diese Aufforderung zunächst mißachtet gelassen und dann unpassende Redensarten geführt haben. Beide Angeklagte, gebürtige Hamburger und bisher noch

bösig unbescholten, stellen entschieden in Abrede, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben, und auch die Zeugen wissen, mit Ausnahme des Obermaten und dessen Begleiterin, nichts Belastendes gegen die Angeklagten auszusagen. Trotzdem beantragt der Vertreter der Anklage gegen Siebers, der von Beruf Kaufmann ist, ein Jahr und drei Monate und gegen Wendtschneider, von Beruf Buchdrucker, neun Monate Gefängnis, „weil dies der zweite Fall schwerer Insubordination in diesem Jahre sei, deren sich Reservisten aus der großstädtischen Bevölkerung, die sich eine besondere Bedeutung beimesse, zuschulden kommen liehen.“ Der Verteidiger wies diese Exemplifikation auf die großstädtische Bevölkerung zurück, darauf verweisend, daß zwei Fälle bei einer Bevölkerungszahl, die, wenn man den ganzen Städtekomplex Hamburg-Altona und Umgegend in Betracht ziehe, ebenso groß sei, wie die der ganzen Provinz Schleswig-Holstein, nichts besagen, und man werde nicht behaupten können, daß die hiesige Bevölkerung zu Ausschreitungen neige. Gerade bei dem vom Ankläger herangezogenen ersten Fall (Strauer-Krogmann) habe der damalige Ankläger in der Berufungsinanz besonders betont, die Disziplin im Bereiche des 9. Armeekorps, wozu doch Hamburg und Altona gehören, sei Gott sei Dank so gut, daß kein Grund vorliege zur Verhängung von drakonischen Strafen. Die Anträge des Anklägers müßte er als geradezu drakonisch bezeichnen. Das Urteil der ersten Instanz sei viel zu hoch, denn die Angelegenheit hätte disziplinarisch geahndet werden können. Weshalb man damals den Antrag auf Gasteinsetzung der Angeklagten abgelehnt habe, sei ihm unverständlich. Beiden Angeklagten, die anständigen und gebildeten Leute seien, müßte daher die Ueberfuchungshaft in Anrechnung gebracht werden. Der Ankläger verwarf sich dagegen, drakonische Strafanträge gestellt zu haben, indem er darauf verweist, daß für die in Rede stehenden Straftaten im Maximum auf zehn Jahre Gefängnis erkannt werden könne. Im Interesse der Disziplin müßte eine nachdrückliche Strafe ausgesprochen werden. Das Gericht verurteilt Siebers zu sieben Monaten und Wendtschneider zu acht Wochen Gefängnis. Ersterem wird die Ueberfuchungshaft nicht, letzterem nur zum Teil in Anrechnung gebracht. Das Gericht hat also im Interesse der Disziplin diesen sehr zweifelhaft liegenden Fall noch härter geahndet als die erste Instanz. —

Die Hamburger Schulstube und die Prügelstrafe.

In der letzten Sitzung der Hamburger Schulstube wurde ein die Prügelstrafe in der Schule betreffender Beschluß gefaßt, von dem der zweite Vorsitzende der Schulstube, Gymnasialprofessor Dr. Wendi, mit Recht sagt: „Es wird außerhalb Hamburgs unverständlich sein, daß dieselbe Lehrerschaft, die auf dem Gebiete der Kunstziehung eine so scharfe Initiative ergreifen, in bezug auf die praktische Seite der Erziehung eine so rüchtrichtige Haltung zu erkennen gibt.“ — Es hand nämlich ein Antrag des Lehrers Raas zur Verhandlung, durch die Beseitigung des Züchtigungsreglements vom Jahre 1881 die Anwendung der körperlichen Züchtigung wieder in das Ermessen des einzelnen Lehrers zu stellen. Nach diesem Reglement muß, wenn eine empfindlichere Züchtigung für nötig gehalten wird, die Erlaubnis des Hauptlehrers (Rektors) eingeholt werden, bevor die Rasteliebe auf die Hosen des Schülers herniedergerufen dürfen. Nach lebhafter Aussprache, in welcher ebenso viele Anhänger wie Gegner der Prügelpädagogik zum Wort kamen, wurde der Antrag des Herrn Raas angenommen, obwohl die Schulstube anerkennt: „Die völlige Aufhebung der körperlichen Züchtigung ist grundsätzlich anzustreben. Einer sofortigen Aufhebung stehen zurzeit unüberwindliche Hindernisse entgegen.“ Das Bedauerliche hierbei ist, daß von den anwesenden 400 Lehrern nur 33 gegen den Antrag stimmten.

Die ungeheure Mehrheit verlangt also „Dresch“freiheit! Es soll dem subjektiven Ermessen des einzelnen Lehrers überlassen bleiben, ob er den Stoch mit „Rachdrud“ führen will oder nicht. Gerade die mit dem „subjektiven Ermessen“ verbundenen Ausschreitungen des Züchtigungsrechts haben zur Schaffung des Reglements von 1881 geführt. Doch die Herren Prügelpädagogen zeigen, daß sie Idealisten sind, denn die hollöse Zeit soll wenigstens angestrebt werden! Da dieses Ideal „zurzeit“ noch nicht erreichbar ist, muß der Vofel bis auf weiteres nachdrücklich gehandhabt werden, wie vor dem Jahre 1881. Eine merkwürdige Logik, welche die „Idealisten“ unter diesen Jugendbildnern bekunden. Die Anhänger der Prügelstrafe im übrigen Deutschland können von jetzt ab ihre Argumente bei der „fortschrittlich“ gesinnten Hamburger Lehrerschaft beziehen. —

Zur Zurückziehung der ostasiatischen Besatzungsbrigade.

wird aus London gemeldet, daß „Standard“ daran zweifle, ob England und Japan der deutschen Anregung auf Zurückziehung ihrer Besatzungstruppen entsprechen werden. Das Wollische Bureau macht dazu die offizielle Anmerkung, daß Japan bereits dem deutschen Vorschlage zugestimmt habe. Nur die Gesundheitsnachrichten in Peking solten, wie das hiesigen nach der „Köln. Ztg.“ auch von der deutschen Regierung beabsichtigt war, bestehen bleiben.

Die deutsche Besatzungstruppe zählte nach dem Etat für 1905 2600 Mann, für die ein Kostenaufwand von 12 659 000 M. notwendig war. Für jeden Kopf d'r Mannschaften mußten also die deutschen Steuerzahler mehr als 4000 M. pro Jahr zahlen! Da die Zahl der Truppen zunächst 4500 Mann betrug und erst von 1903 ab um 2000 Mann vermindert wurde, sind im ganzen mehr als 80 Millionen Mark dafür ausgegeben worden. Wozu noch die Kosten des Chinaseldzuges selbst mit 250 Millionen kommen. Der „Blay an der Sonne“ mit seinem minimalen deutschen Handel ist uns also verteuert kostspielig geworden! —

General v. Trotha wird nunmehr, wie ein Blatt meldet, am 12. Dezember zurückzukehren. Wenn das zuträfe, müßte er sich baldigh zur Heimreise anscheiden. Es wird ihm dann keine Gelegenheit mehr bleiben, sich den Lorbeer um seine Stirn zu wunden. Sein Name wird gleichwohl wegen der berüchtigten Herero-Erlasse der Nachwelt erhalten bleiben, wenn auch nicht in den Annalen der Kriegsgeschichte, so doch in denen der Kulturgeschichte.

Weiter bleibt auch nach der Rückkehr Trothas alles beim alten. Die Abreise von 800 Mann neuer Verstärkungstruppen beweist, daß der Krieg im größten Eile fortgesetzt wird. Und wenn die Dohentotten endlich aufgerieben sind, beginnt der Tanz mit den Dvambos! —

Vom ostafrikanischen Aufstand.

Graf Köhler telegraphiert unter dem 30. Oktober: Aus Ruanda wird gemeldet, daß ein Einschreiten gegen den Sultan Makonaso, zwei Stunden von Ruanga, notwendig geworden sei. — Die ausgesandte Abteilung, bestehend aus 12 Europäern und 24 Askaris, stieß auf Widerstand, wobei der Feind 25 Tote hatte. Der Sultan soll auf der Flucht ertrunken sein. —

Verluste in Ostafrika. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Reiter Walter Siewert, geboren am 8. 4. 82 zu Großhuchen, am 27. Oktober in der Krankenanstalt Gibeon an Herzimmertentzündung gestorben. Reiter Ernst Weinert, geboren am 9. 12. 82 zu Kommichau, am 28. Oktober 1905 beim Ueberfall der Station Des leicht verwundet. Schuß rechte Wade. —

Der Verleger des „Berliner Tageblatt“ sendet uns folgende Verichtigung:

Auf die mich betreffende Notiz in Ihrer heutigen Zeitung erlaube ich Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Verichtigung: Es ist unvahr, daß ich für ein mir gehöriges großes Gut in der Mark mich dem Widrige angegeschlossen habe. Die Wüstermarker Wollereigenenschaft, zu der auch mein Gut Droy gehört, hat sich feinerzeit ohne mein Zutun und ohne daß ich gefragt worden

Ein, durch Majoritätsbeschluss zusammen mit anderen Genossenschaften dem Milchringe angeschlossen, ist aber bereits seit etwa zwei Jahren daraus wieder ausgeschieden. Keine anderen Güter Schenkenhof und Galtun haben sich keiner Kollateralgemeinschaft angeschlossen und daher auch niemals dem Milchringe angeschlossen.

Dochachtungsvoll

Rudolf Woffe,
Verleger des „Berliner Tageblatt“.

Anstatt einer Verächtigung gibt Herr Woffe in obigen Zeilen eine Bestätigung unserer gestrigen Notiz. Ober will der Herr Rittergutbesitzer etwa uns dafür verantwortlich machen, daß er über so weittragende Beschlüsse auf seinen Gütern nicht befragt wird? Interessant wird es für unsere Leser sein, zu erfahren, daß der Verleger der „Berliner Volkszeitung“ eine ganze Anzahl Rittergüter sein eigen nennt. Wohl ihm!

Husland.

Norwegen.

„Der schwarze Mann“.

Christiania, 31. Oktober. In der heutigen Vormittags-Sitzung des Storting teilte der Minister des Inneren Bödland mit, er habe nach der Abkündigung des Königs am letzten Sonnabend die auswärtigen Regierungen benachrichtigt, daß Norwegen in amtliche Verbindung mit ihnen zu treten wünsche. Von einer Reihe von Regierungen seien bereits zustimmende Antworten eingelaufen.

Da wird doch nicht etwa eine internationale Haupt- und Staatsaktion gegen die ruchlosen Norweger unternommen werden? Es läßt diesen Nordmännern sehr unähnlich, daß sie sich etwa vor den zusammengetrommelten Freunden des Königs der Schweden, Goten, Wenden und Kaschuben fürchten sollten.

Im übrigen hat der König offenbar Angst, daß ihm seine Minister vorzeitig davonlaufen. Er richtete an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, in welchem er die Minister aufforderte, im Amte zu verbleiben, bis sämtliche die Auflösung der Union betreffenden Arbeiten erledigt sind.

Von den Philippinen

Sind Nachrichten an das Kriegsdepartement in Washington gelangt, aus denen hervorgeht, daß die Amerikaner noch immer auf bewaffneten Widerstand stoßen. Der kriegerische Stamm der Moros, die ihre Unabhängigkeit bewahren wollen, macht den Amerikanern viel zu schaffen. In den letzten Tagen hatten die Truppen auf der Insel Mindanao ein Gefecht mit den Moros, in welchem ein Hauptling, dessen Sohn und zehn Krieger tot auf dem Platze blieben! Auf amerikanischer Seite wurden drei Mann getötet und zwei verwundet.

Unter den wilden Stämmen sind die Moros am zahlreichsten und gefährlichsten; sie sind Mohammedaner und kämpfen mit großer Mut und Fanatismus um ihre Rechte. Die Verfolgung der Moros fällt den Amerikanern nicht leicht, da die wilden Stämme im oft schwer zugänglichen Innern der Inseln leben.

Hus Industrie und Handel.

Die Börse und das Baren-Manifest. Dem schwarzen Tage, den sie am letzten Freitag erleben mußte, hat die Börse gestern einen Hausschwung folgen lassen, der alle Hoffnungen wieder in höchster Höhe zeigte. In erster Linie waren es die von der Situation in Rußland direkt abhängigen Werte, die eine lebhafteste Aufwärtsbewegung aufwiesen. Die russische Anleihe von 1902 wurde bei Beginn um 3,70 Proz. über dem gestrigen Schlusskurs notiert. Für die Anleihe von 1905 sowie für die Aktien der Russischen Bank für auswärtigen Handel und der Warschau-Wiener Eisenbahn konnten erste Kurse nicht festgesetzt werden; bald nach Beginn ergaben sich aber für die betreffenden Werte Kurssteigerungen von 2/4 resp. 1/2 resp. 3/4 Proz. Und wie immer in diesen Fällen profitierten auch viele andere Werte von der hoffnungsvollen Stimmung, besonders die Bankaktien und die führenden Montanwerte zogen stark an.

Die Vereinigte Königs- und Laurahütte hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Nach dem Bericht der Verwaltung betrug der Bruttogewinn der Gesellschaft im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahrs nach Abzug aller Unkosten und der Zinsen für die Obligationenanleihen 1.767.520,25 M., d. h. 91.503,00 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieses Mehr entspringt lediglich dem Betrieb der Gruben und Hütten in Schlesien, während die russischen Werke ungünstiger als im Vorjahr abblühten. Diese russischen Werke sind jetzt natürlich überhaupt die Schmerzenskinder der Gesellschaft; die Revolution mit ihren Streiks, ihren Verkehrsunterbrechungen und ihrer allgemeinen Lahmung der Geschäfte bedrückt die Aktionäre lebhaft, und der Generaldirektor der Gesellschaft, der aus dem Saarrevier vertriebene Herr Hilger, sucht mit allerlei Prophezeiungen zu trösten. Ueber die Arbeiterverhältnisse der Gesellschaft erfuhr man auf der Generalversammlung nur, daß sie „noch an den Folgen der letzten Streiks zu tragen hätten“, die Löhne und Arbeitsbedingungen wurden nicht erwähnt, es hatte auch kein Aktionär den Wunsch, darüber etwas zu erfahren.

Kurz im Börseverkehr. Die von der Zulassungsstelle der hiesigen Börse zwecks Prüfung der Frage der amtlichen Preisfeststellung von kurzen gewählten Kommission hat nach der Woch. Ztg. gestern die Beratung aufgenommen. Ausganges dieser oder zu Beginn der nächsten Woche sollen dieselben fortgesetzt und dann ein eingehender Bericht an das Plenum der Zulassungsstelle erstattet werden.

Höhere Kohlenpreise in Oberschlesien. Der Abfall an Industriekohlen hat, wie man dem „Wreslauer General-Anzeiger“ mitteilt, in letzter Zeit eine abermalige beträchtliche Steigerung erfahren. Die kleinen Sortimente werden bereits knapp und es wird für dieselben voraussichtlich schon in nächster Zeit eine Preissteigerung einzutreten.

Projektiertes Stabeisenverband. Die süddeutschen Werke haben auf einer dieser Tage in Frankfurt a. M. stattgefundenen Versammlung sich im Prinzip für die Bildung eines Stabeisenverbandes ausgesprochen. Damit sind aber die Schwierigkeiten, die mit der Erledigung der Angelegenheit verknüpft sind, noch lange nicht behoben. So weist die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ darauf hin, daß die Aktiengesellschaft Krupp, die bekanntlich mit der Inbetriebsetzung ihres Werkes in Rheinhausen auch die Stabeisenfabrikation aufgenommen hat, eine ganz neue Konkurrenz bilde, die entsprechende Ansprüche in der Beteiligung stellen müsse. Ein Vorschlag Aug. Thiessen ging dahin, zunächst nur eine Verkaufsvereinigung unter den rheinisch-westfälischen Stahlwerken zu bilden. Der Anschluß der süddeutschen Werke lasse sich, selbst vorausgesetzt, daß sie prinzipiell zum Beitritt geneigt sind, nicht so leicht bewerkstelligen, da ihre Produktions- und namentlich ihre Absatzbedingungen wesentlich verschieden von denen der rheinisch-westfälischen Werke sind. Stabeisen wird von ihnen im verstärkten Maße ausgeführt und bei der heutigen Konjunktur, wo die Auslandspreise den inländischen bedeutend höher gerückt sind, stehen sie sich dabei besser als beim inländischen Absatz.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Rohleger und Heiser! Die Differenzen mit der Firma Walther, Elshäferstraße 39, sind nunmehr beigelegt und der Tarif von der Firma anerkannt. Die über die Wauten Zehendorf, Hauptstraße 46/48 verhängte Sperre ist hiermit aufgehoben.

Ordnungsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Nach dem Streik in der Wäsche-Industrie. Gemäß den Bestimmungen des von beiden Parteien angenommenen Schiedsspruches

sollte am Montag die Arbeit wieder aufgenommen und alle Streikenden sollten sogleich wieder eingestellt werden. Die meisten Firmen, unter ihnen die größten der Branche, sind dieser Einigungsbedingung nachgekommen. Andere Fabrikanten haben dagegen einen Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, entgegen den klaren Bestimmungen des Schiedsspruches, am Montag zurückgewiesen. Erste Differenzen sind aus diesem Grunde bei den Firmen Gebrüder Ritter und A. R. Freyer entstanden. Bei Gebr. Ritter wurden von 15 Zuschneidern nur fünf eingestellt und zehn zurückgewiesen. Infolgedessen traten von den fünf eingestellten Zuschneidern zwei wieder aus und der größte Teil der Näherinnen schloß sich ihnen an. Bei A. R. Freyer wurden die Vertrauenspersonen der Arbeitnehmer nicht wieder eingestellt. Augenblicklich schweben wegen dieser Maßregelung Verhandlungen mit der Firma. Sollte dieselbe auf der Zurückweisung der Vertrauenspersonen bestehen, so wird auch in diesem Betriebe die Arbeit aufs neue niedergelegt werden.

Auch in einer Reihe anderer Betriebe sind Differenzen ähnlicher Art zu verzeichnen, wenn auch die Zahl der daran beteiligten Arbeitnehmer nicht so groß ist wie in den beiden vorher genannten Fabriken. — Bei Sutovsky (Wallstraße) wurde ein Teil der Näherinnen nicht wieder eingestellt. — Die Firma Sternberg jun. (Königsstraße) wies eine Anzahl Näherinnen und Plätterinnen zurück. Die im Betriebe beschäftigten Näherinnen arbeiten 10 Stunden, während der Schiedsspruch für sie die 11-stündige Arbeitszeit festsetzt. — Der Fabrikant Göy hat die vor dem Streik bei ihm beschäftigten Zuschneider nicht wieder eingestellt. — Ein Teil der bei Wolff u. Glaserfeld beschäftigten Heimarbeiterinnen erhielten keine Arbeit. — Die Firma Müller u. Suhrmann stellte eine Anzahl der Näherinnen nicht wieder ein. — Beim Kommerzienrat Heinrich Buchholz wurde ein Teil der Plätterinnen nicht wieder eingestellt. — Die Firma Fontheim in der Schönhauser Allee wies einige Maschin-Plätterinnen zurück. — Friedländer u. Kappaport stellten nicht alle Näherinnen wieder ein. — Die Firma Philippsohn u. Petschik nahm nicht alle Plätterinnen wieder auf. — Bei Gotheim wurde ein Teil der Näherinnen beurlaubt, sie mühten wegen Mangel an Arbeit auszugehen. — Die Firma Besch u. Rosenthal will den Arbeitslohn, der noch von der Zeit vor dem Streik rückständig ist, nicht auszahlen, auch hat diese Firma den Näherinnen statt der ihnen zustehenden Lohnerhöhung von 6 Proz. Abzüge gemacht. — Bei Stein Söhne ist ein Teil der Zuschneider und bei Gohn u. Samuel sind die Knopflöcherarbeiterinnen, weil die Maschinen besetzt sind, nicht wieder eingestellt worden. — Blaut u. Höllner beschäftigten nicht alle Heimarbeiterinnen. — Der Zwischenmeister Kemnitz verweigert einem Teil der Näherinnen die Zulage von 6 Proz., angeblich weil er selbst keine höheren Preise von den Fabrikanten erhält. Auch bei den Zwischenmeistern Wildberg, Goldschmidt, Schmidt (Grüner Weg) und Worms sind nicht alle Näherinnen eingestellt worden. — Die gestrigen „Vorwärts“ mitgeteilten Differenzen bei Grünbaum sind inzwischen beigelegt worden, ebenso im Konflikt, der bei Karge wegen Rüksteinstellung des Wäschmeisters ausgebrochen war.

Die Leitung des Verbandes der Wäsche-Arbeiter wird versuchen, die noch schwebenden Differenzen erforderlichen Falles mit Hilfe der Schlichtungskommission zum Abschluss zu bringen. Für den Fall, daß dies nicht gelingen sollte, ist bereits das Einigungsamt angerufen worden.

Am Montag halten die Arbeiterinnen zwei Versammlungen ab, um für die Tarife, welche nach den Bestimmungen des Schiedsspruches aufzustellen sind, ihre Vorschläge zu machen.

Der Kampf um Gesundheitschutz im Stuckatourgewerbe. Am Montag fand in den Mustertälern eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Stuckatoure statt, die den Zweck hatte, eine Bewegung zu gründlicher Regelung der Fensterfrage einzuleiten. Der Referent Krebs erörterte eingehend, welche Gründe den Vorstand veranlassen, der Kollegenchaft jetzt ein energisches Vorgehen zu empfehlen. Er wies auf die schweren Gefahren für die Gesundheit hin, die in der jetzt eingetretenen Jahreszeit das Arbeiten bei unverschlossenen Fenstern und bei offenen Kaminen für jeden einzelnen mit sich bringt, sowie darauf, daß trotz der bekannten Beschlüsse der Bauarbeiterkongresse, trotz der vom 1. November ab geltenden Polizeiverordnung und trotz der Schutzbestimmungen des mit den Unternehmern vereinbarten Tarifvertrages erfahrungsgemäß auch nach dem 1. November es noch immer auf vielen Bauten von den Stuckatouren verlangt wird, daß sie bei rauher Witterung in ungehinderter Zugluft ihre Gesundheit preisgeben. Vereits am 24. September ist an die Arbeitgeber von der Filialleitung des Stuckatourverbandes ein Rundschreiben verfaßt worden, wodurch sie auf die betreffende Tarifbestimmung und Polizeiverordnung aufmerksam gemacht wurden. Die Arbeitgeber sind also frühzeitig von der geplanten Bewegung in Kenntnis gesetzt worden, konnten also rechtzeitig dafür sorgen, daß dem liberal nachgekommen wird. Die verwandten Berufsgenossen, die Puffer, sind ersucht worden, darauf hinzuwirken, daß die Mäntelungen so gebaut werden, daß es leicht wird, die Fenster einzufügen, und sie haben versprochen, ihr Möglichstes zu tun. Der Redner schlug nun im Namen des Vorstandes der Versammlung eine Reihe von Bestimmungen vor, deren erste lautet, daß vom 1. November ab auf allen Bauten, wo die Fenster nicht verglast oder genügend verschalt sind, die Arbeit ruhen soll. Die weiteren Bestimmungen geben nähere Anweisung, wie in den verschiedenen Fällen vorgegangen werden soll. Diese ganzen Vorschläge der Bewegung sollen in der am 1. November vormittags bei Franke in der Sebastianstraße tagenden Versammlung gedruckt vorgelegt werden. — Dem Referat folgte eine lebhafteste Debatte, bei der es sich wesentlich um die Frage handelte, ob und inwieweit die wegen der Fensterfrage in den Streik tretenden und die arbeitslosen Kollegen, die in Mitleidenschaft gezogen werden, unterstützt werden sollen. Die Bewegung selbst wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, doch verlangte eine Mehrheit, daß Unterstützung gezahlt werde und zwar den Bestimmungen des Statuts entsprechend, wonach die Unterstützung für die ersten sechs Tage ausfällt. Ebenfalls sprach sich die Versammlung dafür aus, daß die länger als vier Wochen Arbeitslosen unterstützt werden.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Der sächsisch-thüringische Fabrikantentag hat seiner Anknüpfung, alle Weber und Weberinnen seiner Betriebe auszusperrn, am Montag die Tat folgen lassen. Und wieder einmal ist ein Erwerbszweig im deutschen Produktionsgebiet auf Wochen, vielleicht auf Monate hinaus am Gedeihen gehindert. Die Arbeit von einem Viertelhunderttausend fleißiger Männer und Frauen muß ruhen, weil eine Handvoll Unternehmer die elenden Weberlöhne um nichts verbessern will. Hunderttausend, die von dieser Arbeit und trotz dieser eckigen Arbeit, bisher ihr Dasein kümmerlich fristeten, sollen durch brutale Ausschaltung zur willenlosen Ergebenheit gezwungen werden.

Das sächsische Schloßjunkeramt wird sich getäuscht sehen. Es sind derbe Lektionen gewesen, welche seit einer Reihe von Jahren den sächsisch-thüringischen Arbeitern erteilt worden sind. Vor vier Jahren die Aussperrung der Meerener Weber am Vorabend des Weihnachtstages, vor drei Jahren der Meerener Weberstreik, der große Grimmitzauer Kampf, sowie die letzte Fächerbewegung mit ihrer Aussperrung haben den Arbeitern die Augen geöffnet. Die Stimmung unter den Aussperrten ist allerorts eine vorzügliche. Die Meerener Fabrikanten wollten ihre Arbeiter von der Aussperrung ausschließen. Diese aber wählten, daß sie sich dadurch der Gefahr des Streikbrenns aussetzten und erklärten sich solidarisch mit ihren ausgesperrten Genossen. Am Montag früh 8 1/2 Uhr fanden die ersten drei Versammlungen der Aussperrten statt. Man konnte in denselben nur heitere Gesichter sehen.

Soviel steht fest, von Meerene und Glauchau werden die Greig-Berger Unternehmer keine Arbeitswilligen erhalten.

Die „Christlichen“ fühlen sich wieder in der Verräterrolle wohl, wie ein gestern von uns wiedergegebenes Telegramm des W. T. B. beweist.

Ausland.

Der Streik der dänischen Textilarbeiter. Nun haben die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Zentralorganisationen beider Parteien endlich zu einem Beschluß geführt, der wahrscheinlich in absehbarer Zeit eine für die Arbeiter günstige Beendigung des bereits seit vier Monaten dauernden Kohnkampfes möglich macht. Es ist beschlossen worden, daß die Ortsabteilungen des Textilarbeiter-Verbandes mit den einzelnen Fabrikanten über die Lohnfrage verhandeln sollen. Ueber die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages soll jedoch zwischen der zentralen Fabrikantenvereinigung und dem Textilarbeiter-Verband verhandelt werden. Dieser Beschluß ist von der dänischen Arbeitgebervereinigung und dem Verband der Gewerkschaften gutgeheißen worden. Es wird den Parteien überlassen, eine bestimmte Frist festzusetzen, innerhalb der die Verhandlungen der einzelnen Fabriken beendet sein und die Ergebnisse dem allgemeinen Verhandlungsausschuß vorgelegt werden müssen.

Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit in Schweden. Das Verhandlungsausschuß hat am Sonnabend seine Arbeit beendet und der Vorsitzende, Graf Hamilton, hat darauf dem Zivil- und Finanzminister die Vorschläge die, wie berichtet wird, von den Komiteemitgliedern einstimmig gutgeheißen worden sind, vorgelegt. Damit ist der Kampf aber noch nicht beendet. Man muß erst abwarten, wie sich die Organisationen der Parteien dazu stellen, zumal da es den Arbeitern vieler großen Betriebe nicht möglich war, mit ihren Arbeitgebern eine Einigung über Minimallohnhöhe zu erzielen. Uebrigens wird es auch, wenn die Komiteevorschläge angenommen werden, noch eine geraume Zeit dauern, bis die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen werden kann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlrechtsdemonstration in Wien.

Wien, 31. Oktober (Privat-Telegramm). Die Wahlrechtsdemonstration ist über alle Maßen gelungen. Die Wiener Arbeiter wurden in zwei Stunden von den Fabrik-Vertrauensleuten mobilisiert. Um 7 Uhr füllten viele Tausende den Franzring und Burgring. Ein starkes Vollzeelanbot, das sich jedoch ganz zurückhält. Die Hofburg ist durch berittene Wacheleute abgesperrt. Vor dem Parlamentengebäude wurde eine improvisierte Volksversammlung abgehalten. Es sprachen von der Rampa Adler, Ellenbogen, Daghinski, Giger, Banet, Diamant, Pittoni und Schuhmeier. Begeisterte Schreie auf das Wahlrecht und die russische Revolution durchbrachen die Luft. Rote Fahnen wurden in Menge mitgeführt. Um 7 1/2 Uhr feierlicher Abzug. Gleichzeitig Demonstrationen in Brünn, Lemberg, Krakau, Triest.

Eisenbahner-Ausstand in Oesterreich.

Prag, 31. Oktober. („Bureau Herold“.) Für morgen wird der Ausbruch des Eisenbahnerstreiks auf allen staatlichen Bahnhöfen erwartet.

Zur norwegischen Königswahl.

Christiania, 31. Oktober. Nach einer Meldung des „W. T. B.“ ist in der heutigen Sitzung des Storting ein Antrag mit 87 gegen 29 Stimmen angenommen, der die Regierung ermächtigt, mit dem Prinzen Karl von Dänemark in Verhandlungen betreffs Annahme der Königskrone zu treten. Voraussetzung ist jedoch, daß das norwegische Volk durch eine Volksabstimmung seine Zustimmung zu dem Beschlusse des Storting und der Regierung gibt.

Antwort auf das zarische Manifest.

Petersburg, 31. Oktober. („Russ. Corresp.“) Auf einer allgemeinen Versammlung des Verbandes der Verbände wurde nach Verlesung des Manifestes folgende Resolution gefaßt: Als Lösung für den politischen Kampf, den das ganze Land führt, muß die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung gelten auf Grundlage des direkten, geheimen, gleichen und allgemeinen Wahlrechtes ohne Unterschied von Nation, Geschlecht und Glauben. Zugleich fordert das Land sofortige Verwirklichung der bürgerlichen Freiheiten, sofortige Abschaffung des verstärkten Schutzes, des Kriegszustandes, der Todesstrafe, aller Ausnahmegeetze sowie der Gesetze, die Rechte der verschiedenen Nationen, der Sprachen und der Glaubensbekenntnisse beschränken. Das Manifest vom 17. (30.) Oktober macht in mander Beziehung der Volksbewegung Konzessionen, befriedigt aber nicht die genannten Forderungen. Es proklamiert nicht für die Wahlen zur neu geschaffenen gesetzgebenden Duma das allgemeine Wahlrecht und legt die Sache der Schaffung der Staatsordnung ausschließlich in die Hände der bestehenden Klassen. Der Verband der Verbände erklärt in Anbetracht dessen, daß das Werk der Bildung der Staatsordnung Sache des Volkes sein muß und daß die gegenwärtigen Konzessionen vom Volke erobert sind, daß er auf seinem Besten im Kampfe für das demokratische Programm bleibt und seine Aufgabe erst in dem Moment als gelöst betrachtet wird, wo eine rechtmäßig gewählte konstituierende Versammlung ihre Arbeit beginnt.

Am Tage der Proklamierung des Manifestes, nach seinem Unterzeichnen, sogar nach seiner Veröffentlichung, wird auf den Straßen der Residenz von Soldaten auf wehrlose Bürger geschossen. Diese Tatsache zeigt am besten, daß sogar die gewährten Rechte durch nichts geschützt sind. Bei der Verlesung des Manifestes wurden mehrere Salven gehört. Das Militär beschloß das technologische Institut, in dem eine Anzahl Studierender und Professoren seit zwei Tagen belagert war.

Demonstrationen in Petersburg.

Petersburg, 31. Oktober. (W. T. B.) Während des ganzen Nachmittags zogen Volksmengen durch die Straßen; an vielen Orten wurden Versammlungen abgehalten. Mehrere Personen wurden vor der Samenstraße wie bei dem technologischen Institut verwundet. Wenden fanden in der Universität Versammlungen statt; auch Soldaten, Offiziere und Matrosen der Kriegsmarine hielten solche ab.

Die Eisenbahner beharren im Ausstand.

Warschau, 31. Oktober. (W. T. B.) Die Angestellten der Warschau-Wiener Eisenbahn beschlossen heute in einer großen Versammlung, im Ausstand zu verharren. In der Stadt herrscht sehr erregte Stimmung. Die radikale Agitation erklärt die durch das kaiserliche Manifest gewährte Verfassung für ungenügend.

Die Bewegung in Riga.

Riga, 31. Oktober. Der Streik hat sich auf sämtliche Fabriken ausgedehnt. Schulen und Theater sind geschlossen, die Eisenbahnverbindung ist unterbrochen.

Ein Erz-Reaktionär.

Petersburg, 31. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur). Der Chepproktor des Heiligen Synods Pobjedonozew hat seine Entlassung eingereicht.

Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Wien, 30. Oktober 1905.

Vom Siebel des Arbeiterheims in Favoriten wehen zwei rote Banner herab. Sie sind das Zeichen, daß hier der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie seine Verhandlungen abhält, die diesmal in erster Linie dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht gelten werden.

Genosse Dr. Adler gedachte in seiner Begrüßungsansprache des heldenmütigen Kampfes der russischen Revolution. Wir können der russischen Revolution nicht helfen, aber wir können in unserem Lande auf unserem Boden für unser Volk, für unser Proletariat, in unseren Kampfzügen und mit unseren Kampfmitteln alles tun, um einigermassen mit Ehren vor jenen Feldern und Märtyrern zu bestehen.

Zu Vorsitzenden wurden Tomšič, Wien und Remec, Prag gewählt, zu Beisitzern für die anderen Nationen Dr. Diamand, Lemberg (Pole), Pittoni, Triest (Italiener), Kopacz, Triest (Slowene) und Dr. Jaroszewski (Ruthene); zu Schriftführern wurden gewählt: Frankl, Wien, Hilbrand, Karlsbad, Tuzar, Krain und Hudec, Lemberg. Auf der Tagesordnung steht außer den Berichten der Funktionäre: „Die österreichische Krise und das Wahlrecht“; „Der Generalstreik“ und „Der Militarismus“.

Montag um 10 Uhr eröffnete Tomšič die Verhandlungen, gedachte der Toten, zu deren Ehren sich der Parteitag erhob, und begrüßte die Gäste.

Remec erwidert diesen Gruß mit einer Ansprache, in der er auf die engen Bande zwischen deutscher und österreichischer Sozialdemokratie hinweist. „Wir sind“, so sagt er, „aus einem Blute, und nur auseinandergerissen durch die Politik der herrschenden Klasse. Aber trotz des Mißes von 1896 fühlt sich das Proletariat so einig wie vorher. Seit 1896 hat die kapitalistische Entwicklung in keinem Lande Europas so rasche Fortschritte gemacht wie in Preußen-Deutschland. Fürst Bismarck hat einmal offen gesagt: „Wir müssen Millionen züchten!“ Diese Millionenzüchterei hat er meisterhaft verstanden, aber es haben sich daraus Zustände entwickelt, die allmählich selbst für die Herrschenden bedenklich zu werden beginnen. Das „soziale Königtum“ hat Bankrott gemacht gegenüber dem kapitalistischen Königtum, das sich mit außerordentlicher Schnelligkeit entwickelte. Die kapitalistische Entwicklung wird bald den Punkt erreicht haben, wo alle ihre Hülfsmittel erschöpft sind. In entscheidenden Branchen, in der Kohlen-, in der Eisenindustrie ist die freie Konkurrenz, die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, bereits gestört. In einem solchen Momente kommt nun ein Anlauf, diese industrielle Entwicklung wieder zurückzubringen, jene junkerliche Agrarpolitik, die den direkten Zweck verfolgt, die Industriebevölkerung zu dezimieren. Hand in Hand damit gehen die Versuche: die Rechte der Arbeiter zu verkürzen, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen und das Koalitionsrecht zu rauben. War doch die Einleitung zur junkerlichen Jostkampagne die Justizhausvorlage! Dieser Versuch ist allerdings an der Wachsamkeit der Arbeiter gescheitert. Aber jetzt wird jeder kleine Streik zu einer Aussperrung benutzt, um die Kräfte der Organisationen lahm zu legen. In dieser Lage, in der sich die deutschen Arbeiter befinden, kommen ihnen die Brüder in Oesterreich und Rußland zu Hilfe. Der Stoß, der hier geführt wird, trifft nicht nur den Jarrismus, sondern auch die Bedienten des Jarrismus in Deutschland. Das Wort Freiheit: „Ein kräftiger Schlag im Norden, das ist auch im Süden ein Schlag“, gilt auch hier. Siegt das allgemeine Wahlrecht in Ungarn und in Oesterreich, dann ist auch den Wahlrechtseindern in Deutschland die Waffe aus der Hand genommen. (Bravo!) So nehmen wir den größten Anteil an Ihrem Kampfe; Ihr Sieg ist auch unser Sieg! Die kapitalistische Entwicklung schafft auch die Kräfte, die zur Verbrüderung der Völker, zur Völkervereinigung des Massenmordes führen. Noch immer sind neue Kämpfungen mit der Kriegesgefahr begründet worden. Die Diplomaten sitzen mit der Lunte am Pulverfaß. Aber dies freudliche Spiel mit dem Gluck der Völker ist nur so lange möglich, als die Völker sich führen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Welterrüben hat wieder ein Wettrennen im Gefolge. Die Staaten Europas haben so bereits über 1000 Milliarden Schulden gemacht, und ihre Völker sind dem Kapital tributpflichtig geworden. Von dem Ubr des Militarismus können die Völker nur durch die Sozialdemokratie erlöst werden. So begrüßen wir auch aus diesem Grunde den Kampf, den Sie führen. Sie stehen jetzt auf der ersten Staffel, das Wahlrecht zu erobern. Mit seiner Hilfe wird Ihre Bewegung immer mächtiger werden. Das Wahlrecht bietet auch die Mittel, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Und jede Verbesserung dieser Lage in einem Lande, ist auch eine Verbesserung für die anderen Länder; denn das Land, wo die Arbeiter am schlechtesten gestellt sind, ist ein Refugium für den Mehrwertehunger der Kapitalisten anderer Länder. So ist jeder Fortschritt, den Sie erringen, ein Fortschritt auch für uns. Und deshalb rufe ich: Glück auf zum Kampfe! Glück auf zum Siege!“ (Lebhafte Beifall.)

Buchinger-Budapest überbringt die Grüße der ungarländischen Sozialdemokratie. (Bravo!) Er gibt den Gefühlen Ausdruck, von denen die ungarische Sozialdemokratie befeuert ist: Kampf bis aufs Messer der Magnaten-Clique! Sollten die Intrigen dieser Bande wieder gelingen, nun, so werden sie erfahren, was Vollzorn ist! (Lebhafte Beifall.)

Darauf nimmt, von stürmischem Beifall begrüßt, der Vertreter der Sozialdemokratie Rußisch-Polen, Bronski, das Wort: Aus einem Lande der Knechtschaft, wo der Knecht in der Fabrik ebenso unentwählich ist wie Dampfmaschinen und Kohlen, wo die Arbeiterwerkzeuge zu einer staatlichen Institution geworden sind, komme ich in ein relativ freies Land (Heiterkeit) als Vertreter des polnischen und südböhmischen Proletariats Rußisch-Polen. Es ist unsere tiefe Überzeugung, daß der Kampf, der in Oesterreich und Ungarn jetzt begonnen hat, unsere Sache ist. Wenn Ihr dazu kommt, so alte Oesterreich zu demokratisieren, dann fällt auch eine der Pände, die uns von der Freiheit, von der Kultur, von sozialen Fortschritt trennt. Auch wir haben — wie Ihr — verschiedene Nationalitäten unter uns: neben den Polen Juden, Litauer, Weißrussen, und Deutsche. Für die Deutschen haben wir jetzt in Lodz ein Blatt gegründet: den „Deutschen Arbeiter“. (Bravo!) Alle unsere Nationen sind jetzt zusammenschweiß zu einem Kampf um Leben und Tod im weltlichen Sinne, zu einem Kampfe, wo man Kugeln mit Kugeln wechselt. (Stürmischer Beifall.) In diesem Jahre haben wir bereits fünfmal Massenstreiks gehabt, wo 200 000 bis 400 000 Arbeiter auf die Straße gegangen sind — nicht tagelang, sondern wochenlang. An Hüße, auch an materielle, aus dem Auslande fehlt es uns nicht. Diese Unterstützung ist viel

besser ausgefallen als die französische Anleihe für den russischen Despotismus. (Heiterkeit.) Ich weise darauf nur hin, weil von verschiedenen Seiten behauptet wird, wir seien keine Sozialdemokraten. Man trägt sich dabei darauf, daß wir nicht nur die russische, sondern auch die polnische Republik wollen. Lesen Sie unser Programm: es ist identisch mit dem Programm der Sozialdemokratie aller Länder. Wenden Sie auf unsere Tätigkeit; unserem Aufste folgt das Proletariat. Hand in Hand mit uns geht die galizische Sozialdemokratie. Wir sind gewiß, daß wir unser Ziel erreichen werden. Wenn auch Tausende fallen, das Licht einer besseren Zeit leuchtet schon herauf. Schon merkt der Feind, daß seine Tage gezählt sind; mit Scheinbegründungen möchte er das Volk beschwichtigen. Aber wir werden diese Scheinbegründungen in wirkliche Konzeptionen verwandeln. Da tut mir die kampfesfrohe Luft gut, die ich hier atme. Wieft, kämpft weiter, dann werden wir noch neben einem freien Oesterreich ein freies Rußland und ein freies Polen erleben. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Viktor Adler: Von allen Begrüßungen der ausländischen Bruderparteien, die wir heute gehört haben, war uns eine ein ganz besonderes Erlebnis: jener Gruß aus dem revolutionären Rußland. (Bravo!) Wir haben die Sehnsucht, unsere Stimme dem kämpfenden Proletariat jenseits der Grenze irgendwie verständlich zu machen. Ich schlage Ihnen deshalb folgende Resolution vor, die von je einem Vertreter der deutschen, der polnischen, der tschechischen, der slowenischen, der ruthenischen und der italienischen Partei unterzeichnet ist:

„Der Gesamtparteitag der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich begrüßt mit Begeisterung und dem lebendigsten Gefühl brüderlicher Solidarität den revolutionären Kampf, den die geknechteten, der Freiheit und Menschenwürde beraubten Völker gegen den zarischen Absolutismus in Rußland führen. Wir begrüßen sie alle bei ihrem großen bescheidenen Werke, aus den Millionen von Sklaven freie Menschen zu machen, den entrechteten, unterjochten Völkern ihr Recht und ihre Selbstständigkeit wiederzugeben und die furchtbare Gewalt Herrschaft des Jarrismus zu zertrümmern. Die Sozialdemokraten in Oesterreich folgen der Entwicklung der Revolution in Rußland mit der festen Hoffnung auf den baldigen Sieg des Volkes, einen Sieg, der auch der westeuropäischen Reaktion den Todesstoß versetzen wird. Indem wir in Oesterreich unseren Kampf um die politischen Rechte des Volkes führen, sind wir uns auch dessen bewußt, daß wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen. Wir sind ein Teil derselben revolutionären, die Menschheit vorwärts treibenden Kraft, deren politischer Ausdruck der internationale Sozialismus ist, und unser Kampf dient überall denselben großen und erhabenen Zielen. In diesem Sinne senden wir den kämpfenden Scharen des Proletariats aller Nationen in Rußland unsere glühenden Wünsche: Hoch die russische Revolution! Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!“

Adler, Daschnki, Jaroszewski, Remec, Kristan, Widel. Diese Resolution wird unter stürmischem Hochrufen einstimmig angenommen. Die polnischen und tschechischen Delegierten singen den ersten Vers der „Roten Fahne“.

Im Namen der tschechischen Delegation gibt Soukup-Prag folgende Erklärung ab: Die Delegierten der tschechisch-slavischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, versammelt auf dem Gesamtparteitage, erklären, daß sie im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines Zusammentritts, der ein Signal des gemeinsamen entscheidendsten Angriffes des Proletariats aller Nationalitäten in Oesterreich auf die Wahlprivilegien und des Kampfes für das gleiche Wahlrecht ist, sich im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Momente nur dieser Sache widmen wollen. Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slowenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie die Verhandlungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit der Prager und der Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Frage zu befassen. Wir fordern jedoch eindringlich, diese Angelegenheit in kürzester Zeit zu erledigen, da wir ihre günstige und dem Nationalitäten-Programm der Gesamtpartei entsprechende Ausprägung für eine unerlässliche Bedingung des weiteren gemeinsamen Vorgehens (Hört! hört!) und der Existenz der sozialdemokratischen Gesamtpartei in Oesterreich halten. (Hört! hört!) An diesen Grundforderungen müssen wir schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Oesterreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt ist in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Oesterreich.“

Dr. Adler beantragt, diese Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis zu nehmen und dem Protokoll einzuverleiben.

Queber, Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission, widerspricht: „Wir müssen zu dieser Erklärung sofort Stellung nehmen. Das sind wir der gewerkschaftlichen Organisation in Oesterreich schuldig. Ueber sie darf nicht zur Tagesordnung geschritten werden.“ (Beifall.)

Dr. Adler: Daran denkt doch niemand. Nur jetzt soll nicht diskutiert werden. Nur für diesen Augenblick, nur für diesen Parteitag soll auf diese Auseinandersetzung verzichtet werden.

Queber zieht daraufhin seinen Widerspruch zurück, zumal da ein außerordentlicher Gewerkschaftstongreß bereits einberufen sei. Die Erklärung der tschechischen Organisation wird zur Kenntnis genommen.

Begrüßungsschreiben von der französischen Sozialdemokratie, die jetzt in Chalon ihren Parteitag abhält, und von Lehner-London sind eingetroffen.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen.

Staret-Wien erstattet den Bericht der Gesamtparteivertretung, der in der Mitteilung gipfelt, daß politisch und gewerkschaftlich außerordentliche Fortschritte gemacht worden seien.

Korinek-Wien erstattet den Kassenericht, der gleichfalls ein günstigeres Bild bietet als je zuvor. Wenn alle Nationalitäten ihre Schuldbüße tun würden, so könnten ganz respektable Mittel in die Zentralkasse fließen, die dann zur Unterstützung der schwachen Organisationen verwendet werden würden.

Im Namen der Kontrolleure beantragt Seig-Wien die Decharge.

In der Diskussion wendet sich Beret-Pradubitz scharf gegen die Wiener, weil sie dem Rate Adlers folgend gewartet hätten und nicht vor den niederösterreichischen Landtag gezogen seien. Gätte man wegen des Gassenbuben Wueger die Straße alarmiert, so hätten die Wiener auch vor das Landhaus spazieren und dem Beispiel der böhmischen Arbeiter in Prag nachahmen können. Auch die gleichgültige Haltung der Reichsratsfraktion in der Wahlrechtsfrage sei empörend gewesen.

Anderer tschechische Delegierte schließt sich dieser Kritik an und wünscht, daß der Parteitag sich auch mit der Schulfrage in Wien, Brünn usw. befaße.

Kristan-Triest tritt den Klagen über die Laune Wiens entgegen. Solche Anrempelungen seien nicht im Interesse der Partei. Sie machten sich jetzt aber in tschechischen und auch in einigen deutschen Parteiblättern breit. Es schein so, als kopiere man Sitten aus dem deutschen Reich! (Heiterkeit.)

Dr. Adler: Ich bin als das eigentliche Karmittel bezeichnet worden, das diesmal nicht angefangen hat. (Heiterkeit.) Wenn die Genossen sich über die Aktion im Parlament gewisse abenteuerliche Vorstellungen gemacht haben, so ist es ja nur ihre Schuld, wenn sie enttäuscht worden sind. Tatsächlich hat die Initiative unserer

Parlamentarier den jetzigen Brand entzündet, und wir können mit ihnen durchaus zufrieden sein. Daß wir den richtigen Zeitpunkt für die Demonstrationen in Wien abwarten, ist ebenso notwendig, als daß wir überhaupt eingreifen. Den Kampf für das böhmische Landtagswahlrecht können wir in Wien nicht führen, und den Kampf für das niederösterreichische Landtagswahlrecht, vergehen Sie, den verstehen wir besser. (Heiterkeit.) Wir wollten durch den Sie, den verstehen wir besser. (Heiterkeit.) Wenn wir Ihnen (zu den Tschechen) nicht hineingeredet haben, wie Sie Ihre Aktion zu führen hätten, so haben Sie die Güte, auch etwas Vertrauen in uns zu setzen. Wir führen einen solchen Kampf ja nicht zum ersten Male. Die Kunst des Wartens ist sehr schwer, aber Sie werden sie auch noch lernen. (Heiterkeit.)

Winarz-Wien schließt sich den Ausführungen Adlers an.

Tomášek-Wien (Tscheche) findet, daß man den ersten Impuls nicht ausgenützt habe. Die Abstimmung der deutsch-bürgerlichen Abgeordneten im Reichsrate bei der Dringlichkeitsdebatte über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts wäre anders ausgefallen, wenn sie unter dem Eindruck einer Straßendemonstration gestanden hätten.

Rusch-Graz: Wir Steiermärker haben keinen Anlaß, irgendetwas an dem Vorgehen der Parteivertretung und der Wiener Genossen herumzudröseln. Wir haben auch zuerst geglaubt, daß dieses Parlament im Sturm laufe hinweggefegt werden müsse. Aber gerade die bisherige Entwicklung des Wahlrechtskampfes hat uns gelehrt, daß dieser letzte Schritt erst später gemacht werden muß. (Beifall.)

Samel-Brünn: Der Kampf gegen Gaultsch hätte auf der Straße und im Parlament scharfer geführt werden müssen. Der Hinweis darauf, daß Gaultsch als kranker Mann Anspruch auf Schonung habe, ist nicht stichhaltig. Wer krank ist, soll in Pension gehen und nicht die Zügel der Regierung führen. Die Wiener waren immer an der Spitze der Bewegung, aber wenn sie so fortfahren, werden sie das Prestige bald verlieren.

Wölger-Wien: Die Arbeiter Wiens stehen durchaus hinter den Führern. Eine Verammlung der Werkstättenvertrauensleute hat die Politik der Exekutive durchaus gebilligt. Man wirft uns vor, daß wir dem Gaultsch nicht die Fenster eingeworfen haben. Aber sieht denn in Prag die Fenster eingeworfen worden? Wir sehen jetzt alle Kräfte daran, eine würdige und machtvolle Demonstration für das Wahlrecht zu organisieren. (Beifall.)

In seinem Schlusswort sagt Staret nochmals alle Gründe zusammen, die für die Taktik der Wiener und für die Taktik der Prager sprechen und beantragt: Der Antrag der Tschechen, die Parteiberichte künftig in allen Sprachen Oesterreichs zu veröffentlichen, der Exekutive zu überweisen. Der Parteitag beschließt so und erteilt dem Kassierer einstimmig Decharge.

Es folgt als nächster Punkt der Tagesordnung der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Berichterstatter Reichsratsabgeordneter E. Ferner-Korfer verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht, wirft einen Rückblick auf die einzelnen Phasen der parlamentarischen Tätigkeit und gelangt dann zu folgenden allgemeinen Ausführungen: Man hat uns Wandel an Schneidigkeit vorgeworfen. Was stellen sich die Unzufriedenen unter unserem Kampfe im Parlament eigentlich vor? Ein tschechischer Delegierter hat unsere Frage, was wir eigentlich hätten tun sollen, mit den Worten beantwortet: Das ist eure Sache! Keiner von den Kritikern ist imstande, etwas anderes zu empfehlen, als was wir getan haben. Manche scheinen zu glauben: ein Tag im Parlament, wo ein Präsident nicht hin- und hergeworfen wird, ist verloren. (Heiterkeit.) In dieser Anschauung liegt doch eine gewisse Verwilderung der Denkweise, die sich mit unseren Anschauungen vom parlamentarischen Leben nicht verträgt. So wenig wir im Parlament das ausschließliche Um und Auf sehen, so wissen wir doch, daß es eine Notwendigkeit für uns ist. Deshalb verlangen wir ein Parlament auf demokratischer Grundlage. Wer aber das Parlament grundtätig will, der kann es nicht täglich demokralisieren! Im Parlament können wir nur mit parlamentarischen Mitteln kämpfen, und das haben wir reichlich getan. Die letzte Session war ein großer Erfolg für unsere Fraktion. Ich bin davon überzeugt, daß wir das allgemeine Wahlrecht in kürzester Zeit erobern werden, wenn der Kampf mit gehöriger Energie geführt wird. So dumm unsere Staatsmänner auch sind, die Ueberzeugung haben sie doch, daß das allgemeine Wahlrecht nicht mehr aufzuhalten ist. (Lebhafte Beifall.)

Stein-Wien und Krapka-Pragwitz vertreten wiederholt den Standpunkt der Tschechen.

Riesner-Brünn warnt die tschechischen Delegierten, den Haß gegen Wien in die indifferenten tschechischen Arbeitermassen zu tragen. Damit würde nur Unfriede gestiftet und würden unnötige Gegensätze geschaffen.

Die Debatte wird hierauf abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Ueber den Verlauf der heutigen Verhandlungen erhalten wir folgendes Privattelegramm:

Wien, 31. Oktober. Der österreichische Parteitag verhandelte heute über Krise und Wahlrecht. Während des Referats Ellenbogen kommt die Nachricht von der Befreiung Rußlands, vom Sieg der Revolution. Ungeheurer Jubel. Die Deutschen singen die Parzellaise, die Slawen die rote Fahne. Der Parteitag wird unterbrochen und soll morgen schließen. Laten, nicht Worte werden gefordert. Die Parteileitung beschließt für heute abend 7 Uhr eine Massenemonstration vor der Hofburg. Man ist entschlossen, sofort mit allen Mitteln das gleiche Wahlrecht zu erringen.

Aus der Partei.

Mehrere Parteigenossen richten an uns die Anfrage: Ob die ihrer Stellung entborenen Redakteure auch die ihnen zustehende Gehaltszahlung erhalten hätten. Das ist doch selbstverständlich. In dem Briefe des Vorstandes, in dem ihnen angezeigt wurde, daß man auf ihre Tätigkeit vom 29. Oktober ab verzichte, wurden sie auch ersucht, das ihnen bis zum 31. März 1906 zustehende Gehalt bei der Geschäftsstelle des „Vorwärts“ in Empfang zu nehmen. Diesem Ersuchen sind die betreffenden Genossen am Montag gefolgt.

Genosse Wehler schreibt uns: Der Bericht über die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeslow enthält einen wesentlichen Irrtum. Genosse Hoppe hat in Beziehung auf mich nicht gesagt, ich hätte mir das Vertrauen der Berliner Genossen verschert, sondern er hat davon gesprochen, ich hätte mir nicht die Sympathien der Berliner Genossen erwerben können. Das Wort „Vertrauen“ hat Hoppe überhaupt nicht angewandt. Ich darf wohl auf Richtigstellung rechnen.

Mit Parteigruß Wehler.

Mit dieser Erklärung, durch welche die Wiedergabe der Ausführungen des Genossen Wehler nicht montiert wird, hat dieser selbst die Richtigkeit anerkannt. Wir können also dieselbe kritisieren als der Wahrheit entsprechend.

Der Bericht über die Verhandlungen in der Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beeslow-Storow-Charlottenburg in Nr. 255 des „Vorwärts“ nötigt zu einigen Gegenbemerkungen.

Nach dem Bericht soll Genosse Wegler erklärt haben, den Redakteuren sei nach Jena von den Genossen Wegler und Singer ausdrücklich gesagt worden, daß keine Änderungen in der Redaktion vorgenommen werden sollten. Genosse Wegler teilt uns mit, daß diese Behauptung eine Unwahrheit ist. Singer und er hätten nach Jena überhaupt keine Besprechung mit den Redakteuren gehabt, er, Wegler habe seit Jena nur einmal auf wenige Minuten die Redaktion betreten, um mit dem Genossen Eisner über eine russische Angelegenheit ein paar Worte zu wechseln.

Weiter beklagt sich der Genosse Wegler bitter, daß er am letzten Sonntag seine Entlassung aus der Redaktion im „Vorwärts“ früher las, als er den Brief bekam, den ihm der Parteivorstand mit dieser Rücksicht durch die Post sandte. Man habe die Redakteure wie Hausdiener behandelt, die Unterschlagungen begangen hätten.

Nachdem Parteivorstand und Preßkommission die Vorgänge geschildert haben, die sie zu jenem Vorgehen veranlaßten, erübrigt es sich, hier nochmals darauf einzugehen. Hat aber Wegler zu seinem großen Schmerz seine Entlassung früher durch den „Vorwärts“ erfahren als durch die Post, so kann der Parteivorstand doch nicht dafür, daß er den „Vorwärts“ durch seinen Kolporteur früher erhielt als seinen Brief durch die Post. Im übrigen aber mag er sich über die ihm und seinen Kollegen widerfahrene Behandlung trösten, da genau acht Tage früher die Mehrheit des Parteivorstandes und die Preßkommission die Kündigung der sechs auch erst im „Vorwärts“ noch ehe sie eine Nachricht darüber auf anderem Wege erhalten hatten.

Weiter behauptet Genosse Wegler, Genosse Düwelle sei vom Vorstand als Redakteur angestellt worden, obgleich er wisse, daß dieser im Vergarbeitskreis gegen die Auffassung des Parteivorstandes Stellung genommen habe. Das würde nur für die Objektivität des Vorstandes sprechen, der nicht will, daß Redakteure Hausknechte sind.

Wegler weiß aber auch aus jahrelanger Erfahrung als ehemaliger Redakteur des „Vorwärts“ und aus dem Wortlaut des § 26 unserer Partei-Organisation, daß der Vorstand kein Recht hat, auf eigene Faust Redakteure anzustellen, sondern daß er dieses nur in Gemeinschaft mit der Preßkommission tut.

Es ist also eine bewusste Unwahrheit, die Wegler verbreitete, als er seine Behauptung machte.

Mit der Gewerkschaftsbewegung hat Düwelle als Redakteur nichts zu tun, dieses Ressort verbleibt nach wie vor in den Händen des Genossen John.

Dem Bericht des „Vorwärts“ zufolge hat ferner Genosse Jubel geäußert:

„Nach den Vorgängen, die sich im „Vorwärts“ abgespielt haben, kann man nicht wissen, ob ein Angestellter des „Vorwärts“ noch öffentlich seine Meinung sagen darf.“

Auf diese durch nichts gerechtfertigte Schwarzseherei, die auch Kleinmütigkeit verrät, kann nur mit mißleidigem Achselzucken beantwortet werden. Genosse Jubel brachte es auch trotz seiner Keckheit fertig, Arm in Arm mit Genosse Südekum, jene höchst sonderbare Resolution einzubringen, die schließlich die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden fand und im Bericht wiedergegeben ist. Auf dieses Verfahren trifft Wort für Wort zu, was der Parteivorstand und die Preßkommission in ihrer Darlegung an die Parteigenossen in Nr. 25 des „Vorwärts“ auf der zweiten Seite, Spalte 2 sagen, wo der Absatz mit den Worten beginnt: Wir können nur unsere Verwunderung, aber auch unser lebhaftes Bedauern ausdrücken usw.

Genosse Jubel scheint in diesen Tagen den Kopf verloren gehabt zu haben, ein Schicksal, das gleich ihm auch andere Leute teilen. Mit dieser bedauerlichen Tatsache muß man sich abfinden.

Genosse Jülle ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Nachdem die Darlegung des Parteivorstandes und der Preßkommission über den in der Redaktion des „Vorwärts“ ausgebrochenen Konflikt erschienen ist, wird es wohl auch mir gestattet sein, zur Abwehr der mir gegenüber erhobenen Anschuldigung in dem „Aufklärungs“artitel vom 26. Oktober und zur Klarstellung der Sachlage, soweit sie meine Person betrifft, ein paar Worte zu sagen. Auf dreierlei kommt es mir dabei an:

1. Ich konstatiere zunächst, wie ich dies schon in Nummer 251 der „Leipziger Volkszeitung“ getan, daß meine Verdichterstätigkeit für das genannte Blatt mit den Differenzen zwischen „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ nichts zu tun hatte, sich vielmehr auf völlig neutrale Gebiete beschränkte.

2. Die Angabe der sechs Redakteure, ich hätte „hinter dem Rücken der „Vorwärts“-Redaktion“ gearbeitet, ist ganz und gar unqualifizierbar, hat aber seine Wirkung bei der bürgerlichen Presse und auch auf gewisse Parteireize nicht verfehlt. Ich beschränke mich demgegenüber vorläufig auf die Feststellung des Folgenden: In der Sitzung vom 20. Oktober stellte Genosse Pfannsch in scherzhafter Form fest, daß meine Mitarbeiterschaft an der „Leipziger Volkszeitung“ „sozusagen gerichtsnotorisch bekannt gewesen sei“. Das wird noch verständlicher, wenn ich hinzufüge, daß ich mir in wiederholten Fällen selbst bei Mitgliedern der Preßkommission Informationen über Vorgänge auf gewerkschaftlichem und sozialem Gebiet für meine Korrespondenzen einholte und mit Redakteuren des „Vorwärts“ über bestimmte Artikel von mir in der „Leipziger Volkszeitung“ mich unterhielt. Die beiden früheren „Vorwärts“-Redakteure Eisner und Gradnauer versicherten übrigens zu duhenden Malen, daß sie an dieser Tätigkeit, die in der Parteipresse allgemein üblich, gar nichts auszuweisen hätten, nur beanstanden sie das Unterlassen einer ausdrücklichen Anzeige hiervon. Zu einer solchen Anzeige lag nach meinem Ermessen kein ersichtlicher Grund vor, um so weniger, als auch von anderen Angestellten des „Vorwärts“ eine solche Anzeigepflicht meines Wissens bisher nicht geübt worden ist. Wie ganz unbedeutend aber das Heringsziehen meiner Person in die Hände der „Vorwärts“-Redakteure war, geht auch daraus hervor, daß Genosse Wüthner, einer der Mitunterzeichner des „Aufklärungs“artikels, mir erklärte, daß er an dem mich betreffenden Passus in jenem Artikel keinen Anteil habe. In den unter die sechs Redakteure vorher verteilten Briefenobzüge, wovon auch ein Exemplar dem Parteivorstand zugestellt wurde, fehlt dieser Passus, er ist erst später, wahrscheinlich durch den Verfasser der „Aufklärung“, eingefügt worden. Genosse Wüthner versicherte mir weiter, daß er bei Kenntnisnahme der mich betreffenden Zeilen vor der Drucklegung seinen Einspruch dahingehend geltend gemacht haben würde, daß er das Hinzuziehen meiner Person in die ausgedehnten Differenzen in der „Vorwärts“-Redaktion für ungerechtfertigt und zwecklos halte.

3. Halte ich es den an mich gerichteten Anfragen aus Parteikreisen gegenüber für notwendig, ausdrücklich zu erklären, daß ich mich niemals um eine Redakteurstelle am „Vorwärts“ beworben habe, auch von dem Vorschlag des Parteivorstandes, mich in die Redaktion zu berufen, erst durch die heutige Veröffentlichung Kenntnis erhielt. Dagegen ist es Tatsache, daß ich gegenüber einer unerbittlichen Anfrage, die ein befreundeter Genosse schon vor Wochen an mich richtete, ob ich eventuell die verantwortliche Redakteurstelle am „Vorwärts“ übernehmen würde, erklärte, daß ich aus sachlichen und familiären Gründen ein dahingehendes Angebot ablehnen würde.

Nach dieser Darlegung bleibt mir nur noch übrig zu bemerken, daß mich die Verunglimpfungen in der bürgerlichen Presse kalt lassen; nicht gleichgültig ist mir aber das Urteil der Parteigenossen, die mich in fast zwanzigjähriger Parteiarbeit kennen gelernt haben. Ich habe den Vorstand meiner Kreisorganisation ersucht, mir Gelegenheit zu geben, in der nächsten Generalversammlung des Wahlvereins mich über diese Angelegenheit in aller Deutlichkeit äußern zu können.

Genosse Eisner übermittelt uns heute abend in zehnter Stunde eine längere Erwiderung der „bisherigen“ „Vorwärts“-Mehrheit“ auf die Erklärung des Parteivorstandes und der Preßkommission. Wie werden das Schriftstück mit der Antwort des Parteivorstandes und der Preßkommission veröffentlichen.

Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Viefelsfeld-Wiedenbrück, von 103 Delegierten besucht, beriet ein neues Organisationsstatut für den Wahlkreisverein. In den einzelnen Orten werden Bezirksabteilungen gegründet. Der einheitliche Beitrag ist auf 20 Pf. pro Monat festgelegt, und soll von jedem neu eintretenden Mitglied ein Eintrittsgeld von 30 Pf. erhoben werden. Um der Fluktuation entgegenzuwirken, sollen die Genossen, die wegen restierender Beiträge ausgeschieden sind, bei ihrer Neuaufnahme die Beiträge für drei Monate nachzahlen. — Bezüglich der Reisezeit kam ein Beschluß zu stande, laut welchem die Zeit einheitlich gestaltet werden soll; der Vorstand wurde verpflichtet, zwecks Verbeiführung der Einheitlichkeit mit den maßgebenden Instanzen der Gewerkschaftsbewegung in Verbindung zu treten. Dem Vorstande wird die Ermächtigung erteilt, für den Agitationsfonds nach Bedarf Sammellisten herauszugeben. Auf Antrag des Genossen Jenser werden 10 Exemplare „Kommunale Praxis“ aus Vereinskassensmitteln beschafft und sollen diese den einzelnen Ortsvereinen für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter überwiesen werden.

Die Gründung einer Tageszeitung für die Lausitz beschäftigt eine Sitzung der in Betracht kommenden Vertrauensleute. Ein Beschluß, der die Instanzen verpflichtet, die Vorarbeiten zu treffen, soll den Plan der Verwirklichung näher bringen.

Das letzte Geleit gaben zahlreiche Genossen in Königsberg dem dort verstorbenen Genossen Drudereibestyrer Jäger. Circa 600 Personen folgten dem Sarge, eine Menge Kranze bewies, daß der Verstorbene sich allgemeiner Verehrung erfreute; natürlich nur bei der Polizei nicht. Diese machte sich sogar bei der Beerdigung unangenehm bemerkbar. Als auf dem Friedhof ein Genosse eine harmlose Bemerkung machte, waltete der erkrankene preußische Schutzmann seines erhabenen Amtes. — er notierte den Vorfälle. Zu welchem Zweck, aus welchem Grunde, ist bisher noch Geheimnis des Pöbelhändlers.

Sie suchen hinter der Hecke! Am Donnerstag findet Erziehung im Reichstagswahlkreis Br. Holland-Neuburg statt. Die Witterungsbesitzer sorgen natürlich dafür, daß unsere Agitation nach Möglichkeit erschwert wird. Aus Furcht vor dem jüngerlichen Terrorismus waagt es kein Wort, und sein Vokal zur Verfügung zu stellen, aber auch die schriftliche Agitation ist den Herrschaften ein Gräuel, das man unterbinden will. Zu diesem Zweck sät man zu den verstedten Unterhungen noch offen Spott gegen die Landarbeiter. Im „Oberländer Volksblatt“ liest man:

„Sozialdemokratische Wähler durchkreuzen den Kreis und versuchen an vielen Orten ihren von Schimpfworten strotzenden, aber sonst nur leere Worte enthaltenden Wahlaufsatz und Stimmzettel unterzubringen. Sie werden es auch an Beisehungsberechnungen durch Geld, Schnaps, Zigaretten nicht fehlen lassen. Wir hoffen aber auch, daß der gesunde Sinn unserer Bevölkerung die Antwort nicht schuldig bleiben wird, indem am 2. November alle geschlossen eintreten für den Kandidaten der konservativen Partei.“

Der „gesunde Sinn“ besteht darin, daß die Landproletarier bisher unter Aufsicht wählten, die so iramun ist, daß bei der vorigen Wahl unsere Stimmenzahl um fast 200 zurückgegangen ist. Es wird hohe Zeit, in diese Ede mit der sozialistischen Leuchte den Kampf gegen Finsternis energisch aufzunehmen, damit das Volk erkenne, wie es unterdrückt, ausgebeutet und entrechtet wird.

Soziales.

Die Unfallverhütungsvorschriften zum Schutze der Arbeiter der preussischen Staatsbahnverwaltung haben einige Ergänzungen erfahren. Die Unterdarlegung von Staub beim Zerhacken von Karbid und beim Zubereiten giftiger Farben ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Zur Verhütung der gesundheitschädlichen Folgen des Einatmens solchen Staubes haben die Arbeiter Respiratoren anzulegen. Trockene giftige, insbesondere auch bleihaltige Farben sind zuerst behutsam auf dem Meißelstein mit Firnis anzumachen und dann in die Farbmühle zu geben. Den damit beschäftigten Arbeitern ist das Rauchen, Kauen und Schnupfen von Tabak während der Arbeit unterzagt. Hände und Arbeitskleider sind tüchtig vor Verunreinigung mit den Farben zu hüten. Haar, Bart und Fingernägel sind möglichst kurz beschneiden zu halten. Die Arbeiter dürfen die Arbeitsstätte erst dann verlassen und Speisen und Getränke erst dann, und zwar in einem besonderen, nicht zur Arbeit benutzten Raum einnehmen, wenn sie die Arbeitskleidung abgelegt, Haare und Bart angefeuchtet, Hände und Gesicht mit Seife, womöglich mit Vaseline- oder Marmorseife, gründlich gewaschen, die Nase gereinigt und den Mund ausgespült haben. Auch Arbeiter, die giftige, insbesondere bleihaltige Farben bei der Arbeit benutzen, haben sich vor der Einnahme von Speisen und Getränken in gleicher Weise gründlich zu waschen und zu reinigen. Das Weimerblatt des Gesundheitsamtes soll in den Werkstätten verbreitet werden. — Diese Vorschriften genügen keineswegs. Sie stellen nur einen geringfügigen Teil der Verpflichtungen dar, zu denen die Staatsbahnverwaltung als Unternehmerin gesetzlich verpflichtet ist. Die wesentlichsten Unfallverhütungsvorschriften befinden in Erhöhung der in der Eisenbahnverwaltung auffallend niedrig bemessenen Löhnen und in der Herabsetzung der Arbeitszeit, in der Gewährung ausreichender Ruhezeit und in der Sicherung voller Koalitionsfreiheit. In all diesen Punkten steht es in Preussen traurig aus.

Wort mit den Kranken. Der Zentrums-Stadtverordnete Paulsen in Aachen hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Krankenkasse der dortigen Wirteinnung ein Rundschreiben an die Mitglieder der Kasse erlassen, in dem es heißt:

„Es werden allzuleicht Krankenscheine verausgabt, was zur Folge hat, daß die Rechnungen der Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser und die Auszahlung von Krankengeldern ganz enorm in die Höhe gehen und die Einnahme übersteigen. Wir bitten Sie deshalb recht dringlich (die beiden Worte sind fett gedruckt), für die Folge vorzüglich zu prüfen, ob Krankenscheine zu geben sind oder nicht. Auch bitten wir Sie, bei Anstellung von Dienstpersonal weder gebrechliche noch alte Leute anzustellen zu wollen, da gerade diese die Hauptzahl unserer Kranken stellen.“

Welch tiefes Vertrauen zu der Pflichttreue der Ärzte, zu humaner Gesinnung der Wirte und welch wahre Nächstenliebe und soziale Erkenntnis drückt dieses Rundschreiben aus! Die schlimmste Folge einer Beachtung der in dem Rundschreiben gegebenen Winke wäre leider die, daß kranke Gastwirtschaftsbesitzer Gesundheit heucheln und dadurch häufig zu spät Heilung vermissen. Das mit sozialem Empfinden übereinstimmende Recht der Arbeiter begehrt Vorbeuge gegen Krankheiten und möglichst schnelle Heilung. Die in dem Rundschreiben wiederum offenbarte Sozialpolitik des Zentrums will statt sozialer Fürsorge bürokratische Abschreibung Krankheitsverdächtiger. Die bürokratische Nächstenliebe des Zentrums mag sich die Frage vorlegen, ob nicht, wie in vielen Gewerben, so auch im Gastwirtsgerwerbe die Art und Dauer der Beschäftigung zu Krankheiten führt. Eine ausreichende gesetzliche Regelung der Art und insbesondere der Dauer der Beschäftigung könnte für viele Fälle Abhilfe gewähren.

Geistliche Schulaufsicht in Pommern vor Gericht.

Ein bezeichnendes Bild über die gesellschaftlichen und Schulzustände in Pommern förderte ein Verleumdungsprozess zulage, der vom 26. Oktober bis gestern vor dem Landgericht in Stolp verhandelt wurde. Angeklagter ist der Redakteur des konservativen „Wüthener Anzeigers“, Hugo Köhl. Gegen ihn ist von der Staatsanwaltschaft wegen vermeintlicher Verleumdung des Pastors und Ortschulinspektors Poetter Anklage

erhoben. Grundlage derselben bilden eine Reihe Artikel, die sich mit der Tätigkeit des Pastors Bötter befassen. Von ihm wurde u. a. behauptet, er führe ein Schredensregiment in der Schule, züchte Denunzianten, diletantiere Lehrer. Angeklagter, der durch Justizrat Dr. Sello verteidigt wird, hat einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten. Die Beweisaufnahme zeitigte folgenden Bild. Lehrer Bodenfuß sagte aus: Aus dem Schuldienst in Wendisch-Sillow bin ich entlassen, weil ich mich mit unserem Schulinspektor Pastor Poetter nicht vertragen konnte. Das Material zu dem unter Anklage gestellten Artikel habe ich in der Hauptstadt geliefert. Köhl hat es zuerst nicht aufnehmen wollen, worauf ich erwiderte: wenn es niemand hier nimmt, dann nimmt es gewiß der „Vorwärts“ in Berlin. Köhl nahm darauf das Material in Empfang und versprach genaue Prüfung.

Der Angeklagte bestätigte diese Angaben und erklärte weiter, daß er nach Sillow gefahren, um Erfundigungen an Ort und Stelle einzuziehen. In Sillow habe er die Familie seines Freundes Bodenfuß vollständig verzwiebelt gefunden und Frau Bodenfuß habe ihm erklärt, sie habe nur mit großer Mühe ihren Mann von einem Selbstmordversuch zurückhalten können. Er habe in Wendisch-Sillow etwa 30 Lehrer befragt, ob etwa Bodenfuß irgend etwas Unzulässiges getan habe. Einstimmig traten darauf die Lehrer für ihren Kollegen ein und bestätigten die Angabe des Bodenfuß, daß Poetter ein Schredensregiment führe. Zeuge Bodenfuß befand weiter, Poetter hat die Lehrer wegen der nichtigen Sachen mit Protokollen und Anzeigen überhäufelt. Einen 70 Jahre alten Lehrer, der an seinem Lehramt hing, hat er wider dessen Willen entlassen.

Der Nebenkläger Poetter bestreitet mit großer Lebhaftigkeit die Aussagen des Zeugen. Nie habe er ohne Grund eine Anzeige erstattet. Die Entlassung des alten Lehrers sei erfolgt, weil dieser nicht mehr die Regeln spielen konnte, was zu der Stelle aber gehöre. Pastor Poetter hat Personen, die bei irgend welcher Gelegenheit vor Gericht andere Aussagen machten, als er es wünschte, bei der Staatsanwaltschaft wegen Meineids angezeigt. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch in keinem Falle der Anzeige stattgegeben. Nach einer solchen völlig halblösen Anzeige gegen den Administrator Fust hat der Patronatsherr von Wendisch-Sillow, Graf v. Schwerin-Scholow, dem Pastor Poetter den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit gemacht.

Zeuge Bodenfuß schilderte unter anderem folgenden Vorfall, dessen Richtigkeit der Pastor Poetter mit der verächtlichen Ausrede zugibt, er habe von Bodenfuß etwas erfahren wollen: „Zur Weihnachtszeit bin ich eines Abends aus dem Orte geholt worden: Der Pastor wollte mich sprechen. Der Pastor las mir zunächst ein langes Kapitel aus der Bibel vor. Als mir das zu lange dauerte und ich fragte, was der Pater mit mir wolle, fuhr er mich barsch mit den Worten an: „Halten Sie den Mund. Sie gehören auch zu jenem Abschaum der Menschheit, der den Tod des Krupp herbeigeführt hat. Dazu suchte der Pastor mit einem Stock in der Luft herum und sagte, den Stock habe er dazu, um einen jeden auf's Lästermaul zu schlagen.“ Als der Zeuge stehen wollte, sah er, daß der Pastor an der Tür zwei Kirchenvorsteher postiert hatte, die ihm den Ausweg versperrten. Erst als seine Frau erschien und den Pastor unter Tränen bat, ihn, den Zeugen, zu entlassen, habe Poetter ihn entlassen. — Uebereinstimmend bekundet eine große Reihe Lehrer: Bodenfuß war ein tüchtiger, erster Lehrer, gegen den nicht das geringste vorlag.

Der Lehrer Vertau aus Schojow nennt den Pastor Poetter einen Virtuosen in Lehrerkränkungen. Der Zeuge gibt an, daß Poetter ihn einmal bei der Inspektion des Religionsunterrichtes vor versammelter Klasse einen Karren genannt habe. Der Zeuge bekundet weiter, daß der Angeklagte Köhl sich bei allen Lehrern Auskunfts über den Fall Bodenfuß geholt habe und übereinstimmend hätten alle Lehrer geantwortet: Bodenfuß ist ein Muster von Lehrer, er hat sich nichts zuschulden kommen lassen. — Staatsanwalt: Wenn Sie von Herrn Pastor Poetter eine so schlechte Meinung hatten, weshalb verließen Sie dann noch weiter in seinem Hause? — Zeuge Vertau schweigt. — Angeklagter Köhl: Der Zeuge schämt sich wohl zu belächeln, daher Angst vor Poetter hatte. (Bewegung.) — Vorsitzender: Stimmt das? — Zeuge Vertau: Ja, so ist es. (Anhaltende Bewegung.)

Die Ehefrau des Lehrers Bodenfuß bestätigte die Angaben ihres Mannes. Mit dem Stode habe Poetter von ihrem Mann eine Rechenschaft verlangt und ihm ins Gesicht gesagt, daß er auch zu jenem Abschaum der Menschheit gehöre, der den Krupp um die Erde gebracht habe. Zu dieser Weihnachtszeit sei ihr Mann vom Dienste dispensiert worden, was Pastor Poetter im Neujahrsgottesdienst von der Kanzel herab verkündete. Unter Tränen erklärt die Zeugin, daß ihr das am meisten zu Herzen gegangen sei. Sie sei nach dem Gottesdienst zu Poetter gegangen und habe ihn gefragt, ob denn diese Kränkung notwendig war. Herrlich habe Poetter geantwortet, das könne er machen wie er wolle.

Der Pastor Poetter erwidert auf die Frage des Angeklagten, ob er wegen des ihm aus Anlaß seiner Denunziation vom Patronatsherrn Grafen Schwerin-Schojow von diesem gemachten Vorwurfs der Unwahrscheinlichkeit den Grafen zum Duell gefordert habe: Es mag sein, daß ich davon gesprochen habe, den Grafen wegen dieser Kränkung zu fordern. Tatsächlich habe ich aber ein Duell zu verhindern gesucht.

Der Patronatsherr, Graf Schwerin-Schojow, bekundet als Zeuge, daß er durch den Pastor Raibauer zum Duell mit Poetter gefordert worden sei. Der Zeuge hat sich zu seiner Rechtfertigung an seinen Vorgesetzten, den Kösliner Regierungspräsidenten, gewandt, der seine Handlungsweise vollständig korrekt gefunden habe. Das Duell sei dann unterblieben. Der Zeuge übt dann eine ausführliche scharfe Kritik an der Tätigkeit Poeters und schildert auch, wie er selbst den unglücklichsten persönlichen Beleidigungen seitens Poeters ausgesetzt gewesen sei. So habe Poetter gesagt, die Schönheit seiner (des Zeugen) Kinder rühre daher, weil sie von Friedrich Wilhelm III. abstammen. Man könne einem alten Adelsgeschlecht doch keinen schwereren Vorwurf als den der unehelichen Familienabstammung machen. Ferner habe sich Poetter in den besten Klatschereien über seine (des Zeugen) Familienangehörigen ergangen und habe eheliche Leute wiederholt des Meineids bezichtigt. Bei der Forderung zum Duell habe der Ueberbringer der Forderung, Pastor Raibauer, direkt betont, daß der Bruder des Pastors Poetter Brigadeadjutant sei, worauf Graf v. Schwerin erwiderte, daß sein Bruder Regimentältemandant sei! Graf v. Schwerin gab an, es sei angeregt worden, daß diese beiden für ihre Brüder die Sache zum Austrag bringen sollten.

Pastor Raibauer erklärt, daß er nicht den Auftrag als Zeuge erhalten habe, eine Forderung zu überbringen, sondern er sollte nur nochmals eine Vermittlung versuchen, deshalb sei er nach Schojow gefahren. Es habe aber in den beteiligten Kreisen die Meinung vorgeherrschet, daß diese Sache nicht so ohne weiteres geregelt werden könne! Der Graf v. Schwerin bekundet ausdrücklich unter seinem Eide, daß Raibauer gesagt habe: Ich habe die kritische Meinung, von Ihnen zu fordern, daß Sie sich innerhalb 24 Stunden im Pfarrhause zu Wendisch-Sillow einzufinden haben, um Abbitte zu leisten. Pastor Raibauer bestreitet dies als Zeuge. Graf v. Schwerin springt erregt auf und sagt: „Dies nehme ich auf meinen Eid!“

Auf energisches Verhalten des Grafen erklärte Pastor Raibauer, daß die letzte Kränkung zureiffe. (Große Bewegung.)

A. JANDORF & Co

SPITTELMARKT 16/17
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STR. 1/2
Am Blücherplatz

GROSSE FRANKFURTER STR. 113
Ecke Andreas-Strasse

BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Veteranen-Strasse

Verkauf nicht an
Wiederverkäufer.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Soweit der
Vorrat reicht.

Glas



Glasbild mit
Kalender Stck. 38 Pf.



Eau de Cologne
in vorzüglicher Qualität
Größe I 28, II 38, III 68 Pf.
1/2 Liter Flasche 1.35 1/4 Liter Flasche 2.45

Dessertteller gepresst	5, 8 Pf.	Teebecher mit Bordüre	10 Pf.
Butterdosen gepresst	22 Pf.	Rot- oder Rheinweingläser	18 Pf.
Zuckerschalen gepresst	12, 18 Pf.	Victoriabecher geschliffen mit Goldrand, 1/16 u. 1/4 Liter	28 Pf.
Zuckerschalen mit Schlitz	33 Pf.	Bierbecher mit schwerem Boden 2/10 u. 1/4 Liter	13 Pf.
Käseglocken gepresst 45	mit Schlitz 48 Pf.	Gambrinusbecher m. Goldrand 1/4 L.	12 Pf.
Compottschalen Brillanmuster, Satz 3 Stück	98 Pf.	Bierbecher m. Goldr. 1/4 L. 7 Pf.	3 Stück 20 Pf.
Compottschalen Weinlaubmuster	23, 28 Pf.	Gambrinustulpen Kristall	33 Pf.
Wassergläser gepresst	5 Pf.	Likörkelche mit Goldrand	14 Pf.
Wasserkaraffen grosse Form	28 Pf.	Sturzflaschen	43 Pf.

Steingut

Küchengeräth rot Fond „Kirschen“	
Vorratstonnen	48 Pf.
Essig- oder Oelflaschen	48 Pf.
Gewürztönnchen	20 Pf.
Salz- oder Mehlresten	1.20 Pf.
Milchtöpfe Satz 6 Stück	1.95 Pf.

Teller fach oder tief	6 Pf.
Dessertteller fach oder tief	5 Pf.
Satznapfe gerippt Satz 4 Stück	33 Pf.
Salatschüsseln grosse Form Satz 6 Stück	85 Pf.
Salatschüsseln mit Fond Satz 7 Stück	1.25 Pf.

Waschgarnituren

4 theilig	5 theilig	5 theilig
bian Zwiebelmuster	Druckmuster	grosse Form Druckmuster
1.55	2.65	4.85

Vorratstonnen bian Zwiebelmuster Stück	33 Pf.
Milchtöpfe bian Zwiebelmuster Satz 6 Stück	1.60 Pf.

Kaffeesevice dekoriert 8 theilig 1.95, 9 theilig 2.45, 15 theilig 7.00 Tafelservice Veilchenmuster 23 theilig 12.75, ff. dekoriert 16.50

Porzellan

Speiseteller verschiedene Formen	14 Pf.	Kaffeetassen mit Untertassen	10 Pf.
Dessertteller verschiedene Formen	9 Pf.	Satzöpfe Satz 6 Stück	1.15
Compotteller verschiedene Formen	6 Pf.	Goldbandtassen	16, 23 Pf.
Suppenterrinen	1.45	Teetassen mit Goldbordüre	23 Pf.
Saucieren	45 Pf.	Kaffeetassen mit Untertassen, dekoriert	15 Pf.
Kartoffelschüsseln mit Deckel	85 Pf.	Kaffeetassen dekoriert	8 Pf.
Bratenplatten m. vers. Hand	58, 70, 98, 1.10	Milchtöpfe dekoriert	15 Pf.
Kaffeekannen	48 Pf.	Dessertteller dekoriert	22 Pf.
Zuckerdosen	9 Pf.	Kuchenteller dekoriert	35 Pf.
Milchtöpfe	10, 18 Pf.	Milchtöpfe dekoriert Satz 6 Stück	1.25

Wirtschafts-Artikel

Teppichhandfeger	35 42 48 Pf.	Waschwannen Zink mit Drahtlein	8.75 10.75	Vorratsbüchsen	18 22 Pf.	Petroleum-Heizöfen	10.85 14.00
Cylinderputzer	10 15 25 Pf.	Waschwannen Zink mit Walz	9.75 11.50	Reibemaschinen	1.00 1.35	Gaskocher, 4 Lech, 2 Brenner	9.25
Kopfbürsten	45 60 75 Pf.	Wasch-Zober Zink	9.50 11.50	Fleischmühlen	2.85 4.95	Salzstreuer	5 Pf.
Kleiderbürsten	48 65 Pf.	Wringmaschinen	10.50 12.50	Wirtschaftswagen	1.75 2.85	Wetzsteine	5 Pf.
Borstenbesen	48 70 85 Pf.	Waschbretter	42 55 65 Pf.	Tablets mit Einlage	95 Pf.	Teeglashalter mit Glas	42 70 Pf.
Borstenhandfeger	35 48 55 Pf.	Klammern Schock	10 20 Pf.	Ofenvorsetzer	1.45 1.95	Teeier vernickelt	48 Pf.
Rosshaarbesen	1.35 1.75 1.95	2 Gasplatten mit Erhitzer	4.85	Kohlenkasten, Blech	95, 1.15 1.35	Teeier mit Stiel	65 Pf.
Rosshaarhandfeger	45 75 95 Pf.	Plattbretter bezogen	2.25	Kohlenkasten, Holz	1.45 1.95 2.45	Butterdosen	48 75 Pf.
Möbelbürsten	42 65 Pf.	Küchen-Bänke	1.10 1.20 1.35	Ascheimer	42 75 90 Pf.	Cabarets	1.95
Teppichkehrmaschinen	6.75	Küchen-Schemel	70 85 95 Pf.	Kohlenschaufeln	13 18 25 Pf.	Einzelne Tischmesser	18 Pf.
Verdichtungsstränge Pack	48 65 Pf.	Leitern, Stufe	35 Pf.	Petroleumkannen	42 65 Pf.	Bestecke	35 48 65 Pf.
Putzschränke	2.65	Gewürz-Etagären mit 6 Tonnoben	1.45	Wärmflaschen	1.55	Krümelschaufeln	90, 1.75

Emaile

Emaile, welche beim erstmaligen Gebrauch ausplatzt, wird bereitwilligst umgetauscht.

Eimer grau, marmor, neubian	45 65 75 Pf.	Sand, Seife, Soda-Garnitur 98 dekoriert	1.95 Pf.	Marktkörbe mit Emaille-Einsatz	1.95 Pf.
Schmortöpfe ohne Ring	48 60 70 Pf.	Kinderbecher dekoriert	19 Pf.	Leuchter	25 38 48 Pf.
Schmortöpfe mit Ring	75 90 98 Pf.	Konsole mit Mass, dekoriert	1.20 1.40 Pf.	Seifenbehälter	12 25 35 Pf.
Kasserollen ohne Ring	25 30 35 Pf.	Waschgarnituren Steilig, dekoriert	2.95 3.25 Pf.	Konsole mit Mass	38 55 65 Pf.
Kasserollen mit Ring	48 60 70 Pf.	Waschgarnituren Porzellanform, 3 theilig, dekoriert	5.95 Pf.	Teller weiss, fach oder tief	8 10 12 Pf.
Milchtöpfe	38 45 60 Pf.	Maschinentöpfe	18 25 38 Pf.	Tassen weiss	12 15 18 Pf.
Stielpfannen	25 30 33 Pf.	Wasserkessel	65 85 1.45 Pf.	Wannen oval	1.25 1.50 1.80 Pf.
Durchschläge	42 55 Pf.	Kaffeekannen dekoriert	98 1.40 1.85 Pf.		

Dekorierte Eimer

ca. 28 cm mit Deckel 1.95 2.25

GOLDELSE'S TRAUUM
Eine Weihnachtserzählung für d. Kinderwelt illust. v. Herm. Roth, München 208
8 farbige Vollbilder und viele kleine Textzeichnungen.

Dekorierte Eimer

ca. 28 cm mit Deckel, Messing-Bügel und Knopf
3.25 3.50

Die Kommunal-Wahlen.

Für den ersten Kommunal-Wahlbezirk fand am Freitag eine öffentliche Versammlung in Dr. Leo Krons über „Sozialdemokratie und Stadterveraltung“ sprach. Der Kandidat des Bezirks, Genosse Paul Schulz, war, wie der Vorsitzende bekannt gab, leider infolge eines Unfalls verhindert, an der Versammlung teilzunehmen. Genosse Krons erörterte in seinem interessanten Vortrage einige der wichtigsten Angelegenheiten der Stadterveraltung und wies nach, wie die Freisinnigen, wenn es sich um das Wohl der großen Masse der Stadtbevölkerung handelt, sich immer nur die Frage stellen: Was kostet es? und z. B. in Schulfragen, über die der Referent besonders gründlich sprach, wenn unsere Parteigenossen die Vermittlungsfreiheit fordern, von dem „großen Geschenk“ reden, das der unentgeltliche Gemeindefachunterricht sein soll, ohne zu erwähnen, daß den Schülern der höheren Lehranstalten trotz des Schulgeldes ein zweieinhalbmal so großes „Geschenk“ gemacht wird. Freilich zeigen sich die Freisinnigen im Landtag, wo sie in der Minderheit sind, ihren Parteigrundsätzen entsprechend sehr freigiebig in Schulfragen, verlangen für 1200 M., neuerdings sogar 1350 M. Gehalt für die Lehrer selbst in den kleinsten Orten Preußens, denn sie wissen ja: dort werden ihre Anträge abgelehnt, also kostet's ihnen und ihren steuerkräftigen Wählern nichts. Aber in Berlin sollten sich ihrem Antrage gemäß die Lehrer mit 1000 M. begnügen, und die Regierung mußte die Stadt erst zwingen, 1200 M. feizuführen. Die jungen Lehrer aber sollen sich sogar noch mit 950 M. begnügen! Dasselbe zweideutige Spiel treiben die Freisinnigen im Landtage und im Stadtparlament bekanntlich mit der Wahlrechtsfrage, worauf der Redner ebenfalls hinwies. Der Redner deckte ferner das Verhalten der freisinnigen Mehrheit zur Weisen- und zur Krankenhäuserveraltung auf, und zeigte im Anschluß daran, wie viel Gutes die Stadt hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse wirken könnte, sowohl als Arbeitgeber von über 12 000 Arbeitern, als auch durch Einwirkung auf die Privatunternehmer, denen sie Aufträge erteilt, und sogar gesetzgebend durch Einführung wirklicher Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe. Dafür sind die Freisinnigen nicht zu haben. Zum Schluß kam der Redner auf das Verkehrsproblem zu sprechen, erwähnte, wie die Sozialdemokratie ihrem Programm gemäß von jeher verlangt hat, daß die Straßenbahnen in städtische Regie übernommen werden sollen, wie durch die Unerschämlichkeiten der „Großen Berliner“ jetzt wohl eine starke Erbitterung bei den Freisinnigen hervorgerufen wurde, sie aber gleichwohl mit einer anderen Gesellschaft über eine nahezu ebensolange Konzeption verhandeln als die von der „Großen“ verlangte. Die Wähler des ersten Bezirks muß es besonders interessieren, daß ihr Vertreter, Stadtverordneter Kliese, der einzige Vertreter der dritten Wählerklasse war, der es wagte, trotz der schmächtlichen Behandlung der Stadt durch die „Großen“, gegen den Bau der städtischen Bahnen zu stimmen, ein Grund mehr, um alles aufzugeben, damit dieser Mann jetzt durch den Kandidaten der Sozialdemokratie, Paul Schulz, ersetzt werde.

In der Diskussion, die dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte, schilderte ein Krankenhäuserveraltungsdirektor die schiedlichen Lohnverhältnisse, die Unfreiheit und Maßregelungen, worunter die städtischen Krankenhäuserproletarier zu leiden haben. — Genosse Eppel wies auf die Folgen der freisinnigen zarten Rücksichtnahme auf den Grund- und Bodenkapitalismus hin, die namentlich im ersten Bezirk jedermann vor Augen liegen. — Genosse Dressler erwähnte, wie wenig Eifer bei der Errichtung notwendiger städtischer Bauwerke abwalte, wie flüchtig aber plötzlich die städtischen Gelder werden, wenn es gilt, was ja jetzt wieder der Fall ist, höflichen Besuch prunfvoll zu empfangen! — Von freisinnigen Rednern trautete sich keiner, seine Meinung zu sagen. Genosse Eppel forderte zum Schluß zu eifriger Teilnahme an der Wahlarbeit, zum Eintritt in den Wahlverein und zur Agitation für die Parteipresse auf.

Für den 16. Kommunalwahlbezirk fand am Montag eine Versammlung in Stiefings Gesellschaftshaus, Wasserstraße 68, statt. Als Referent trat Stadtverordneter Dr. Silberstein auf. Er besprach die Aufgaben, welche nach unserer Auffassung dem Gemeinwesen zufallen, zeigte, daß die bisherige Mehrheit der Berliner Stadtverordneten diese Aufgaben im höchsten Grade vernachlässigt hat und daß wir der Erfüllung dieser Aufgaben um so näher kommen, je stärker die Sozialdemokratie im Rathause vertreten ist. — Hierauf nahm der Kandidat des Bezirks, Dr. Zabel, das Wort. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Volksschulwesen. In der Hand der Laifanten wies der Redner nach, daß einige der schreiensten Mißstände im Berliner Gemeindefachschulwesen, dank der unermüdeten Tätigkeit unserer Parteigenossen, bereits beseitigt worden sind. Weiter zeigte der Redner, daß wir noch weit entfernt sind von wirklich guten Schulverhältnissen, und daß hier sowohl wie auf anderen Gebieten nur von der Wirksamkeit unserer Parteigenossen Besserung erwartet werden kann.

19. Kommunal-Wahlbezirk. Am Montag hielten unsere Parteigenossen in den Köpenicker Festsälen, Köpenickerstraße 127a, eine Versammlung ab, die eine Fülle von interessantem Material für die Kommunalbewegung bot. Stadtverordneter Genosse Borgmann hielt den einleitenden Vortrag, der manchen lehrreichen Einblick in das Getriebe der städtischen Verwaltung sowie in das endlose Sündenregister der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit bot. Da der freisinnige Stadtverordnete Rosenow in diesem Bezirk wieder kandidiert, so war es natürlich unvermeidlich, daß der Referent auch die Tätigkeit des Herrn Rosenow als Stadtverordneter an einzelnen Vorgängen beleuchtete. Nach dem Vortrage nahm unser Kandidat, Genosse Fröhlich, das Wort, um in kurzen Ausführungen die Mißstände des Freisinn zu beleuchten. — Ein freisinniger Bezirksvereins-Agitator eröffnete die Debatte. Er bemühte sich, seine Partei und Herrn Rosenow im besondern gegen die Kritik, welche ihnen der Referent zuteil werden ließ, zu verteidigen. Die vom Genossen Borgmann erwähnte, durch Zeitungsberichte verdrehte angebliche Aeußerung Rosenows: die Sozialdemokraten seien schuld an dem Zustandekommen des bestehenden Vertrages der Stadt mit der Großen Berliner Straßenbahn, berichtigte der Freisinnredner dahin: Herr Rosenow habe gesagt, die Sozialdemokraten dürfen nicht sagen, die Freisinnigen hätten den Vertrag verschuldet, denn sie, die Sozialdemokraten, haben ja auch für den Vertrag gestimmt. Ja aber, nämlich Herr Rosenow, habe gegen den Vertrag gestimmt. — Der nächste Redner, Genosse Heilmann, der scharf und treffend die schändliche Haltung des Freisinn auf politischem und kommunalem Gebiet kennzeichnete, beschäftigte sich auch, ebenso wie später Genosse Borgmann, mit der Rosenowschen Aeußerung über den Straßenbahnvertrag. Auch in der Form, wie der freisinnige Diskussionsredner die betreffende Aeußerung hinstellte, gebe sie nicht die volle Wahrheit. Herr Rosenow hätte, wenn er ein zutreffendes Bild von der Angelegenheit geben wollte, nicht verschweigen dürfen, daß die Sozialdemokraten für die Verlängerung des Vertrages bis 1919 nur deshalb stimmten, weil anders eine Umwandlung des Pflasterbetriebes in elektrischen Betrieb vor dem Jahre 1911 nicht zu erlangen war. Herr Rosenow hätte auch nicht verschweigen dürfen, daß er nicht aus prinzipiellen Gründen gegen den Vertrag stimmte, sondern nur deshalb, weil er gegen die elektrische Oberleitung war. Bäder der Akkumulatorenbetriebes allgemein eingeführt worden, dann hätte Herr Rosenow, wie er bei den damaligen Beratungen ausdrücklich sagte, für die Verlängerung des Vertrages gestimmt. — An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen Wenzel, Raab und Gottfried Schulz, der an einzelnen Beispielen, die ihm aus seiner Tätigkeit als Stadtverordneter bekannt geworden waren, nachwies, wie mangelhaft und unzureichend die öffentliche

Armenpflege ist. Nach einem Schlußwort des Referenten endete die Versammlung gegen 1 Uhr mit der Annahme der folgenden Resolution: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit aller Kraft für die Wahl des Genossen Fröhlich einzutreten.“

Ueber den Kampf in der Berliner Elektrizitäts-Industrie

bringt auch die heut vorliegende Nummer der „Neuen Zeit“ einen zusammenfassenden Artikel. Derselbe knüpft an einen Vortrag des Oberschwarzmaachers Herr v. Reisdorf, den dieser am 8. Oktober im „Bund österreichischer Industrieller“ hielt. Dort führte Herr v. Reisdorf aus: „Wir hören die Arbeitervertreter an. Wir laden sie zu Besprechungen vor, fallen dann selbständig unsere Entscheidung, die wir ihnen mit dem Bedenken mitteilen, daß es hierüber keine Debatte gebe und, wenn sie sich dem Ultimatum nicht unterwerfen, unsere gesamte Organisation in Aktion tritt. Wir sind also trotzdem weit davon entfernt, den Arbeitervertretern irgend eine Befugnis einzuräumen.“

Nach diesen Worten des freiherrlichen Schwarzmaachers handelten die selbstherrlichen Elektromagnaten Berlins. Das wird in dem Artikel der „Neuen Zeit“ historisch nachgewiesen, durch eine Schilderung der Entwicklung des Kampfes.

Zunächst wiederholte sich das Spiel: Die Arbeiter suchten Verhandlungen nach. Die Unternehmer erklärten sich zu Besprechungen bereit.

Die Arbeiter trugen ihre Wünsche vor. Die Unternehmer hielten an ihrem Ultimatum fest. Ganz zielbewußt und folgerichtig handelten die Elektroindustriellen, nach dem Schwarzmaacherrezept des Freiherrn v. Reisdorf. Das alles zeigt der Artikel im einzelnen.

Schließlich werden die Lehren aus dem Kampfe gezogen und gesagt, daß einem Gegner gegenüber wie den Rühnemännern eine Politik der Drohungen so nutzlos ist wie die der Unterhandlungen. Durch keine der immer wieder nachgesuchten Verhandlungen ließen sich die Unternehmer auch nur einen Moment von den von vornherein gestellten Bedingungen abbringen; jede Drohung aber führte dazu, daß sie Zeit gewannen, sich auf die Abwehr des von der Arbeiterschaft angeführten Schlags vorzubereiten. Hätte die Arbeiterschaft am Sonnabend, den 23. September nicht Unterhandlungen nachgesucht, sondern auf die Ausprägung der Zehntausendlohnkündigung mit der Herausziehung der Maschinen und Heizer geantwortet, so traf dieser Schlag das Unternehmertum und die Weibchen unvorbereitet. Aber selbst wenn das Experiment so wirkungslos verpufft wäre wie acht Tage später, hätte diese Art der Taktik, die des Schlags, statt des Parlamentierens, die Entwicklung des Kampfes um vieles beschleunigt. Sieg und Niederlage waren schneller entschieden, und die Niederlage, wenn sie einmal unvermeidlich war, hätte vierzehn Tage früher bei weitem nicht die Opfer materieller und persönlicher Art, nicht die an Geld, nicht die an Gemüthsregungen erforderte, wie der durch langes Parlamentieren und unentschlossenes Handeln verlängerte Verlauf des Kampfes.

Für den Zustand gelten heute dieselben Regeln, die Karl Marx vor einem halben Jahrhundert für den Aufstand aufstellte. Er sagt in einem Bude über Revolution und Konterrevolution in Deutschland:

„Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht entschlossen ist, allen Konsequenzen des Spiels Trost zu bieten. . . Zweitens, ist der Aufstand einmal begonnen, dann handle man mit der größten Entschiedenheit und ergreife die Offensive. Die Defensivität ist der Tod jeder bewaffneten Erhebung; diese ist verloren, ehe sie sich noch mit dem Feinde gemessen hat. Ueberrasche die Gegner, solange ihre Truppen zerstreut sind, sorge täglich für neue, wenn auch kleine Erfolge; halte das moralische Uebergewicht fest, das die erste erfolgreiche Erhebung Dir gebracht; ziehe jene schwankenden Elemente an Dich, die immer den stärksten Anstoß folgen und sich immer auf die sicherste Seite schlagen; zwinge Deine Feinde zum Rückzug, bevor sie ihre Kräfte gegen Dich zusammenfassen können; kurz, nach den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik: Rühtheit, Rühtheit und nochmals Rühtheit!“

Die Taktik der Unternehmer geht immer dahin, den Kampf durch Teilaussperrungen möglichst in die Länge zu ziehen. Sie sperren den mit dem Betrieb in der beherrschenden Teil ihrer Leute aus und überlassen deren Unterstützung möglichst lange den Organisationen der Arbeiter, damit deren Kräfte für den Endkampf geschwächt oder gar vor demselben gestrengt sind. Darum sperrten die Elektroindustriellen zuerst nur 10 000 aus, darum warteten sie acht Tage, ehe sie weitere 23 000 auf die Straße setzten, darum ließen die Rühnemänner noch vierzehn Tage verstreichen, bis sie die Generalaussperrung in der Berliner Metallindustrie inszenierten. Dieser Taktik des Verblutenlassens kann die Arbeiterschaft nur dadurch entgegenzutreten, wenn sie sofort, wie ja teilweise geschehen, mit der Herausziehung der von den Unternehmern unentbehrlichen Arbeiter antwortet. Von diesem Gesichtspunkte aus war die allerdings verspätete Arbeitsniederlegung der Elektromonteurs sowie der Maschinenisten und Heizer eine durchaus richtige. Ob der Solidaritätsstreik in den Glühlampenwerken zweckmäßig war, kann unter diesen Gesichtspunkten nur ein genauer Kenner der Verhältnisse entscheiden. Total verfehlt aber wäre etwa ein Eingreifen der Straßenbahner oder anderer betriebsfremder Arbeiterkategorien gewesen.

Ein zweifaches Aneinanderreihen von Solidaritätsstreiks, wie wir es vielfach in romanischen Ländern sehen, fördert nicht, sondern verhindert jeden gewerkschaftlichen Erfolg. Die außerhalb der betroffenen Industrie stehende Arbeiterschaft hat die viel wichtigere Aufgabe, die Kämpfenden durch Lieferung von Munition zu unterstützen. Dieser Aufgabe aber wird sie entzogen, wenn man sie ziel- und zwecklos aktiv in den Kampf verwickelt, ja sie erstickert den Kampf, weil man natürlich auch an die Verschöpfung von Mitteln zu ihrer Unterstützung denken muß.

Wenn vor einer Ausdehnung des Kampfes in dieser Richtung gewarnt werden muß, so muß in bezug auf die notwendig zu ergreifenden Mittel jedoch das Dilemma gelten: Was Du tust, das tue bald!

Die Unternehmer haben angekündigt, daß sie in Zukunft jeder Beunruhigung ihrer Betriebe durch Arbeitsniederlegung einzelner Abteilungen stets gemeinsame Maßnahmen entgegenzusetzen werden. Eine leere Drohung ist das nicht. Und welcher Art die Maßnahmen sind, haben sie gezeigt. Die Arbeiter haben also für die Zukunft ihre Taktik danach einzurichten. Wo auch irgend die geringste Forderung gestellt werden sollte, darf dies nicht ohne Einverständnis mit den in Frage kommenden Organisationen geschehen! Es darf nicht sein, daß die Organisationsleitung von Bewegungen erst in einem gewissen Stadium der Entwicklung Kenntnis erhält; es darf auch nicht sein, daß eine Organisation ohne Einverständnis mit den übrigen vorgeht; auch die Arbeitsniederlegungen müssen bei den kleinsten Anlässen die Organisation vor ihrem Eingreifen befragen. Aus wie geringen Ursachen heraus sich ein Kleinstkampf wie der verflochtene entwickeln kann, hat gerade dieser gezeigt. Deswegen müssen die Organisationen die Höben von vornherein in der Hand haben; ihnen — auf denen doch schließlich die Verantwortung für den Ausgang des Kampfes ruht — muß auch die Gelegenheit gegeben werden, den Augenblick zu bestimmen, in welchem sie den ja schließlich doch unausweichlichen Kampf mit den Rühnemännern aufzunehmen beabsichtigen.

Die Schlappheit, welche die Arbeiter erlitten haben, kann kein Anlaß für sie sein, nur die Hände nutzlos in den Taschen zu legen.

hat die Aussperrungstaktik der Schwarzmaacher bei allen Erfolgen des Unternehmertums das eine doch nicht zuzulassen geachtet, die Organisation der Arbeiterschaft zu zerstören. Im Gegenteil haben Tausende und Abertausende Indifferenter schuldlos vor der Brutalität des Unternehmertums sich den Organisationen zugewandt. Sorge man in den Gewerkschaften auch dafür, daß mit diesem äußeren Wachstum eine innere Kräftigung Hand in Hand gehe.

Kommt es aber schließlich zum Kampf mit dem ebenso listigen und verschlagenen, wie kräftigen und entschlossenen Gegner, den das Großkapital repräsentiert, dann kann neben der Vorsicht im Angriff nur Entschlossenheit in der Durchführung die Arbeiterschaft zum Siege führen!

Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

- gingen ein: Liste 9115 8.—, Liste 3591 Bodenleger der Fa. Wolf u. Sohn 1. Rate 11.50, Liste 4563 2.00, Liste 8353 5.00, Liste 9848 gel. b. Wenzel 5.25, Liste 9061 Arb. d. Maschinenfabrik Jäger, Romlinstr. 13.20, Liste 9739 8.20, Liste 9737/38 u. 9740 5.20, Liste 8265 Arb. u. Benedikt u. Co., Köpenickerstraße 3.00, Liste 7587 Kollegen v. Seelig durch Koloschewski 12.25, Liste 9570 7.00, Liste 9577 d. John 4.15, Liste 11 564 Bezirk 627 d. Kraft 10.05, Liste 11 563 1.—, Listen 10 474/75 2.75, Liste 9939 Bon d. Tischlern der Möbelfabrik Vater, Jungbühlstr. 2.50, Listen 3777, 3782 Monteurs von Wix u. Genest 61.95, Liste 10 376 21.50, Liste 11 700 Metallarbeiter Werth, Köpenickerstraße 11.25, Liste 9042 Kollegen d. Firma Stein, 2. Rate 40.25, Liste 8822 von d. Elektromonteurs d. Firma Karl Rehnert d. Seiffert 5.—, Liste 9965 4.05, Liste 9064 7.30, Liste 9701 Restauration Otto Henn, Markgrafstr. 4.50, Liste 9702 durch Bohmann 5.85, Liste 4473 durch Straube 6.—, Liste 5338/39 4.—, Liste 7574 7.30, Liste 7573 4.—, 8604 3.90, Listen 7867/7870 und 71 20.—, Liste 8939 Arb. v. Druckmüller 26.40, Liste 102 d. Abraham 8.25, Liste 1550 d. Genossen Wille 14.45, Liste 104 Dieleier, Bierhaus 11.—, Liste 1551 d. Kollegen Gabelschke 12.80, Liste 1556 d. Glühlampen 8.40, Liste 8455 d. Schwarzmaacher H. v. C. 14.70, Liste 8456 Arb. der Umbrohm-Werke 10.25, Liste 8457 Genosse Jäger 8.95, Liste 8458 Kol. v. Rühnemann 23.—, Liste 8459 Genosse Bierhaus 9.45, Liste 8460 Kol. d. Firma Busse 8.30, Liste 8461 Arb. d. Firma Hollmann u. Kramer 8.20, Liste 8525 2.50, Liste 8510 9.50, Liste 2936 6.10, Liste 8807 d. Loos 3.50, D. Reuther, Ragow 4.—, Liste 6879 23.25, Liste 6880 4.50, Liste 7630 16.15, Von einer Sammlung 6.—, Liste 1170 Hst. Bleich, H. v. G., Brunnenstr. durch Kempel 20.85, Liste 2539 durch Hübner, Grezlerstr. 9.10, Auf Listen durch G. Wolf 300.50, Darunter: Liste 4804 Personal Apotheker 21.60, Liste 3579 Neubau Berlin, Volkstr. 34.65, Liste 3578 Gef. am Stammschiff 6. Straum, Seemannsstraße 9.10, Liste 3384 Tischhändler Bruch, Birkenstr. 14.50, Liste 9076 Monteur v. Wix u. Genest 43.—, Liste 4795 Treddin, Kr. Teilmann 24.30, Liste 8908 10.80, Listen 6010/11 36.45, Zerkleinerung sozialdem. Frauenhilfsvereins 1.50, Liste 11 047 durch Hülshoff 2.—, Liste 3065 gesammelt d. Lemmig u. Gahl, Tischlerei 20.75, Listen 3617, 3619 13.35, Gesammelt v. Arbeitern u. Arbeiterinnen d. Berliner Hühnerfabrik am 11. 10.10 10.75, Liste 6083 1.75, Listen 7090/91 Sparverein „Solidität“ am 14./10 05 gel. 15.30, Listen 10 333/34 2.50, Liste 3530 durch Zimmermann 6.40, Liste 9217 durch D. Schilling 4.50, Listen 10 988, 3716, 3792, 3723 22.15, Liste 10 087 3.55, Liste 10 106 12.10, Liste 2997 7.70, Liste 8427 3.50, Liste 8868 18.—, Liste 8181 1.00, Liste 8182 1.50, Liste 8187 17.0, Liste 8922 1.40, Liste 4656 3.45, Liste 8222 3.05, Verlorene Liste 2.50, Gesammelt von Tempelhofern auf Listen 10934 2.85, 10935 15.—, 10936 3.—, 10938 1.75, 10937 10.25, 6443 0.50, 6448 8.12, 6449 20.40, 6450 5.20, 6451 7.—, 6452 9.75, 6453 4.50, 6454 8.15, 6455 4.80, 6456 11.25, 6457 5.20, Durch E. Reußhoff, Reinholdsdorf-Bez. 60.25, Verband hühnerfabrik, Gruppe Reyer Insp. 30.—, Stammschiffe bei Kaufmann, Schindlerhauer Allee 6.50, Durch Emil Rehmann, Spandau 6.50, Unter 11027—29 12.25, Bruder von Galensky u. Co. 4.50, Liste 6982 Kollegen von Bräuner Nachf. 8.50, Arb. v. Reddel auf Liste 6755 3.20, Liste 6757 5.25, Liste 4561 Arb. d. Tischlerei Zell, Wilmistr. 6.85, Liste 5308 2.00, Liste 182 B. 2. 14.50, Liste 534 Personal der Kaufmännischen Buchdruckerei 20.55, Liste 10990 24.15, Liste 9260 4.75, Liste 9886 8.00, Liste 9119 8.15, Liste 8892 3.90, Liste 9721 3.75, Listen 8439—41 u. 8444 35.25, Liste 6880 0.70, Liste 3873 6.—, Liste 10713 u. 10716 101. Bezirk d. Range 21.75, Liste 3795 d. Schulz 7.40, Liste 3792 d. Hülshoff 7.10, Liste 3793 durch Kammeid 5.05, Liste 9817 10.45, Liste 8929 drei Tagelöhner von V. Grelsch, 2. Rate 3.40, Liste 6877 7.—, Liste 7094 4.30, Gewerkschaftsliste Schöneberg, auf Listen infl. 3 M. für eine gemonnene Beiste, durch Altemann 138.35, Listen 3748 8.10, 3749 9.50, Durch Gluck 4.—, Liste 9664 5.15, Um See 3.05, Liste 9925 4.15, Regelschiff „Sulzbach“ 5.—, Liste 9864 Gießerer Gebauer, Panitzsch 4. d. Dom 32.—, Liste 11447 6.60, Liste 5927 durch Brunt 7.35, Liste 4485, desgl. 4.55, Listen 11306/08 durch Wäcker 24.55, Listen 9664/68 durch Ort 26.05, Liste 6783 Personal der Firma Sturzebecher Nachf., Kartonschiff 5.75, Listen 6754 3.25, 4490 2.10, 11694 1.50, 11697/98 durch Bindemann 17.06, Listen 412/13, 11075, 11074, von der Section der Radierer Berlins (dar. Radierer von Range u. Gutzeit 23.45) 48.50, Liste 1339 10.20, Liste 1478 Gel. v. d. Beamten d. Hst. D. R. R., Charlottenburg 16.80, Liste 11774 1.30, Liste 9067 Arbeiter der Firma Reichold u. Wäcker 7.15, Listen 8569/71 6.05, Liste 11040 durch Gärtsche 8.75, Liste 11030 1.—, Liste 11463 von den Parteiliegern der Firma Koch, Regenburgerstr. 6, Liste 9070 Arbeiter der Firma Bahn u. Gange 9.—, Liste 10947 13.20, Listen 9089/90 3.75, Listen 4940/44, Bouffemercer P. Thom 24.25, Liste 9730 Tischlerei Sauerwein, Belle-Alliancestr. 17.50, Liste 7092, Arbeiter der Metallfabrik, Bodenstraße, durch Scheller 19.30, Liste 8311 Tischlereiwerkstatt Stuhlmaacher Nachfolger 7.10, Liste 5384 4.95, Durch Jacobson auf Listen: 2112 durch Goldmann 8.—, Liste 2113 16.60, Liste 2115 durch Gramow 12.50, Liste 2139 durch G. W. 9.25, Liste 4978 Deutsche Telefonwerke, Jungbühlstr. durch B. 5.—, Liste 5629 durch R. G. 6.50, Liste 5628 durch Lange 10.80, Liste 5632 durch G. R. 14.10, Liste 6083 durch R. G. 4.90, Liste 5637 durch Wiesner 4.80, Liste 5073 durch Wiesner 8.15, Liste 5055 durch R. G. 9.70, Liste 5059 durch R. G. 3.00, Liste 5060 durch R. G. 2.—, Liste 6955 durch Wiesner 4.00, Liste 9309 Deutsche Telefonwerke, Jungbühlstr. durch B. 5.75, Liste 9308 durch R. G. 1.50, Liste 9361 4.—, Vom Verband der Sattler, Orthopädieverwaltung Berlin 17.05, Vom Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter auf Listen: Liste 3996 70.75, Liste 4004 6.95, Liste 4630 7.60, Liste 4632 5.—, Liste 4634 0.50, Liste 4637 6.25, Liste 4695 5.00, Liste 4897 15.—, Liste 4871 2.50, Liste 4872 10.15, Liste 4952 Bauhilfsverein Puff 6.70, Kollegen der Firma D. Matthes u. Co., Stadlanstraße 13.75, Gewerkschafts-Liste Rißdorf 500.—, Liste 9896 Danzschlitzer Wedding 7.60, Liste 390/39 6.40, Gewerkschaftsliste Groh, Lohrstraße auf Listen: 28 2.40, 4 6.90, 16 3.50, 15 2.85, 17 16.75, 27 2.90, 5 1.50, 22 7.45, 23 0.50, Vom Handlungsbüro „Freie Köhmer“ durch Gdard, Groh-Listerfeld, 4.—, Durch Wäcker auf Listen: 1618 5.—, 1619 7.50, 1620 9.25, 1621 0.50, 1626 13.70, 1633 3.—, 1634 6.50, 1635 H. G. Hoff, Saal II 97.25, 1836 3.20, 1637 6.05, 1627 10.45, Vom Verb. d. Dachdecker, Hl. Berlin 300.—, Hl. auf Listen: 11335 1.—, 11339 7.90, 11341 2.—, 11347 7.90, 11352 12.20, 11353 2.—, 11344 3.15, 11398 1.75, Bauarbeiter-Verband (Schliffarbeiter), Hl. auf Listen: 2728 Schliffarbeiter (Bantow, Röhre) 13.85, 2732 Preisenwalder Niederlage 15.40, 2765 Unionsbrenerei 9.45, 2766 Niesinghaus 8.90, 2767 Victoria I 12.35, 2771 Hülshoff I 9.20, 2772 Hülshoff II 20.25, 2773 Dm. Berliner 8.40, 2775 Gleichsch. I 10.50, 2776 desgl. 8.—, 2778 desgl. 13.35, 2779 desgl. 1.00, 2794 Wagenhauer II 3.05, 2795 desgl. 19.25, 2802 Gdard III 1.—, Bäcker-Gewerkschaft des allgemeinen deutschen Bäckervereins, Stg. Berlin, Hl. auf Listen: 4174 5.50, 4209 2.10, 4204 0.30, 4196 9.—, 4176 1.50, 4197 0.50, 4214 4.05, 4218 1.55, 4198 5.25, Gewerkschaft der Hammer durch Kaufhül. auf Listen: 5790 2.00, 5787 41.85, 5788 8.50, 5789 3.30, 5791 6.05, 5783 7.40, 5786 4.90, 5784 0.70, 5785 0.20, 5788 6.55, Arb. d. Fa. Schneider u. Schmitz, Charlottenburg, Berlinertstraße 13.40, Listen: 7392 5401, 6429, 6430 d. G. Schindler, v. Hornum u. Gießererarbeiten 33.35, Listen 7093, 7094, 7097, 7096 8.95, Liste 1975 6.65, Liste 11 326 durch Wille 14.45, Liste 11 325 8.—, Verband d. Schneider 300.—, Liste 8575 Arb. d. städtischen Wasserwerke, Friedrichshagen 14.—, Liste 8576 Arb. d. dem. Fa. Ermer 21.45, Liste 8063 d. d. Gdardern d. Fa. Reop. Kaufmann, Gr. Frankfurterstraße 17.70, Liste 8449 Buchdruckerei R. Bergmann 8.35, Listen 2827, 2896, 2837, 2838, 8447 16.40, Liste 4407 durch Kempel 13.25, Liste 7069 durch Köhner 2.60, Deutscher Landarbeiter-Verband, Lohrstraße Berlin, auf Listen 21.80, Liste 8947 Verb. u. Kol. d. Fa. Buchhül. Seidelstraße 15.80, Liste 8146 desgl. 18.30.

Summe 3804.12 M. Details quilliert 118 399.71 M. Gesamtsumme 122 203.83 M. Berichtung. Am „Vorwärts“ vom 24. 10. muß es unter Liste 6465 Vater Schöneberg d. Rogmann 34.50, durch Großmann heißen. In Nr. 248 d. muß es unter Gewerkschaftsliste Groh, Lohrstraße heißen: Liste 6 7.50 d. d. Tischlern d. Werkstatt Wehl, Baummeister. Die noch ausstehenden Listen und Gelder, welche bis zum 4. November nicht abgerechnet sind, werden nicht mehr öffentlich quilliert. Postsendungen sind an H. R. v. C. n., Engel-Liter 15, zu richten. Der Ansdh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Etablissement Neue Welt,
Hasenholde 106/114.
Gastspiel des Bernhard Rosse-
Theaters:
Gewonnene Herzen.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten von
Gugo Käfer.
Anfang 8 Uhr. Stoffeneröffnung 7 Uhr.
Preise der Plätze: Entree 30 Pf.,
nummer. Platz 50 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
In Vorbereitung:
Die Maschinenbauer von Berlin.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Freitag
8 Uhr,
Samstag
7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Unabdinglich kolossaler Beifall!
Wiener Fiker, Gustav Behrens.
Berliner Droschkenturder:
Albert Nuwisch.
Elektr. Straßenbahner:
Willy Zandl.
City Marietta, die beste Instru-
mentalvirtuosin (8 Instrumente)
sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzel-Verkauf
enorm billig
Ulsters
Havelocks
Capes
Jacketts
Paletots
Kostüm-
Röcke
Mädchen-
Paletots
Pelz-Stolas
Robert Baumgarten
Hansvogel-Platz 11, 2. Etage
(an der Jerusalemstraße).
Bei Vorzeigung d. Inserates
an der Kasse werden 5 Proz.
Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4
Dir. Wilhelm Reimer.
Heute, Mittwoch:
Gastspiel des
Löwe-Ensembles:
Die Grille.
Schauspiel in 5 Akten von
Eduard Dirsch-Wiesler.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonnt. Beginn 5 Uhr, Sonnt. 8 Uhr.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Vom 1. bis 30. November 1905:
Großer internationaler
Soubretten-Wettbewerb.

Gelegenheitskauf!
Wir empfehlen:
Aus dem literarischen Nachlaß
von **Karl Marx, Friedrich Engels** und
Ferdinand Lassalle.
Herausgegeben von **Franz Mehring.**
Gesammelte Schriften von **Karl Marx** und **Friedrich Engels**
(1841 bis 1850). Komplet in 4 Bänden.
I. Band: Von März 1841 bis März 1844.
II. Band: Von Juli 1844 bis November 1847.
III. Band: Von Mai 1848 bis Oktober 1850.
IV. Band: Briefe v. Lassalle an Marx u. Engels.

Um vorstehendes Werk einem größeren Leserkreis
zugänglich zu machen, geben wir dasselbe jetzt zu
bedeutend ermäßigtem Preise ab.
Statt bisher 31,- M.
jetzt nur 20,- M.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69. (Laden.)

Einmaliges Angebot
So lange Vorrat!
Phonograph zur Aufnahme und Wieder-
gabe mit durchgehender Leitföhre und
Aluminium-Trichter R. 6,45. Platten-Sprech-
maschine mit 25 Ctm. ff. vernickeltem Trichter
(bisher 25 M.) R. 10,-. — Alle besseren
Apparate sind fast um die Hälfte des Preises
zurückgekehrt. Künstler-Walzen 38 Pf.,
Hartgüß-Walzen 65 Pf. Kleine Zonophon-
platten 75 Pf. Große Konzert-Platten,
25 Ctmir. (Mozart) R. 1,40 (bisher
R. 3,-).
Man veräume nicht, meine Schaufenster **Alexanderplatz, Dirsken-
straße und Grunerstraße** zu besichtigen.

Versandhaus Joseph Katz,
Alexanderplatz, gegenüber dem Bahnhof. 48802

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Passage-Theater.
Das durchaus neue Programm
bringt an der Spitze die glän-
zendsten Humoristen d. deutschen
Variétébühne:
Bozena Bradsky,
mit ihrer entzückenden Duncan-
Parodie.
Paul Jülich,
den unverwundlichen Humoristen.
Mize Friese,
die reizende Wiener Soubrette!
Vorherdem:
14 Spezialitäten
von allererstem Range.
Anfang: 8 Uhr.

3. Wahlkreis
19. Kommunal-Wahlbezirk.
Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
im **Klubhaus, Ohmstraße 2.**
Tages-Ordnung: 241/7
Vortrag des Stadtv. **F. Swald** u. des Kandidaten
Alexander Fröhlich über: „Unsere kommunalen
Forderungen“. — Diskussion.
Um zahlreiche Besuch bitten **Das Komitee.**

Achtung! Achtung!
Rohrer!
Mittwoch, 1. November, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal von **Fritz Wilke, Brunnenstr. 188.**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht.
NB. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu
erscheinen. (297/6) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin. 06/1
Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlung
bei **Wernau, Schwedterstr. 23/24.**
Tagesordnung: Bericht der Kontrollkommission. Verbands-Angelegenheiten.
Stock- u. Zelluloidarbeiter!
Heute abend 8 Uhr bei **Bareinz, Brändenstr. 7:**
Vertrauensmänner-Versammlung.

Achtung! Achtung!
Branche der Korbmacher!
Mittwoch, 1. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, bei **Hoffmann, Koppenstr. 47:**
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Branchen-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Die Kommissionsmitglieder erscheinen eine Stunde früher.
Der Obmann.

Berichtigung. Die Vertrauensmänner-Versammlung der Hautschler
für Süden, Südosten, Südwesten und Westen
findet **Admiralstr. 18c** statt.
Küchenmöbel-Branche!
Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr:
Versammlung
im „Englischen Garten“, **Alexanderstr. 27c:**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Verschiedenes.
Alle in dieser Branche Beschäftigten sind hierzu eingeladen.
Achtung! Achtung!
Produkten-Händler und Händlerinnen.
Donnerstag, den 2. November, abends 9 1/2 Uhr, bei **Wilke,**
Brunnenstr. 188:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Max Schütte:** Die Schule von heute.
2. Diskussion und Generelles. 296/16
Für Deckung der Unkosten Zellerfassung. **Der Einberufer.**

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.
Gute Bücher zu billigen Preisen zu erwerben ist jetzt Gelegenheit.
Wir liefern: 295/7
Die französische Revolution von 1789 bis 1804.
Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände von
B. Dies anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.
Geschichte der französischen Revolution von 1848
und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von
L. Dörfler anstatt 6,50 M. jetzt 5,- M.
Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.
Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dar-
gestellt von B. Dies anstatt 5,70 M. jetzt 5,- M.
Der Mensch und seine Rassen von B. Langfabel anstatt 5,50 jetzt 5,- M.
Die Geschichte der Erde von R. Sornelli anstatt 5,90 M. jetzt 5,- M.
Die Pflanzenwelt von R. Sornelli anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.
Die Tierwelt von R. Sornelli anstatt 7,10 M. jetzt 5,- M.
Die Wunder des Kosmos populär dargestellt v. D. Söhler anstatt 5,50 M. jetzt 5,- M.
Weltschöpfung und Weltuntergang populär dargestellt von D. Söhler anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.
Sämtliche Bücher sind in Prachteinbänden gebunden. Der
Text ist durch zahlreiche Illustrationen und vielen farbigen
Tafeln veranschaulicht und erläutert.

Sozialdemokrat. Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Töchter
Otto Arndt
wohnhaft Guroystraße 25 (Stadt-
begleit 107a) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 2. November,
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes
aus statt. 292/15
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 29. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Otto Rieder,
Ackerstr. 1.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in
der Halle des Augusta-Gospitals
aus nach dem Grabenkirchhof,
Varusstraße, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
290/9 **Der Vorstand.**

Zentral-Frankenkasse der
Tapezierer
und verwandter Berufs Deutsch-
Filiale Berlin 1.
Am 29. Oktober starb unser Mit-
glied
Karl Gumprecht
im Alter von 62 Jahren.
Die Beerdigung erfolgt von der
Halle des katholischen Friedhofes
West-Reinickendorf, Berlinerstr. 28,
am Donnerstag, den 2. Novem-
ber, nachmittags 3 Uhr. 1136
Die Erbsverwaltung.

Nachruf!
Für gefälligen Beachtung teilen
wir allen Kollegen mit, daß unser
lieber Kollege 48802
Emil Golinski
am 24. Oktober verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Tapezierer-
werkstatt Mügel.

Orts-Frankenkasse
der **Gelb- und Zingießer.**
Donnerstag, den 9. November 1905,
abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Wollschläger,**
Waldenstraße 21:
General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitnehmer,
wogu sämtliche Vertreter hierdurch
eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Berichtigung der Protokolle. 2. Er-
satzwahl eines Vorstandsmitgliedes.
3. Neuwahl von vier Vorstands-
mitgliedern. 4. Wahl des Ausschusses
zur Prüfung der Rechnung des laufen-
den Jahres. 5. Verschiedenes.
Berlin, 1. November 1905.
1058 **Der Vorstand.**

Orts-Frankenkasse
des
Korbmacher-Gewerbes
zu Berlin.
Die zum 6. November an-
beraumte
General-Versammlung
der Kasse findet **Engel-Wer**
Str. 15, Saal 7, statt.
Der Vorstand,
K. H. **Karl Schwedler,**
Vorsitzender. 270/9

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung kostere-
elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37, II.
Eingang Straußberger Platz.

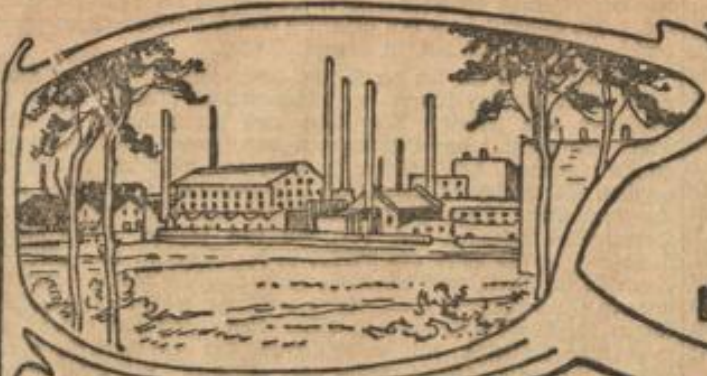
Artus-Hof
Parlbergerstr. 26. Stöndalerstr. 15.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den
gehörten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Das letzte Mal!
wollen wir Gelegenheit geben, Knaben-Konfektion zu noch nie dagewesenen Preisen zu kaufen,
wir bitten unsere Fenster zu besichtigen und bringen nur noch die 4 Tage zum Verkauf am

Mittwoch, den 1. November	Donnerstag, den 2. November	Freitag, den 3. November	Sonnabend, den 4. November
ca. 5000 Piecen		ca. 5000 Piecen	

Knaben-Anzüge, -Paletots, -Joppen, -Hosen
im
Total-Ausverkauf
ca. 1000 Knaben-Joppen warm gefüt., zum Aussuch. 1 98 M.
ca. 900 Knaben-Joppen prima warm ge- 2 58 M.
füt., zum Auss. 2 58 M.
ca. 1000 Schulanzüge, warm gefüttert. 3 48 M.
Posten Schulanzüge, warm gef., prima 3 98 M.
Posten reinwollene Knaben-Anzüge extra prima 6 25 M.
Posten reinwollene Knaben-Anzüge ele- 4 25 M.
gant 4 25 M.
Posten Knaben-Paletots 4 85 M.
Posten Knaben-Paletots, prima 6 85 M.
Posten Knaben-Paletots, extra prima 8 85 M.
Posten Knaben-Paletots, ganz elegant 10 85 M.
Posten Knaben-Hosen, zum Aus- 58 Pfennig
suchen 58 Pfennig
Posten Burschen-Joppen, warm gefüt., 2 68 M.
Posten Burschen-Joppen, warm gefüt., 3 38 M.
prima 3 38 M.
Nur noch die 4 Tage
E. Süßkind & Co.
Rosenthalerstr. 9
Ecke Auguststraße.
Total-Ausverkauf.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.
Eigene Tischlerei. [43132*] NW., Tarmstr. 45. Eigene Werkstatt.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1933.

Nr. 256. Mittwoch, den 1. November 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Stadtverordnetenwahl in Schöneberg.

Parteiengenossen! Morgen finden die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung in der dritten Abteilung statt. Zur Wahl stehen sechs Mandate, die außer einem, das sich schon seit der Stadtverordnetenwahl in unseren Händen befand, bisher im Besitz der bürgerlichen Parteien gewesen sind. Es gilt nun für die Arbeiterpartei, alles daran zu setzen, um die Mandate der dritten Abteilung für die Sozialdemokratie zu erobern. Es ist dies in sämtlichen Bezirken möglich, wenn jeder Gleichgültige auftritt und jeder Säumige herangeholt wird.

Die bürgerlichen Parteien haben erst in den letzten Tagen den Wahlkampf gegen uns aufgenommen. Dieses späte Vorgehen mag vielleicht ein Grund dafür sein, daß sie jetzt nur teilweise mit den schäblichsten Mitteln und größten Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie vorgehen. So wird von ihnen unter anderem behauptet, die Vertreter der Sozialdemokratie hätten im Stadtparlament gegen die Errichtung von Volkshausabteilungen gestimmt; ferner wird gesagt, sie wären nicht für die Einheitschule eingetreten.

Parteiengenossen! Es erübrigt sich, auf derartige Verleumdungen näher einzugehen. Es kennzeichnet nur die Kampfesweise unserer Gegner. Auch diejenigen bürgerlichen Kreise, von denen man eine andere Beurteilung unserer Tätigkeit erwarten konnte, scheinen in das gleiche Horn zu blasen. Alle Mittel sind den bürgerlichen Parteien recht, ihre Mandate zu behaupten. Sie glauben auch, daß eine Aufstellung mehrerer Kandidaten ihrerseits in den einzelnen Bezirken für sie von Vorteil ist, um dadurch mehr Stimmen herauszuwickeln und uns mindestens in Stichwahl mit bürgerlichen Kandidaten zu drängen. Diese Absicht muß zurückgeworfen werden.

An der Arbeiterpartei wird es nun liegen, Sorge zu tragen, daß den bürgerlichen Parteien ein Strich durch die Rechnung gemacht wird und unsere Kandidaten gleich bei der Hauptwahl den Sieg davontragen.

Die großen Aufgaben, die unserer Stadtverwaltung auch in den kommenden Jahren noch bevorstehen, können, wenn sie zum Wohle der Allgemeinheit ausfallen sollen, nur erfüllt werden, wenn eine starke sozialdemokratische Vertretung im Stadtparlament vorhanden ist. Wenn auch die bürgerlichen Gegner unseren Kandidaten den Vorwurf machen, daß sie teilweise gar nicht in den in Betracht kommenden Bezirken wohnen, so wird doch niemals das Leitmotiv der „Bürgerlichen“: „nur Bezirksinteressen zu vertreten“, für uns maßgebend sein, sondern die Förderung des Allgemeinwohls unsere Hauptaufgabe bleiben.

Die Arbeiterpartei hat es also in der Hand, morgen zu entscheiden, wer mit der Vertretung ihrer Interessen betraut werden soll. Möge sie also ihre Schuldigkeit tun, zum Wohle der Gesamtheit.

Die Wahl findet statt von vormittags 11 bis abends 8 Uhr. Nur wer bis 8 Uhr abends im Wahllokal anwesend ist, kann sein Wahlrecht ausüben.

Wahlberechtigt sind alle, die in der im August d. J. aufgestellten Wählerliste eingetragen, auch wenn sie nach dieser Zeit aus den einzelnen Bezirken oder aus Schöneberg verzogen sind.

Von der sozialdemokratischen Partei sind folgende Kandidaten aufgestellt: 3. Bezirk: Mechaniker Richard Gabriel; 5. Bezirk: Maurer Gustav Dämmig; 6. und 7. Bezirk: Restaurateur Ernst Ost; 10. Bezirk: Buchbinder Erich Reichle und Restaurateur Ernst Ost.

Vergesse niemand, sich mit genügender Legitimation zu versehen!

Das Zentralbureau unserer Partei befindet sich bei Ost, Weiningerstr. 8. Die Parteiengenossen, die sich am Wahltag in den Abendstunden zur Verfügung stellen, wollen sich bei Schilling, Kyffhäuserstr. 16, Hamn, Koburgerstr. 9, Weinberg, Hauptstr. 4, Reimer, Hohensriedbergstr. 26 oder Mahro, Rengelsstr. 4, einfinden.

Die Verkündung der Wahlergebnisse erfolgt in der am Donnerstag abend im Obdtschen Saale stattfindenden Versammlung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Beachtung. Die Partei- und Gewerkschaftspresse wird gebeten, alle Zusendungen und Beitragen an das Archiv der Arbeiter-Bildungsschule Berlin nur noch an die Adresse des Genossen Otto Weitzner, Berlin O. 17, Stralauer Platz 14 II, zu senden.

Boisdam. Der Wahlverein hält seine Sitzung am Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig ab. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. Aufstellung der Kandidaten. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freisinniges Stimmung. Bekanntlich haben in Charlottenburg die Freisinnigen mit den Nationalliberalen und dem Ströhlischen Kommunalwahlverein ein Kompromiß zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen geschlossen. Ueber die Vorgänge, die sich dabei hinter den Kulissen abgespielt haben, erfahren wir aus einer Zuschrift an die Berliner „Volkszeitung“ interessante Einzelheiten, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Danach war in dem Wahlaufruf, zu dem sämtliche liberalen Organisationen Delegierte entsandten, keine Neigung zu einem Kompromiß vorhanden. Im März dieses Jahres wurde auch von den vereinigten Vorständen aller liberalen Vereine Charlottenburgs das Kompromiß abgelehnt und lediglich beschlossen, bisherige bewährte Stadtverordnete der gegnerischen Parteien von Fall zu Fall zu unterstützen. Entgegen

diesen Beschlüssen aber wurde im Herbst die Tatsache konstatiert, daß der Wahlausschuss der Liberalen mit dem nationalliberalen Ortsverein und dem Kommunalwahlverein der Obdtschen Bezirke ein bereits protokolllarisch festgelegtes und vollzogenes Kompromiß geschlossen habe. Die Namen der Kandidaten wurden nicht festgelegt, und der Ausschuss hat es bis heute auch nicht einmal der Mühe für wert gehalten, Bericht zu erstatten. Die Herren fühlen sich, wie es in der Zuschrift heißt, zu erhaben, um dem Wahlverein Rechenschaft über ihr Tun und Treiben abzulegen. Lediglich eine von allen Seiten zusammengetrommelte Vertrauensmännerversammlung, zu der jeder Wähler sich eine Einladung verschaffen konnte, fand vor einigen Tagen im Kasino statt; so kurz vor den Wahlen, daß zu Gegenmaßnahmen wenig Zeit verbleibt. Diese Versammlung bewilligte die nachgelagerte Indemnität. Letzten Sonntag fand nun eine öffentliche Wählerversammlung statt. „Doch auch hier waren die Spitzen der Charlottenburger Liberalen nicht in der Lage, Auskünfte erteilen zu können, Rede und Antwort zu geben, da nach nur sehr kurzer Debatte, an der sich Sage und Schreibe drei Herren beteiligt hatten, in wohlgemeinter Fürsorge ein Antrag auf Schluß der Debatte mit 88 gegen 27 Stimmen angenommen wurde.“ Ein Antrag, das Kompromiß zu verwerfen, wurde gegen 22 Stimmen abgelehnt. Von den aufgestellten Kandidaten war nichts zu sehen und zu hören. Die Zuschrift schließt nach dem den Kommunalliberalen ein Auszug aus ihrem Sündenregister vorgehalten ist, elegisch mit der Bemerkung, daß der Liberalismus nicht gefährdet wird von Leuten, die heute über solche Vorgänge erbittert sind und aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, sondern daß lediglich jene Männer der Kreditkassen einer wirklich liberalen Politik sind, die unter dem Deckmantel des Liberalismus eine rein individuelle Politik treiben und in dem sicheren Gefühl, das ihr Mandat ihnen gibt, Dinge begehen, die jeder Reaktionsist nicht anders begehen könnte. — Schön gesagt, aber was helfen solche Klagen, wenn diejenigen, die sie anstimmen, mit ihren Freunden hinterher doch für die Kompromißkandidaten stimmen, lediglich um der Sozialdemokratie den Sieg freitrag zu machen? Der ganze Vorgang zeigt, daß die liberalen Führer ihre Anhänger lediglich als Stimmvieh betrachten, das selbst über die wichtigsten Fragen nicht gehört zu werden braucht.

In der schwachbesuchten Generalversammlung der Holzarbeiter-Verbands, die 405 Mitglieder zählt, erstattete der Kassierer A. Gasse seinen Bericht über die Abrechnung des 3. Quartals. Die Hauptkasse erzielte einen Bestand von 332,55 M., die Nebenkasse ergab ein Gesamtvermögen von 4176,80 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Nach einem Vortrag des Referenten Herrn Steinheider von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der technischen Hochschule über die freien Fortbildungskurse für Arbeiter gelangte die Frage der Errichtung eines Arbeitsnachweises der Holzarbeiter Charlottenburgs zur Debatte und Abstimmung. 42 Kollegen stimmten für, 28 gegen den Antrag der Verwaltung. Mit Rücksicht auf den schwachen Besuch wurde die Bormahme einer Urabstimmung beschlossen. Ferner wurde beschlossen, die Verbreitung der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 1. November d. J. ab in eigene Regie zu übernehmen. Nach einem Bericht des Kollegen Schnell als Delegierter des Volkshaus-Ausschusses wurden 100 M. zur Beilegung bewilligt. Um eine bessere Kontrolle der tatsächlich Arbeitslosen zu erzielen, machte der Kollege Wohl noch darauf aufmerksam, daß die Arbeitslosenkarte nur nach Vorzeigung der Invalidenkarte ausgestellt werden würde. Auch hatte sich zur schnelleren Auszahlung Streifen oder arbeitsloser Kollegen wegen der stark gehäuften Arbeiten des Kassierers die Notwendigkeit ergeben, immer vom Freitag zum Freitag abzurechnen.

Die losenlose Stellenvermittlung für weibliches Dienst-, Erziehungs- und Wirtschaftspersonal, die von der Stadt Charlottenburg als Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises eingerichtet worden ist, hat in der abgelaufenen Woche, vom 23. bis 28. Oktober, 59 Stellen vermittelt, d. h. trotz der kurzen Zeit des Bestehens (die Zweigstelle wurde erst Ende September eröffnet) waren bereits durchschnittlich etwa zehn Vermittlungen auf jeden Wochentag. Die Zweigstelle vermittelt nicht nur Stellen für Köchinnen, Hausmädchen, Mädchen für alles usw., sondern auch für Erzieherrinnen, Stützen der Hausfrau, Ninderfräulein und Erzieherrinnen. Auch werden bei der Zweigstelle vielfach offene Stellen gemeldet, die Gelegenheit zu besonderer Berufsausbildung geben. So sind gegenwärtig Pflegerinnen an einigen Anstalten für Epileptische und Idioten gesucht, zu denen sich Mädchen im Alter von 18 bis 25 Jahren von tadellosem Rufe und mit guten Schulzeugnissen melden können. Die genannte Stellenvermittlung befindet sich Wittenberg-Platz 4 und ist für beide Teile unentgeltlich.

Die Freibantordnung, die von den Gemeindebehörden beschlossen ist, ist nunmehr vom Oberpräsidenten genehmigt. Der Freibant wird alles zum Verkauf bestimmte Fleisch überweisen, das innerhalb des Freibantbezirks der vorgeschriebenen amtlichen Untersuchung unterlegen hat und hierbei als bedingt tauglich (tauglich zum Genuss für Menschen, aber in seinem Nahrungs- und Genusswert erheblich herabgesetzt, also minderwertig) erklärt ist. Nicht beanstandetes Fleisch ist vom Verkauf auf der Freibant ausgeschlossen. Die Freibant befindet sich in dem Gebäude des städtischen Fleischbeschauamtes, Spreestr. 30. Die Freibant wird von der Stadtgemeinde Charlottenburg eingerichtet und betrieben. Die Stadtgemeinde übernimmt die Verwertung des auf der Freibant zum Verkauf gelangenden Fleisches und zahlt dem Erlös nach Abzug der Gebühren und sonstigen etwaigen Unkosten an den Eigentümer des Fleisches aus. Das zum Verkauf geteilte Fleisch wird in zwei Klassen geteilt. Der zweiten Klasse wird alles Fleisch überwiehen, welches von abnorm alten, stark abgemagerten Tieren stammt, die für minderwertig erklärt sind. Alles sonstige Fleisch gehört in die erste Klasse. In dem Verkaufsraum wird durch Anschlag erkennbar gemacht, aus welchen Gründen das zum Verkauf geteilte Fleisch der Freibant überwiehen ist, welcher Klasse es angehört und zu welchem Zweck es zum Verkauf angeboten wird. Die Freibant steht unter Verwaltung des Leiters der Fleischschau (Kreisfleischarzt), dem auch nach Anhörung des Eigentümers die Einreihung des Fleisches in die Klasse und die Festsetzung des Preises, zu dem das Fleisch angeboten werden soll, obliegen. Gegen seine Entscheidung steht dem Eigentümer die Beschwerde an den Departementierarzt zu. Unverkauft gebliebenes Fleisch wird, bevor es wiederum zum Verkauf gestellt wird, von neuem durch den Leiter der Fleischschau auf seine Genussfähigkeit und Beschaffenheit geprüft. Hierbei genussuntauglich befundenes Fleisch wird ungeschädigt beseitigt. Das auf der Freibant feilgehaltene Fleisch darf nur in Stücken von höchstens 2 Kilogramm und am selben Tage zum Gebrauch für denselben Haushalt nur bis zur Höchstmenge von 3 Kilogramm abgegeben werden. Der Erwerber darf das Fleisch nur im

eigenen Haushalt verwenden. Gast-, Schank- und Speisewirte dürfen Fleischfleisch selbst oder durch Beauftragte nur mit besonderer Genehmigung der Ortspolizeibehörde und unter der Voraussetzung des Fleischbeschaugesetzes verwenden. An Fleischhändler darf Fleischfleisch überhaupt nicht abgegeben werden. Bei den hohen Fleischpreisen wird die Freibant voraussichtlich stark in Anspruch genommen werden. Ob die Verwendung minderwertigen Fleisches in größerem Maßstabe im Interesse der Volksgesundheit liegt, das ist allerdings eine andere Frage.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am Sonnabend, den 28. Oktober im hiesigen Volkshaus seine erste Agitationsversammlung ab. Karl Wötter legte in längerer Ausführungen die Notwendigkeit einer selbständigen Organisation der arbeitenden Jugend dar. In der Diskussion an der sich Bied, Kühl, Maschke, O. Gerlach und Rosenenthal beteiligten, wurde gewornt vor dem Beitritt zu den Junglingsvereinen, ferner von einem Redner betont, daß doch die Schutzesetze für Jugendliche weiter nichts darstellen, als konfessionelle Zersplitterung. Der Erfolg der Versammlung war der Verfassung von 32 Eintritte. Hoffen wir, daß auch hier in Charlottenburg der Organisationsgedanke unter den Jugendlichen sich immer mehr Eingang verschaffen möge.

Rixdorf.

Einer schweren Mißhandlung des Bauarbeiters Paul Lehmann aus der Weisenstr. 62 machte sich am letzten Sonntag der Generalpächter des Laubenkolonienlandes in der Leffingstraße, Rederly und dessen Ehefrau schuldig. Aus geringfügigem Anlaß schlugen beide Eheleute auf den Bauarbeiter Lehmann mit Mißforten los, so daß er aus einer Kopfwunde stark blutende Angreiferes bestimmungslos hinfiel. Weitere Mißhandlungen wurden durch das Dazwischentreten des Bauarbeiters Langner verhindert, den aber selbst ein Stich mit der Mißgabel traf. Der Unmensch wurde zur Polizeiwache hinführt. Der Verwundete erhielt einen Rotverband auf der Unfallstation.

Pankow.

Ein entsetzlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich in der Bollantstraße in der Fabrik für Eisenkonstruktionen von Bretschneider u. Reiger zugetragen. Der in der Brunnenstraße wohnende Arbeiter G. Ruge wollte einen 12 Zentimeter breiten Treibriemen über eine sich im Gang befindliche Transmissionswelle, die drei Meter über den Erdboden angebracht ist, werfen. Er benutzte dazu eine Leiter und muß wohl beim Herabwerfen des Treibriemens ausgegittelt sein, denn zu ihrem Entsetzen sahen ihn seine Arbeitskollegen plötzlich von der Transmission erfasst und um die Welle gemorren. Der Bedauernswerte wurde vollständig zermalmt. Ein hinzugerufener Arzt, Dr. Rottwardt, konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod konstatieren.

Aus dieser Darstellung, die wir einer Korrespondenz entnehmen, ist nicht ersichtlich, inwieweit Schutzvorrichtungen vorhanden sind, die ein solches entsetzliches Vorkommnis unmöglich machen sollten.

Weißensee.

Die Gemeindevorsteherwahl ist nunmehr auf Montag, den 6. November, nachmittags 6 Uhr, festgesetzt.

In der letzten Gemeindevorsteherwahl wurde ein Antrag einiger Gewerbetreibenden, den Straßenhandel aufzuheben resp. zu beschränken, nach längerem Hin und Her abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrage der Gesundheitskommission, den Wochenmarkt aus sanitären Gründen aufzuheben. Da der Markt eine Einnahmequelle für den Ort ist, wurde empfohlen, die zutage getretenen Mängel zu beseitigen; es wurde jedoch nur die Straßenbaukommission beauftragt, einen geeigneteren Platz für die Abhaltung des Marktes ansfindig zu machen. — In der Sitzung des Gewerbegerichts wurden die bisher fungierenden Herren wiedergewählt. — Die Verfassung von Dienstzimmer-Einrichtungen, auch die des zukünftigen Gemeindevorstehers, wurde bis nach Erledigung der Wahl vertagt. — Der Erschließung eines einer Baugesellschaft gehörenden Terrains wird unter der Bedingung zugestimmt, daß die Gesellschaft der Gemeinde das Land eines öffentlichen Playes sowie einer Schule unentgeltlich zur Verfügung stellt und auch die anzulegenden Straßen um circa 4 Meter verbreitert. — Die vom Landrat geforderte Anstellung eines siebenten Tierarztes wurde abgelehnt.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern in Weißensee, Streustraße 5/6, zugetragen. Der 30 Jahre alte Steinseher Franz Welt stürzte aus einer dort befindlichen, unbeaufsichtigten Schaufel und blieb bewußtlos liegen. Häßliche Hände trugen ihn zunächst in das benachbarte Raumannsche Lokal.

Der Holzarbeiter-Verband hielt am 26. Oktober 1905 im Prälaten eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Den Kassierbericht vom III. Quartal gab Kollege Schlemminger. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 3451,15 M., eine Ausgabe von 801,48 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 15 792,48 M. Dem stand eine Ausgabe von 1924,23 M. gegenüber. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 812. Neu aufgenommen wurden 133. Uebergetreten waren 78. Ertrichen wurden infolge rückständiger Beiträge 44. An weiblichen Mitgliedern wies die Ortsverwaltung 16 auf. Unter Berücksichtigung teils der Bevollmächtigte Ritter mit, daß der Kollege Schulz von der Firma Herzog u. Vanemann gemahregelt worden ist. Die Schlichtungskommission hat zugunsten des Kollegen Schulz entschieden, daß derselbe wieder eingestellt wird. Die Zeitungsfrage wurde der Verwaltung überwiehen, die in nächster Versammlung Bericht erstatten soll. Am 2. November findet eine Agitationsversammlung für Holzarbeiter im „Prälaten“ statt.

Nummelsburg.

Die letzte Gemeindevorsteherwahl hatte an Stelle des Komptenmeisters Conrad, welcher seine familiären Kenter in der Gemeinde — aus jetzt noch unbekanntem Gründen — niedergelegt hatte, die Wahl eines unbekannteten Schäfers vorzunehmen. Gewählt wurde der Gemeindevorordnete Peters. Von 26 Stimmberechtigten gaben 18 demselben ihre Stimme, 4 Stimmgewichte waren unbeschrieben. Nach Ansicht dieser knappen Mehrheit hat Herr Peters wohl den Beschäftigungsnaheis für diesen Posten durch seine Zustimmung zur Einführung eines Paragraphen im Ortsstatut über die Gemeindevorstellungen erbracht, der für unentschuldigtes Ausbleiben sowie für Ordnungswidriges Vornehmen eine Geldstrafe und im Wiederholungsfall die Ausschließung des betreffenden Mitgliedes aus der Gemeindevorstellung auf die Dauer eines Jahres androht. Mit Herrn Peters stimmten seinerzeit für diesen Wankfordparagrafen drei Vertreter der ersten Klasse. In der Gemeindevorsteherwahl wurden dann 860 000 M., und zwar 116 500 M. für

den Bau einer 16klassigen katholischen Schule und 243 500 M. für den Bau eines Feuerwehredepos und für einen Bau bewilligt, die 18 Beamtenwohnungen und Zwecken der Straßenreinigung dienen soll. Beide Gebäude werden auf dem sogenannten trockenen Dreieck an der Marktstraße errichtet. Die Schule soll bis zum 1. Oktober 1906 zur Benutzung fertig gestellt sein. Für die Pflanzung und Pflasterung des Vorplatzes wurden 2240 M., an laufenden Mehrlöhnen für eine bessere Straßenbeleuchtung für den Ortsteil Vorlagen während der Nachtzeit 2021 M. bewilligt. Ueber einen Antrag der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, den Straßenarbeiter Regenkleidern zu liefern, wurde die endgültige Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, weil die Mehrheit erst einen Kostenanschlag vorgelegt wissen will.

Spandau.

Der Spandauer Sozialdemokratische Wahlverein hielt am Freitag, den 27. Oktober, eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche sich mit der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und der am 15. Oktober d. J. stattgefundenen Provinzialkonferenz beschäftigte. Zuerst erstattete der Stadtverordnete Genosse Pieper den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion im hiesigen Stadtparlament. Redner führte u. a. aus, in der Schulfrage sei dahin gewirkt, Brausebäder und Schulfantinen einzuführen, beides sei mit lächerlicher Miene abgelehnt worden. Der Antrag, Schulärzte anzustellen, wurde seit Jahren wiederholt eingebracht, fand aber bei den Gegnern wenig Verständnis. In letzter Zeit haben sich die Gegner in dieser Frage belehren lassen und ein nochmaliger Antrag ist angenommen worden. Es sollen demnächst Schulärzte angestellt werden. Auch ist von unserer Seite dahin gewirkt, daß ein Umbau der Schule in der Adamstraße erfolge. Die Lohnfrage der städtischen Arbeiter ist insofern geregelt, daß dieselben einen Minimallohn von 35 Pf. statt 30 Pf. erhalten. Einen Erholungsurlaub von drei bis sechs Tagen, je nach dem Alter ihrer Tätigkeit, ist den Arbeitern ebenfalls genehmigt. Für die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises sind die Gegner bis jetzt noch nicht zu haben, sie haben einen diesbezüglichen Antrag mit der Motivierung abgelehnt, daß bereits ein Arbeitsnachweis in Regie des Feuerwerkslaboratoriums bestehe. Einen Antrag, den streitenden Bergarbeitern 1000 M. zu bewilligen, wurde in der Stadtverordnetenversammlung zwar angenommen, aber vom Magistrat abgelehnt. In derselben Magistratsitzung wurden 1000 Mark für den Kronprinzen bewilligt.

Genosse Stadtverordneter Ling teilte zur Ergänzung des vorstehenden Berichtes mit, daß die bürgerlichen Parteien die Bezirks-einteilung der 3. Abteilung durchgedrückt hätten (und zwar eigentümlicherweise auf Antrag des Grundbesitzers Siebert, Stadtverordneter der ersten Abteilung), um den Wählern der dritten Abteilung ein Schnippchen zu schlagen. Ein Antrag von unserer Seite, eine Bezirks-einteilung bei der zweiten Abteilung vorzunehmen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Man befürchtete jedenfalls, daß dies der Sozialdemokratie zugute komme.

Rummehe erfolgte die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. Es wurden vorgeschlagen: für den 1. Bezirk: Genosse Sage, 4. Bezirk: die Genossen Ling und Göge, 5. Bezirk: Genosse Pieper und für den 7. Bezirk: Genosse Pieper. Die Annahme der Kandidatenliste erfolgte einstimmig. Alsdann gab der Genosse Pieper den Bericht von der Provinzialkonferenz. Er teilt mit: Die Agitationskommission habe gut gearbeitet, im ganzen habe dieselbe 279 Referenzen stellen müssen. Das Schiffergewerbe sei speziell mit der Aufgabe bedacht worden.

Der Kassenbericht hat ergeben, daß eine Einnahme von 18 296,31 M. erfolgte, dem gegenüber eine Ausgabe von 18 001,60 Mark, also ein Kassenbestand von 294,71 M. vorhanden sei.

Beim Punkt Presse habe sich die Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ über die geringe Leserschaft an einzelnen Orten beklagt. Hierzu habe er, Redner, bemerkt, daß die „Brandenburger Zeitung“ für Spandau sehr wenig in Betracht komme, auch nur circa 40 Abonnenten aufzuweisen sind, hingegen der „Vorwärts“ aber circa 800 Leser habe.

Beim Punkt Landarbeit, über welchen der Genosse Stadthagen referierte, sei so recht zutage getreten, wie erbärmlich und elend es bei den armen Schmittern aussehe. Hieran sei zum großen Teil die verwerfliche Gefindeordnung schuld. Im Reichstag soll mit allen zu Gebote stehenden Kräften für die Beseitigung der Gefindeordnung eingetreten werden.

Der in der letzten Generalversammlung erstattete Bericht des Vorstandes ergibt, daß der Verein zurzeit 648 Mitglieder zählte. Der Einnahme von 440,45 M. steht eine Ausgabe von 99,13 M. gegenüber. 243,88 M. sind an den Zentralverein abgeführt. Der Umsatz und der Vermögensstand der Buchhandlung hat sich bedeutend gehoben. Die Wahlen hatten folgendes Resultat: zum ersten Vorstehenden wurde Genosse Pieper, zum zweiten Trompler, zum ersten Kassierer Schuster, zum zweiten Göge, zu Schriftführern Rupprecht und Götz, zu Revisoren Ling, Brühmüller und Vöhl, als Lokal-Kommissionsmitglied Scholz und Pieper gewählt. Als Bezirksführer wurden bestätigt die Genossen: für Bezirk 1 Paul Schötte, Bezirk 2 steht noch aus, Bezirk 3 Reibholz, Bezirk 4 Reinecke, Bezirk 5 Gubitz, Bezirk 6 Janoske, Bezirk 7 Stod, Bezirk 8a Trompler, Bezirk 8b Otto Neue; als Landbezirksführer die Genossen Richard Voß, Seehas, Rupprecht, Göge, Grünwald und Reineck.

Tempelhof.

Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Zum ersten Punkt hielt Genosse Eberhard + Charlottenburg einen Vortrag mit dem Thema: Weshalb organisieren wir uns politisch und gewerkschaftlich? Zum zweiten Punkt: Bericht des Vorstandes, gab Genosse A. Thiel einen Überblick über die Tätigkeit des Vereins im vorvergangenen Jahre. Es fanden 1 Generalversammlung, 1 außerordentliche Generalversammlung, 7 Vereinsversammlungen, 3 öffentliche Volksversammlungen, 34 Vorstandssitzungen, 2 Flugblattverbreitungen und 2 Agitationstouren statt. Der Mitgliederbestand betrug Oktober 1904 109 Mitglieder, ausgetreten sind 35, aufgenommen 30, sodas im Oktober 1905 ein Bestand von 104 verblieb. Nach Verufen verteilte sich die Mitglieder wie folgt: 26 Bau- und Metallarbeiter, 19 Maurer, 5 Klempner, 1 Meister, 3 Tischler, 5 Zimmerer, 4 Schriftfeger, 6 Schriftfeger, 3 Töpfer, 9 Schlosser, 1 Schmelzer, 2 Steinleger, 1 Restaurateur, 1 Handlungsgeselle, 1 Handelsmann, 1 Mechaniker, 1 Steinmetz, 1 Stultfatur, 2 Formner, 2 Quasbinder, 1 Schuhmachereinsteiger, 1 Mojarischer, 1 Brunnbauer, 1 Gärtler, 1 Dreher, 1 Holzleger, 2 Maler, 1 Ingenieur. Der dann erstattete Bericht des Kassierers ergibt, daß die Einnahmen 781,86, die Ausgaben 714,49 betragen und an den Zentralvorstand 345,48 M. abgeführt sind. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Genosse A. Thiel zum Vorsitzenden, zum zweiten Vorsitzenden G. Kehler, zum Schriftführer Fr. Küter, zum Kassierer A. Vertrand, zum Beisitzer G. Jaenke, zu Bezirksführern E. A. Leist, A. Frauer und Schöndheit, zum Parteisprediger M. Müller gewählt.

Wahlsdorf.

Ueber die Schulverhältnisse in Wahlsdorf wird uns geschrieben: Bis zum Frühjahr dieses Jahres bestanden in unserem Orte Schulverhältnisse, die sich in bezug auf Mängelhaftigkeit mit den Schulverhältnissen Ostpreußens sehr wohl messen konnten. Hatte man doch unter anderem einen früheren Pferdefall als Schulzimmer benutz. Da nun zu unserer Schulgemeinde auch die Schule eines Ortsteils gehört, so haben wir eine Sozialdemokratische und ist für ähner Angelegenheiten der Sozialdemokratischen, wie Beschaffung der Lehr- und Unterrichtsmittel, Schulhausneubauten, Lehrergehälter usw., die Hausväter-Versammlung, die sich aus den Hausvätern der Gemeinde und des Ortsteils zusammensetzt, die ausschlaggebende Körperschaft. Dem fortwährenden Drängen und der rastlosen Arbeit der Sozialdemokraten, die noch vor wenigen Jahren in der Hausväter-Versammlung in der Minderheit waren, ist es

hauptsächlich zu danken, daß Wahlsdorf nach manch' bitterem Strauß endlich, wenn auch noch nicht zu idealen, so doch zu einigermaßen normalen Schulverhältnissen gekommen ist. Leider ist es noch nicht gelungen, die Schule von der gefährlichen Ortsschulinspektion zu befreien. Unsere Schule, deren Schülerzahl durch die Entwicklung des Ortes, in den letzten drei Jahren um das Zweifache gestiegen ist und an der jetzt sechs Lehrkräfte wirken, wird von einem Hauptlehrer geleitet. Aus der Mitte der Hausväter wurde vor einiger Zeit der Antrag gestellt: „Die Hausväterversammlung wolle beschließen, die königliche Regierung zu Potsdam zu ersuchen, die Ortsschulinspektion dem Hauptlehrer zu übertragen.“ Der Antragsteller Beß erhielt aber dieser Tage vom Landratsamt des Kreises Niederbarnim den Bescheid, daß die Ortsschulinspektion für die Schule Wahlsdorfs erst bei Einrichtung eines Rektorats in Frage komme und daß zur Zeit nicht die geringste Veranlassung vorläge, dieser Frage näher zu treten. Wie lange wird Wahlsdorf auf die Einrichtung eines Rektorats zu warten haben?

Friedrichshagen.

In der letzten Monatsversammlung des Wahlvereins erstattete der Vertrauensmann, Genosse Hermann Sonnensburg, den Jahresbericht. Den Einnahmen von 1050,25 M. stehen Ausgaben von 881,50 M. gegenüber. Decharge wurde erteilt und Sonnensburg einstimmig als Vertrauensmann wiedergewählt. Zu Revisoren wurden die Genossen Hinz, Berkmann und Stephan gewählt. An die Wahl schloß sich der Bericht des Genossen Pinfeler über den Parteitag. Zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten sich 11 Genossen. Von dem Obmann des Kartells wurde mitgeteilt, daß die Barbierstube Friedrichstr. 60 in Tätigkeit bleibt, da eine Einigung mit den Barbierherren noch nicht erzielt ist. Zu reger Teilnahme an dem am 4. November stattfindenden Stiftungsfest wurde aufgefordert.

Eberswalde.

Das Treiben der Einbrecherbanden in Eberswalde ruft bei der dortigen Einwohnerschaft immer größere Beunruhigung hervor. Gestern ist in dem Nachbarort ein recht mysteriöser Diebstahl entdeckt worden. Als der Versicherungsbeamte Reimendorff sein Sprechzimmer betrat, machte er die überraschende Entdeckung, daß das dort stehende Zylinderbureau aufgebrochen, der Kasten ausgehauen und das Schloß gewaltsam geöffnet war. Aus dem Kasten waren 448 M. Versicherungsgelder, eine silberne Taschenuhr, ein goldener Kneifer sowie andere Wertgegenstände verschwunden. Rätselhaft war der Umstand, daß weder an der Tür noch am Fenster, die beide vorher verschlossen gewesen waren, irgend welche Spuren gewaltsamer Öffnung entdeckt werden konnten.

Berliner Nachrichten.

Wahrung der Post. Beim Beginn des lebhaften Geschäftsverkehrs gegen Weihnachten ist auf die postgenähete Beschaffenheit der Briefe hinzuweisen. Zur schnellen Abwicklung des Verkehrs können die Absender selbst viel beitragen, wenn sie den Briefen möglichst einheitliche Größe geben. Sie können dann schnell aufgestellt, gestempelt, sortiert und verpackt werden. Während bei den Geschäftsbriefen eine gewisse Gleichmäßigkeit herrscht, zeigen die Privatbriefe die verschiedensten Formate. Besonders störend sind die ganz kleinen Umschläge. Einige Briefchen von der Größe einer Edmonson-Zahnlkarte kann der eilige Postbeamte nicht ohne besondere Mühe und Aufmerksamkeiten erfassen und halten. Sie lassen sich in die Briefbünde schlecht einfügen und passen nicht in die Stempelmaschinen. Auch ist die Adresse im so undeutlicher, je kleiner das Briefchen ist. Sie wird schließlich auch noch vom Stempel bedeckt. So kleine Briefe können sich leicht in Druckschrauben verfangen und dadurch verschlept werden oder ganz verloren gehen. Das ist besonders den Damen, die diese Puppenbriefe lieben, ans Herz zu legen; ihnen dürfte es doch oft recht unerwünscht sein, wenn ihre dem Papier anvertrauten Geheimnisse in fremde Hände geraten. Ganz kleine Briefchen sind überhaupt nicht zu verwenden, ebensowenig runde, ovale, dreieckige oder sonst von dem üblichen Format abweichende Umschläge. Dreieckige Umschläge sind z. B. ausdrücklich von der Beförderung ausgeschlossen.

In der Straßenbahnanlage wird weiter versucht, Stimmung zu machen. Schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung redete der Stadtverordnete Khlmann in einer Einigung zwischen der Großen und der Stadt Berlin das Wort. In einer Versammlung des Grundbesitzervereins „Südwest“ sprach der Stadtverordnete Esman, Mitglied der Verkehrsdeputation diesen Gedanken weiter aus. Er wies darauf hin, daß die „Große Berliner“ auch ihre Vorzüge habe und nicht immer nur angegriffen werden sollte. Die Zukunft gehöre den Schnellbahnen. Wohl sei die Stadt niemals auf den Gedanken gekommen, der „Großen Berliner“ ein Monopol für alle Zeiten einzuräumen, dennoch wäre eine Einigung zwischen Stadt und Straßenbahn die beste Lösung der Berliner Verkehrsfragen. — In ähnlicher Weise sprach sich Stadtverordneter Professor Dr. Hagel aus. Ob die Bevölkerung bei der Übernahme der Straßenbahn in städtische Regie besser fahren würde, müsse von jedem Kenner der Verhältnisse sorgfältig bezweifelt werden. Die Stadt werde weder so billig, noch so schnell und präzise arbeiten können, als eine Privatgesellschaft. Auch dieser Redner gab der Erwartung Ausdruck, daß es schließlich zu einer Einigung der Stadt mit der Straßenbahngesellschaft, die beide aufeinander angewiesen seien, kommen werde.

Im 8. Wahlbezirk beschäftigte sich Herr Stadtverordneter Ballach, Mitglied der Verkehrsdeputation, in einer Wählerversammlung ebenfalls mit Verkehrsfragen. Er sprach sich gegen eine Verlängerung der von der Großen Berliner Straßenbahn nachgekauften Konzession auf 90 Jahre aus und befürwortete den Bau von Unterpassbahnen für den Schnellverkehr. Dieser sei für Berlin zu einem Bedürfnis geworden. Der Schwerebahn-Gesundbrunnen-Alexander-Play-Waldorf stellte der Redner keine günstige Perspektive.

Die Gemeindevertretung von Wilmsdorf billigte die ablehnende Haltung der städtischen Behörden Berlins in Sachen der Untergrundbahnpläne der Großen Berliner Straßenbahn.

Die Warnung, in der Fahrt begriffene Straßenbahnwagen nicht zu besteigen oder zu verlassen, wird immer wieder nicht genügend beachtet. Gestern sind wieder drei Personen verunglückt. Der Kaufmann Wilh. Jakob, Lustigerstr. 51, stürzte an der Ecke der Skalitzerstraße, als er einen Rastwagen der Linie 91 besteigen wollte, zu Boden und erlitt einen Bruch des rechten Schlüsselbeines. — In der gleichen Weise verunglückte die Verkäuferin Elisabeth Toly, Seelowerstraße 10 wohnhaft, als sie an der Ecke der Schönhauser Allee und Dausigerstraße einen in der Anfahrt befindlichen Wagen der Linie 47 zu besteigen versuchte. Sie erlitt einen Bruch des Halsbeines und Verletzungen an der Stirn. — Der Kaufmann Erich Jurecki aus der Lutherstr. 3 sprang in der Kettelbedstraße kurz vor der Haltestelle an der Lutherstraße von dem Straßenbahnwagen Nr. 1278 der Linie 80 ab, stürzte zu Boden und erlitt einen Bruch des linken Oberarmes und Oberarms. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus übergeführt.

Der russische Eisenbahnererbt auf den Verkehr des Schlesiens Bahnhofs einen wesentlichen Einfluß aus, da dieser Bahnhof fast den gesamten Umseilerverkehr der Ostbahn zu vermitteln hat. Ein Rückgang desselben wurde bereits seit Ausbruch des Krieges festgestellt, seit Beginn der letzten Unruhen ist jedoch der Reiseverkehr auf der Ostbahn um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Zahlreiche Russen, die im Begriff waren, in die Heimat zurückzukehren, sind in den Gasthäusern und Hotels in der Nähe des Schlesiens Bahnhofs verblieben, während es nur wenige versucht haben, auf dem Wasserwege mit Personendampfern auf der Weichsel die russische Grenze zu überschreiten. Der starke russische Auswanderer- wie Rückwandererverkehr ist völlig aufgehoben, dementsprechend haben auch die Züge der Ostbahn eine Verärgerung der Passagiere erfahren. Die Rückwirkung des russischen Eisenbahnererbes auf den Ostbahnbetrieb kennzeichnet sich auch durch die erheb-

liche Verlingerung des Postverkehrs, für welchen der Schlesiens Bahnhof, dessen Postamt sonst den gesamten deutsch-russischen Durchgangsverkehr zu bearbeiten hat, in Betracht kommt.

Selbst gestekt hat sich der Mann, dessen Angriff auf den Oberpostkassierer Marten diesen so verhängnisvoll wurde. Es ist der 33 Jahre alte Arbeiter Mag. Bilze aus der Vohenstr. 31. Nach seiner Aussage und den Bekundungen von Zeugen, die unterdessen ermittelt wurden, hat sich der Vorgang doch wesentlich anders abgespielt, als der schwer verwundete Oberpostkassierer und seine Frau ihn darstellten. Bilze hatte Marten in einer Wirtschaft in der Vohenstr. 16 getroffen und dort mit ihm geredet. Dann gingen beide noch in das Lokal von Müller in der Vohenstr. 12. Hier gerieten sie in Streit, weil keiner die Rechnung bezahlen wollte, jeder den anderen für verpflichtet hielt. Auf der Straße, wohin mehrere Gäste folgten, beschimpfte Marten den Bilze, dieser gab ihm darauf eine so mächtige Ohrfeige, daß er hinfiel und mit dem Hinterkopf aufschlag. An weitere Folgen dachte aber niemand. Als Bilze gestern erfuhr, daß Marten gestorben ist, ging er nach der Wache des 8. Reviers und stellte sich der Polizei zur Verfügung. Diese beließ ihn auf freiem Fuße, weil seine Darstellung von Augen- und Ohrenzeugen bestätigt wird.

Das Risiko des Arbeiters. Auf dem Bau schwer verunglückt ist gestern der 35 Jahre alte Maurer Albert Blume aus der Grünhaldenstraße 100. Blume arbeitete auf einem Neubau in der Schiebelbeimerstraße auf einem Gerüst am zweiten Stock. Infolge eines Fehltritts stürzte er in die Tiefe, brach sich beide Beine und zog sich außerdem schwere Verletzungen am Kopf und an der Brust zu. Der Verunglückte wurde bewußtlos nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee und von dort mit einem Ländchen Wagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Heute morgen lebte er noch, sein Zustand ist aber bedenklich.

Ueber die Explosion in der Warschauerstraße, über die wir gestern berichteten und bei der eine Anzahl Arbeiter verletzt wurden, wird uns aus gewerkschaftlichen Kreisen noch mitgeteilt, daß es sich nicht um eine Benzinexplosion handelt, sondern um die Explosion einer Ketherlampe. Diese Ketherlampe war an der Decke der Baubude angebracht und fiel in dem Moment zur Erde, als sich die Maurer gerade in der Frühstückspause darinnen aufhielten. Die Lampe muß wohl nicht genügend an der Decke befestigt gewesen sein und explodierte während des Herunterfallens. Solche Ketherlampen befinden sich in vielen Baubuden und bilden nach den uns gewordenen Informationen eine große Gefahr für die sich in diesen Buden aufhaltenden Arbeiter; zumal diese Buden lediglich Bretterbuden sind. Nach dem oben mitgeteilten Unglücksfall ist die Ketherlampe durch Petroleumlampen auf Ansuchen der Arbeiter ersetzt worden. Es dürfte sich empfehlen, die Gefahren, die mit der Beleuchtung verbunden sind, nicht aus den Augen zu lassen und auf Abhilfe zu dringen.

Aufeinander gefahren sind gestern an der Demminer- und Swinemünderstraße ein Müllwagen und ein Wagen der Straßenbahn. Der Müllwagen kam von der Demminerstraße her und fuhr so fest mit dem Straßenbahnwagen der Linie 40 zusammen, daß dem auf dem Wagen sitzenden Müllfischer die Beine förmlich abgequetscht wurden. Der Debarcierswerte wurde nach einem Krankenhause gebracht.

Vom Verband der Schmiede wird uns mitgeteilt: Einem Hauskassierer unseres Verbandes ist Material verloren gegangen und zwar: 1 Hauptkassiererbuch mit Klebstift, 1 Abrechnungsbogen, 1 Legitimationskarte, 88 Marken a 45 Pf. und 47 Marken a 40 Pf. Der Finder wird gebeten, dasselbe unserem Bureau, Stralauerstraße 48 zuzustellen.

Ein Poliklinik für Nervenseidende hat Dr. Lohy Cohn, langjähriger Assistent des Herrn Prof. Mendel, am 1. November cr. Karlstraße 20a eröffnet, in der wochentäglich von 1—2 Uhr Unbemittelte spezialärztlich behandelt werden.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Reichstr. 29 wurde sie Dienstag früh gerufen, weil dort in einer Küche Feuer entbrannt war. — Auf dem Hofe des Hauses Gilschinerstr. 58 brannte dann noch Feuer und in der Fruchtstr. 77 die Schalkede. In allen drei Fällen konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 6. November, abends 8^{1/2} Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Roth über das Thema: „Die Frau und Mutter im bürgerlichen Recht“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Steglich-Friedenan. Am 11. November hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglich und Umgegend sein 2. Stiftungsfest ab. Dasselbe findet in Steglich im Birkenwäldchen statt. Willkürs sind im Birkenwäldchen und bei Waldendorf, Schloßstraße 117, zu haben. Die Mitglieder werden gebeten, für guten Besuch recht rege zu agitieren.

Die Reform der Frauenrechte in Rumänien. In keinem Lande Europas vielleicht ist für den höheren Unterricht des weiblichen Geschlechtes in so hohem Maße gesorgt als in Rumänien. Außer weiblichen Gewerkschaften und Lehrerbildungsanstalten gibt es eine große Anzahl von staatlichen und privaten Mädchenschulen, deren Absolventinnen zu Hunderten die Universitäten besuchen, wo sie akademische Diplome ertingen, um dann als Ärzte, Professoren und Beamte aller Art in den Staatsdienst zu treten. In merkwürdigstem Gegenlage zu diesem Zustande der Dinge stehen die Bestimmungen des rumänischen Zivilgesetzbuches, das in bezug auf das weibliche Geschlecht alle im Code Napoleon enthaltenen beschämenden und erniedrigenden Einschänkungen enthält. Der rumänische Justizminister hat nun die Absicht, das Zivilgesetzbuch nach dieser Richtung hin einer gründlichen Reform zu unterwerfen, und hat bereits das hierfür notwendige Material gesammelt. In kurzem wird eine aus den hervorragendsten Rechtsgelehrten des Landes bestehende Kommission ernannt werden, um die geplante Reform weiter auszuarbeiten und in einer Gesetzesvorlage zusammenzufassen.

Leis- und Distriktsklub „Süd-Ost“. Heute abend 8^{1/2} Uhr bei Toldorf, Wälderstr. 58: Sitzung. Genosse Wulst über „Prämienlohn-System“. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abkürzungs-Bund. Diszigruppe Berlin. Heute abend 8^{1/2} Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen O. Davidsohn über „Unser Infanzialstatut“. Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Beschlüsse. Gäste willkommen.

Zentralverband für Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Nordost. Heute Mittwoch, den 1. November, abends 9 Uhr, in Hoffmanns Hof (H. Thiel), Bergstr. 151/152: Besondere Versammlung. Es spricht Kollegin Kr. aus über: „Frauenarbeit im Handelsgewerbe“. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Die Agitationskommission.

Berliner Marktbreite. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktbreite-Direktion. Rindfleisch Ia 85—70 pr. 100 Pfund. Ha 57—64. IIIa 50—55. IVa 40—45. Kalbfleisch Ia 85—90, IIa 73—82, IIIa 56—70, Hammelfleisch Ia 63—73, IIa 48—58, Schweinefleisch 68—73. Rothwild 42—55 Pf. Hahn 3,50—4,00, Hühner 1,75—3,00. Rindfleisch Stück 0,50—1,00. Strammes Schwein 20—28 Pf. Rehbock, Junge Ia 0,90 bis 1,25, Junge IIa 0,90—0,00, Junge Reine 0,90—0,90, alte Ia 0,65—0,80, alte IIa 0,60—0,00. Hühner, alte 0,90—1,80, Junge 0,90—1,00 das Stück. Tauben, Junge 0,45—0,80, alte 0,40—0,47. Enten, Junge 1,40—2,45. Gänse Ia, 3,50—5,00, IIa 2,50—3,00 pr. Stück, Ia 0,55—0,62, IIa 0,40—0,55 pr. Pfund. Gesehe 0,70—0,85 Pf. Schale, unsort. 1,05 Pf. Hefe, groß 00—00, mittel 00—00 Pf. Wägen 00—00 Pf. Rapsen 0,75—0,76 Pf. Lachs 00 Pf. Schellfische 21—25 Pf. Hühner 0,21 Pf. pro 100 Pfund. Schottische Vollerlinge (gegalzen) 36—38 Pf. Arelche, Reine, Schod 4,00 Pf., unsortiert 0,90 Pf. Eier, Schod 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, IIa 114—120, IIIa 110—114, abfallende 100—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Rote 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirlinglobl pr. Schod 4,00—8,00, Weisfloß 6,00—8,00, Weisfloß 4,00—8,00, Weisfloß 8,00—12,00, Weisfloß 8,00—12,00, neue, Schod 2.—.